

11. April 1927

KARL HILDENBRAND • FÜR DEUTSCHE NEUGESTALTUNG

UNTER einem unglücklichen Stern stand von je die politische Entwicklung des deutschen Landes. Auch bei der Neugestaltung des Reichs zu einer Republik wollte er nicht weichen. Das alte Heilige Römische Reich deutscher Nation war durch einen ununterbrochenen Kampf der einzelnen Fürsten und Grafen gegen Kaiser und Reich gekennzeichnet. Und die selbe dynastische Eigensüchtelei hat auch das Ende des Reichs mit verschuldet und damit die Bildung einer deutschen Nation bis jetzt unmöglich gemacht. Diese Zersplitterung des deutschen Volkes konnte auch durch die Bismarcksche Reichsgründung nicht beseitigt werden. Sie beschränkte sich auf die Einbeziehung Hessen-Nassaus, Hannovers und einiger Reichsstädte in den preußischen Staatsverband, ließ aber die Souveränität der übrigen deutschen Staaten bei ihrer Zusammenfassung zu einem Deutschen Reich bestehen. Als nach dem verlorenen Weltkrieg mit dem Kaiser die Könige, Großherzöge und Herzöge der deutschen Einzelstaaten in richtiger Erkenntnis dessen, daß ihre geschichtliche Rolle ausgespielt war, vom politischen Schauplatz abtraten, wäre der Boden für eine Zusammenfassung der gesamten deutschen Nation zu einem einheitlichen Staatskörper mit freier Bewegung aller einzelnen Glieder gegeben gewesen, wenn nicht durch das jahrhundertalte einzelstaatliche Regieren jegliche politische Konzentration hintangehalten worden wäre. Dieser Mangel an einer eigenen zentralen Regierungsorganisation bewirkte es, daß im Augenblick des Zusammenbruchs die im Chaos sich neu bildende Reichsgewalt es leider ganz verabsäumte zu verhindern, daß sich in den einzelnen Ländern zum eiligen und dringenden Wiederaufbau der zerstörten Verwaltung und Wirtschaft alsbald neue republikanische einzelstaatliche Regierungen und Volksvertretungen aufbauten. Nachdem diese Institutionen einmal neu geschaffen waren, machte sich ihr Vorhandensein alsbald in Weimar bei der Beratung der neuen Reichsverfassung mit Nachdruck geltend, und die Aufgaben des Augenblicks: im Innern der Bevölkerung Brot und Arbeit zu bringen und nach außen den Frieden herbeizuführen, waren so gewaltig, daß man das Ziel einer wirklichen Reichsbildung aus dem Auge verlor.

Zwar, an Vorschlägen hat es damals nicht gefehlt. In den Sozialistischen Monatsheften wurde schon vor dem Novemberzusammenbruch die Einberufung einer gesamtdeutschen Konstituante verlangt, mit Einschluß aller Länder, die dem Reich angehören wollten (also auch Deutsch Österreichs) und mit Beiseitelassung aller, die von ihm wegstrebten (Elsaß-Lothringen), einer Konstituante, die das neue Deutschland aufrichten und gliedern sollte, so daß alle deutschen Stämme ihr Eigenleben führen konnten, die deutsche Nation insgesamt aber endlich als eine Einheit Gestalt würde. Aber man ließ alles liegen, man fühlte sich für ganz Neues wohl nicht stark genug. So glaubte man nicht anders zu können, beim Alten bleiben zu müssen und es dem gesunden Sinn des deutschen Volkes zu überlassen den Weg zu einer Neugestaltung Deutschlands später selber zu finden. Die Weimarer Nationalversammlung beschränkte sich darauf der neuen Reichsgewalt durch die Übertragung der Steuerhoheit auf das Reich, durch die Schaffung der Reichsbahn, der Reichspost usw. doch eine gewisse finanzielle und staatsrechtliche Unterlage zu geben, die es ihr ermöglichte die Deutsche Republik wenigstens nach außen hin als ein einheitliches Reichsgebilde zu formen. Das schien der Mehrheit in Weimar das Richtige, und das war aber auch alles. Die Verfassung bestimmte die Bildung einer Reichsregierung, einer einheitlichen Volksvertretung und die Wahl des Staatsoberhauptes durch das gesamte deutsche Volk. Daneben aber blieben 18 Länderregierungen mit eigener Staatshoheit, mit eigenen Volksvertretungen bestehen, denen Befugnisse auch in Dingen zugestanden wurden, die das ganze deutsche Volk, nicht etwa nur das Gebiet des betreffenden Landes, angingen. Die Reichsregierung und die Reichsgesetzgebung können in der Tat durch die Länderregierung und die Ländergesetzgebung stark behindert werden, und dadurch, daß die meisten Reichsgesetze durch die Länder ausgeführt werden, können diese die Absichten der Reichsgesetzgebung durchkreuzen. Dazu kommt, daß die Aufrechterhaltung der souveränen und gesetzgeberischen Institutionen alle einzelnen Länder sehr stark finanziell belastet. So müssen große Mittel zu eigentlich unproduktiven Zwecken hergegeben werden, während doch das deutsche Volk genug damit zu tun hat die ungeheuren Verluste des verlorenen Krieges einzubringen, die Kriegszerstörung wiedergutmachen, die finanziellen Bestimmungen des Friedensvertrags zu erfüllen und im Innern die Millionen Kriegsinvaliden, Kriegswaisen und sonstigen Kriegshinterbliebenen zu erhalten. Da ist es die Aufgabe der politischen Führung auf Mittel und Wege zu sinnen, die die Leistung aller dieser Verpflichtungen ohne Schaden für die Wirtschaft und Kultur des deutschen Volkes ermöglichen. Es darf nicht sein, daß der nächsten Generation eine Last auferlegt wird, die ihre Entwicklungsmöglichkeiten einengt, ihre Schaffenskraft vermindert. Nein, die gegenwärtige Generation muß das, was sie verschuldete oder geschehen ließ, selbst wiedergutmachen. Um das zu vermögen, muß sie nicht nur ihre Wirtschaft sondern auch ihren staatlichen Apparat rationalisieren. Und daher müßte der vernünftige Gedanke einer Entlastung bei allen denen Raum finden, die dem deutschen Volk nicht mehr zumuten wollen als vernunftgemäße staatliche Verwaltung unbedingt notwendig macht. Eine solche Entlastung ist nur durch die Vereinfachung des nicht nur komplizierten sondern auch völlig überflüssigen vielstaatlichen Regierungsmechanismus, der als Erbschaft der so ganz anders gearteten Verhältnisse der Vorkriegszeit unbesehen übernommen wurde, zu erreichen.

Die ganze Welt rechnet heute nicht mehr mit Preußen, Bayern, Sachsen und Hamburgern, sie kennt uns alle als Deutsche, und die siegreichen Staatsmänner in Versailles haben keinen Augenblick daran gedacht ihre Kriegslasten irgendwie in Leistungen einzelner Staaten zu spezialisieren, sie haben das Deutsche Reich als ein einheitliches Ganzes für die auferlegten Verpflichtungen verantwortlich gemacht. Diese unumstößliche Tatsache sollte das deutsche Volk so zur Zusammengehörigkeit zwingen, wie es freiwillig diese Zusammengehörigkeit beim Beginn und während der Dauer des Krieges an den Tag gelegt hat. Wenn es im Zeitalter der Postkutschen vernünftig war einzelne Stämme unter Dynastien zu kleinen Staaten zusammenzufassen, und wenn, solange eine kulturelle Autonomie ohne staatliche Souveränität nicht denkbar war, die Entwicklung jener deutschen Staatsgebilde der deutschen Kultur auch vieles Gute gebracht hat, worauf wir keinesfalls verzichten möchten, so gilt doch im Zeitalter der konzentrierten Weltwirtschaft und der Luftschiffe ohne Einschränkung das Goethesche Wort: »Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage.« Daraus sollte das deutsche Volk endlich die Konsequenzen ziehen.

Und wie leicht wäre das. Wir haben heute in Deutschland Länder, die nicht mehr Einwohner haben als eine einzelne preußische Provinz. Wir haben Länder, die nicht halb so viel Einwohner haben wie zahlreiche Großstädte. Während nun die Provinz von einem Oberpräsidenten, die Stadt von einem Oberbürgermeister verwaltet wird, halten die Länder immer noch weitschichtige Ministerien für dringend notwendig. Das ist keine rationelle Wirtschaft sondern eine sinnlose Belastung des schaffenden Volkes. Tatsache ist, daß einzelne Länder unter diesen Zuständen schwer leiden. Sie müßten einen Weg suchen diese Leiden zu beenden, überflüssige Lasten abzuwerfen und durch Zusammenfassung zu einem einheitlichen Staatengebilde den übrigen Nationen des europäischen Kontinents, der sich dann selber zu einem höhern Ganzen zusammenschließen, ein einheitlicher produktiver Körper werden muß, einigermaßen als gleichorganisierte und gleich leistungsfähige Nation gegenüberzutreten. Das große Preußen hat durch seinen Landtag schon im Jahr 1919 und durch seine Regierung seither schon die Bereitwilligkeit zur Herbeiführung eines unitarischen Reichs ausgesprochen. Auch die Bevölkerung anderer Staaten wäre sicher bereit einer Entwicklung dahin nicht entgegenzuwirken. Zu einem einheitlichen Beschluß aller Länder wird es auf den ersten Anhieb so wenig kommen wie jemals in Deutschland ein einheitliches Zusammenwirken beim ersten Schritt erfolgte. Aber auch hier gäbe ein Anfang sicher das Beispiel zur Fortsetzung. Wenn Thüringen und Sachsen, Hessen und Baden, Braunschweig und Anhalt, Lippe und Schaumburg-Lippe, Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwerin sich zu größeren Gebilden zusammenschließen oder sich in größere Gebilde eingliedern wollen, dann brauchen sie nur diesen Willen praktisch zu bekunden, und der Weg zur Erreichung des Ziels wird sicher gefunden werden. Der ganze Streit zwischen Groß Hamburg und Preußen ist an dem Tag zum Vorteil beider entschieden, an dem Hamburg und Preußen sich erinnern, daß sie Glieder des deutschen Vaterlands sind und als solche dem Gesamtkörper nur durch gemeinschaftliche Arbeit zu einem gesunden Weiterleben verhelfen können. Wenn die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen zweier Länder wie Württemberg und Baden so stark mit einander verbunden sind,

Vertrauen entgegenzubringen . . . , und außerdem, daß wir es nicht verstanden haben, aus Mißtrauen für England Kastanien herauszuholen, um die Jahrhundertwende zu einer Politik des Vertrauens mit England zu kommen. < Diese Hinweise waren in der Erörterung des Kapitels Mißtrauen gewiß durchaus nützlich, und es wäre nur zu begrüßen, wenn sie dazu beitrügen unberechtigtes und darum schädliches Mißtrauen über die angedeuteten Gebiete hinaus zu beseitigen. Dazu gehört es freilich auch, daß man die Dinge anführt, die bei der Entstehung des Weltkriegs und damit schließlich auch bei der Zertrümmerung des alten Reichs eine gewichtige Rolle gespielt haben und ebenfalls in das Kapitel Mißtrauen gehören; nicht um den Katalog des Wehrministers an sich zu vervollständigen, sondern um durch die Erkenntnis möglichst aller größeren Fehlerquellen die Voraussetzung einer deutschen Politik zu schaffen, die in Zukunft mindestens allzu große und folgenschwere Fehler vermeidet.

Daß der Reichswehrminister, der bis vor kurzem der Demokratischen Partei angehörte, gerade das Vertrauen *Englands* so hoch stellte, entspricht vielleicht einer anglophilen Orientierung, zeugt aber weniger von einer klaren Erkenntnis der treibenden Kräfte, die den Krieg entfesselt haben. Dagegen unterließ er es, aus der gleichen Anschauung heraus, zu beklagen, daß wir es früher nicht verstanden haben zu einer Politik des Vertrauens mit *Frankreich* zu gelangen. Schon vor dem Krieg ist in den Sozialistischen Monatsheften, von anderen wie von mir, die Notwendigkeit einer derartigen Politik betont worden. Die geographische Lage Deutschlands und seine wirtschaftliche Struktur fordern (und forderten natürlich schon damals) das engste Zusammenarbeiten der beiden Nachbarländer auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet geradezu heraus. Wenn es nicht dazu gekommen ist, wenn im Gegenteil durch den Weltkrieg alles zunächst wieder zerstört wurde, was in den letzten Jahren vor dem Krieg an Verständigungswillen und Bereitschaft zur Zusammenarbeit hüben und drüben aufkeimte, dann lag das nicht zuletzt daran, daß die faktisch getriebene Politik, ob mit ob ohne Willen, bestehende Gegensätze vertieft und neue künstlich konstruiert hat. In den ersten Jahren nach dem Krieg war es ungeheuer schwierig die eben durch den Krieg zerrissenen Fäden wieder zu knüpfen. Zu einer Verständigung, zu einem Zusammenwirken der beiden Völker gehören Menschen, die die Verständigung wollen. Diese Menschen waren rar geworden, und manchmal schien es so, als ob die Kluft des Hasses und des Mißtrauens unüberbrückbar sei. Zu tief saß in Frankreich die Erbitterung über die Zerstörung der nordfranzösischen Wirtschaftsgebiete, zu mächtig wuchs der Groll in den Herzen der Deutschen über den Versailler Friedensvertrag; denn dieser war von England so gestaltet worden, daß alle englischen Forderungen gleich vorweg beim Friedensschluß befriedigt, alle französischen Forderungen aber auf die Nachkriegsjahre verlegt wurden, so daß Frankreich nun als Gläubiger auftreten mußte, während England auf Frankreichs Kosten mit Worten großmütig sein konnte, wodurch auf dem Festland hüben und drüben ständig neuer Stoff zur Erbitterung geschaffen wurde. Und doch haben diejenigen recht behalten, die trotz allem, trotz scheinbarer psychischer Aussichtslosigkeit ihres Beginns, der Verständigung und der Kooperation zwischen Deutschen und Franzosen das Wort geredet haben. Heute ist es das ausgesprochene Bestreben der Regierungen beider Länder nicht

nur alle Konfliktmöglichkeiten auszuschalten und Reibungsflächen zu glätten sondern auch durch politische und wirtschaftliche Abkommen die materielle Basis und die ideelle Atmosphäre zu schaffen, die zu einer immer engeren Interessengemeinschaft führen. Insofern ist ein bedeutender Wandel eingetreten. Während vor dem Krieg die Friedensfreunde in Frankreich und in Deutschland die verkehrte Politik ihrer Regierungen bekämpfen mußten, sind heute diese Kreise, die hüten und drüben einen weit größern Umfang angenommen haben, die festesten Stützen einer nicht nur auf Versöhnung sondern auch auf direkte Annäherung der beiden Völker gerichteten Außenpolitik.

Aber man darf sich doch keiner Täuschung darüber hingeben, daß alles erst im Werden ist, und daß von allzuvielen Wert oder Unwert der deutsch-französischen Verständigung nach der Größe und Bedeutung einiger Konzessionen der Tagespolitik beurteilt wird. Gewiß sind auch diese Konzessionen ihrer psychischen Auswirkung nach nicht zu unterschätzen; im parteipolitischen Kampf spielen sie eine große Rolle. Man kann die öffentliche Meinung eines Landes nicht für die Verständigung mit einem andern gewinnen, wenn diese Verständigung als Unterwerfung des einen und Bevorrechtung des andern erscheinen muß. Indes, wer die Gemeinschaftsarbeit Frankreichs und Deutschlands um höherer Ziele wegen, als Voraussetzung des Zusammenschlusses des ganzen Kontinents, will, der darf sich den Blick durch die Einzelzüge der Tagespolitik nicht trüben lassen. Über den Tag hinaus, oder erst recht über ihn hinaus, muß sich die Verständigung Wert und Bestand verschaffen. *Wir* müssen sie ihr verschaffen. Aller Hetze, allem Haß in beiden Ländern entgegenzutreten gehört ebenfalls zur Kleinarbeit des Tages, die aber geleistet werden muß, wenn das höhere Ziel in Herzen und Köpfen fest fundiert werden soll.

In der eingangs erwähnten Reichstagssitzung haben natürlich Wehr- und Rüstungsfragen die größte Rolle gespielt. Die Reden der Parteienvertreter wie des Reichswehrministers waren auf den Ton gestimmt: Nachdem Deutschland die Bedingungen der Abrüstung erfüllt habe, sei es nunmehr an den anderen Staaten mit der Abrüstung zu beginnen; im andern Fall dürfe man es Deutschland nicht länger verwehren seine Wehrmacht dem Stand der Heere anderer Länder und seinen Bedürfnissen entsprechend aufzurüsten. Man muß sich darüber klar sein, daß diese Reden nicht früher verstummen werden, bis entweder die anderen Staaten dem Beispiel Deutschlands folgen oder aber ihm die Möglichkeit gewähren seine Bewaffnung der seiner Nachbarländer anzupassen. Der Wehrminister führte eine Äußerung des Manchester Guardian an, die sicherlich die Auffassung weiter Kreise der englischen Liberalen wiedergibt, wenn sie besagt, daß keine wie immer geartete deutsche Regierung, rechts oder links orientiert, je auf das unverjährbare Recht Deutschlands verzichten würde gleichberechtigt im Kreis der übrigen Völker zu sein. Im Hinblick auf die Situation in der Rüstungsfrage ist in dieser Pressestimme das Bestreben merkbar die öffentliche Meinung Englands auf eine Vermehrung der deutschen Wehrmacht vorzubereiten. Wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß die Mächtekonstellation in Europa noch für längere Zeit den Status von heute aufweisen, und daß im Rüstungsverhältnis der Nationen zu einander und in den Bündnissen keine wesentliche Verschiebung eintreten wird, dann könnte England auch gar kein Interesse daran haben Deutschland an einer Vermehrung seines Heeres zu hindern.

Besonders die Aufrüstung des deutschen Landheers würde für England keine Gefahr bedeuten. Allerdings nur des Landheers. Eine See- und ebenso eine Luftrüstung würde Deutschland von England nach wie vor nicht zugestanden werden; durch sie würde sich England wieder bedroht fühlen. Aber eine deutsche Landrüstung käme England jetzt ganz gelegen. Denn sie würde, wie die Dinge politisch heute noch liegen, als eine Bedrohung Frankreichs empfunden werden, also neues Mißtrauen hervorrufen und damit die Verständigung auf dem Festland wieder hintanhaltend. Eine Vermehrung der deutschen Rüstungen vor einer Verständigung, vor der engsten wirtschaftlichen Kooperation mit Frankreich herbeigeführt, wäre nur das Signal zu einem neuen Wettrüsten aller europäischen Länder, hieße nichts anderes als die Gefahr einer neuen Zerfleischung Europas heraufbeschwören. Es liegt deswegen im Interesse Deutschlands seine Gleichberechtigung mit dem Kreis der anderen Völker auf anderem Weg zu betreiben: auf dem der engsten Zusammenarbeit mit seinem westlichen Nachbarn. Und dieses Interesse Deutschlands fällt mit dem Interesse Europas zusammen, das keine neuen Kriege, aber auch kein neues Wettrüsten mehr ertragen kann. Die französischen Heeresreformen können und werden Deutschland nur so lange beunruhigen und die Wünsche auf Vermehrung seiner Heeresmacht herausfordern wie diese Reformen das Gesicht von Rüstungen gegen Deutschland tragen, während andererseits Frankreich um so schneller mit seiner Abrüstung zu Land folgen kann, je weniger es ein vom Revanchegedanken beseeltes Deutschland zu fürchten braucht.

So betrachtet, ist es keine Übertreibung, wenn man von der deutsch-französischen Zusammenarbeit die Befriedung Europas erwartet, in der Annäherung der beiden Völker die ersten praktischen Schritte zu dem Vereinigten Europäischen Kontinent erblickt. Auch wer ganz nüchtern die Dinge ansieht und sich von allen Illusionen und der Ideologie des ewigen Friedens, durch das Predigen des Guten und Schönen herbeigeführt, fernhält, wird zugeben müssen, daß ein wirtschaftliches, politisches und militärisches Bündnis zwischen Deutschland und Frankreich zu einem gewichtigen Faktor zur Erhaltung des europäischen Friedens werden würde, daß die mit einander verbundenen beiden Länder imstande wären Störer des Friedens auf dem Festland in Schach zu halten, ohne sich durch ein unsinniges Wettrüsten wirtschaftlich und finanziell zu verbluten. Das alles sind heute freilich nur erst Gedanken, aber es gibt keine gegensätzlichen Interessen Frankreichs und Deutschlands, die ihre Ausführung für morgen verhindern müßten. Es ist nichts als die Tradition des gegenseitigen Hasses, von den Nationalisten gepflegt, die noch zu überwinden ist. Die vielen gemeinsamen Aufgaben auf den Gebieten der Wirtschaft und Kultur bilden einen so günstigen Betätigungsboden für alle, die guten Willens sind, daß auf die Dauer auch die ärgste Verhetzung der gesunden Erkenntnis nicht widerstehen können, daß Friede und Wohlstand Europas am sichersten durch ein Zusammengehen Frankreichs und Deutschlands verbürgt sind.

Es mag sein, daß die Vorstellung eines politischen und militärischen Bündnisses heute selbst denen noch allzu kühn erscheint, die ein Zusammengehen auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet für geboten erachten, und es ist in der Tat nicht leicht das deutsche Volk von der alten Überlieferung zu befreien, die in dem Franzosen nur den "Erbfeind" zu erblicken

vermochte. Aber wenn man bedenkt, was in knapp 4 Jahren doch schon erreicht worden ist, dann verlieren die auf den engsten politischen Zusammenschluß gerichteten Vorschläge jeden utopischen Beigeschmack. Aristide Briand hat seine Landsleute vor kurzem im Petit Parisien daran erinnert, daß die Pessimisten, die sich über die geringen Fortschritte in der Verständigungsfrage beschwerten, vor allem eines übersehen, nämlich den Ausgangspunkt: Versailles. Für uns Deutsche bleibt Versailles zwar auch der Ausgangspunkt aller unserer Bemühungen um Wiederherstellung der durch den Haß vergifteten Volkskörper und einer der Maßstäbe für das, was erreicht ist. Doch dürfen gerade wir nicht übersehen, daß die Besserung unserer Beziehungen mit Frankreich erst mit dem Ende des Ruhrkampfes begann, daß die an die Namen London und Locarno, Genf und Thoiry geknüpften Vereinbarungen erst seit dem Sommer 1924 datieren, daß die ersten wirtschaftlichen Abkommen noch jüngern Datums sind. Und schließlich kommt es gar nicht einmal so sehr darauf an durch ein paar ermunternde Worte den unbegründeten Skeptizismus und Pessimismus derjenigen zu widerlegen, die trotz allen wirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen beiden Ländern eine engere politische Verbindung mit den größten Zweifeln aufnehmen. Denn je vollständiger sich die beiden Länder in der Wirtschaft ergänzen, und je enger damit auch die Solidarität ihrer ökonomischen Interessen werden muß, um so eher wird sich auch die Notwendigkeit einer engern politischen und militärischen Verbindung herausstellen. Weil zwischen Frankreich und Deutschland keine größeren wirtschaftlichen Interessengegensätze bestehen, weil die geographische Lage beider Länder zur Ergänzung, zum Austausch wirtschaftlicher und kultureller Güter drängt, muß es nach den bisherigen Erfolgen, an die vor kurzem noch niemand glauben wollte, verhältnismäßig leicht sein auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens die engste Gemeinschaftsarbeit der beiden Völker herzustellen.

Auch im Völkerleben gilt die alte Erfahrung, daß gute Beispiele böse Sitten verderben. Die gegenseitige Zerfleischung der Völker Europas ist eine schlimme Übung, ein Überbleibsel aus barbarischen Zeiten und ein Hohn auf europäische Intelligenz und Kultur. Ein einiges Deutschland und Frankreich, einig in dem Willen einen Rückfall in diese bösen Sitten zu verhindern und sich gemeinsam gegen Störenfriede zu schützen, wird auch die anderen Völker davon überzeugen, daß Europa vor neuen Erschütterungen bewahrt werden kann, wenn es der Solidarität seiner Interessen entsprechend sich nicht auseinanderrüstet sondern zu friedlicher gemeinsamer Arbeit zusammenschließt. Die Resolutionen der Friedensgesellschaften, die von allen Völkern die gleichzeitige Abrüstung verlangen, in allen Ehren. Mit allgemeinen Wünschen jedoch läßt sich in der Politik und gerade auf diesem Gebiet praktisch nicht viel erreichen. Ein Weg, der schon in seinen ersten Schritten eine weitere Aufrüstung vermeiden läßt und in seinem Ziel praktisch zur Abrüstung führt, das ist die deutsch-französische Verständigung. Und wenn die Lassallesche Taktik richtig ist zur Erreichung eines bestimmten politischen Ziels jeweils alle Kraft auf einen Punkt zu konzentrieren, dann sollten jetzt alle Friedensfreunde nur auf eins hinwirken: auf deutsch-französische Gemeinschaftsarbeit, auf ein Zusammenwirken beider Völker in der Kultur und Wirtschaft, in der Politik und auch in der Wehr, die mit dem eigenen Land zugleich den ganzen Kontinent schützt.



LUDWIG QUESSEL · DIE AUSSENPOLITIK DES REICHSTAGS



Am 22. und 23. März war Deutschlands auswärtige Politik wieder einmal der Gegenstand parlamentarischer Beratungen. Als das Ergebnis dieser 2tägigen Auseinandersetzung wird man die Tatsache buchen können, daß, wenn man von den Kommunisten und Völkischen absieht, Stresemann als Außenminister keinen Gegner im Reichstag hat. Seine Politik der deutsch-französischen Annäherung, soweit diese das placetum imperiale des britischen Weltreichs findet, wird allgemein gebilligt. Selbst mit dem magern Ergebnis der Märztagung des Völkerbunds fanden sich die Parteien ab. Der sozialdemokratische Redner führte im Grunde nur Klage darüber, daß der deutsche Außenminister das sozialdemokratische Pferd von seinem Wagen abgespannt und dafür das deutschnationale angespannt habe, was dem kommunistischen Redner zu der spitzigen Bemerkung Anlaß gab, er sehe »einen wahren Konkurrenzzeifer zwischen den Deutschnationalen und Herrn Rudolf Breitscheid um die Gunst des Herrn Stresemann«, welche Betrachtung dann von ihm noch durch den grobschlächtigen Witz unterstrichen wurde, Breitscheid traure darüber, daß Stresemann es vorgezogen habe »auf das deutschnationale Nilpferd zu setzen, anstatt auf das sozialdemokratische Heupferd«. Interessant war auch die Erklärung des kommunistischen Führers (die unwidersprochen blieb), daß der deutschnationale Abgeordnete Hoetzsch »in vertraulichen Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses Herrn Stresemann den Bruderkuß gibt und ihm erklärt: Wir sind uns ja vollkommen einig«.

In der Tat, Stresemanns Politik der Annäherung Deutschlands an Frankreich unter britischer Patronanz findet die Zustimmung der Parteien von Graf Westarp bis Hermann Müller. In Opposition zu ihr stehen nur noch Kommunisten und Völkische, und da diese nach ihrem Zerfall nur noch aus Gruppen von "Wilden" bestehen, ist im Reichstag tatsächlich nur noch eine aktionsfähige Fraktion vorhanden, die Stresemann bekämpft: die kommunistische. Mit Recht konnte der deutsche Außenminister gegen Schluß sagen: »Ich glaube wohl sagen zu können, daß mit Ausnahme einer Fraktion des Hohen Hauses meine Darlegungen über die Stellung der deutschen Reichsregierung zu der gegenwärtigen außenpolitischen Lage Zustimmung gefunden haben.«

Merkwürdig ist dabei, daß sich jetzt mit dem magern Ergebnis der Märztagung des Völkerbunds, von dem Rudolf Breitscheid sagte, daß es wahrscheinlich auch nicht anders gewesen wäre, wenn Stresemann als Vertreter eines andern Kabinetts nach Genf gegangen wäre, auch die Rechtsparteien, die zunächst in ihrer Presse mit einer großen Entrüstungskundgebung darauf antworteten, abgefunden haben. Wahrscheinlich ist diese Resignation wesentlich auf den Umstand zurückzuführen, daß der Widerspruch gegen die Entscheidung des Völkerbunds in der Saarfrage und der Frage der oberschlesischen Schulen in der Presse jenseits des Kanals absolut kein Echo weckte. Wie dem aber auch immer sei, die Tatsache bleibt bestehen, daß Stresemanns geringe Erfolge in Genf seine starke Stellung im Reichstag nicht im mindesten erschüttert haben, so daß Graf Reventlow, der Sprecher der Völkischen, wirklich nicht übertrieb, als er das Fazit der 2tägigen Aussprache über die auswärtige Politik wie folgt zog:

»Von einem sachlichen, uninteressierten Standpunkt aus gesehen war es im höchsten Grade amüsant zu beobachten, wie beinahe sämtliche Fraktionsredner erklärten: Ja, einen Erfolg haben wir zwar nicht gehabt, aber der Außenminister war nicht schuld; der ist ein großer Staatsmann, und wahrscheinlich ist mit diesem Mißerfolg der Keim eines künftigen großen Erfolges gelegt worden. Der Herr Außenminister wurde von allen Rednern gestreichelt: Ei, ei, nur nicht weinen, es wird schon mal wieder besser kommen! Und während aller dieser Reden wurde der Herr Außenminister, der zuerst so klein war, immer größer, und heute sahen wir bei seiner letzten Rede, wie sein außerordentlicher außenpolitischer Mißerfolg (ich möchte hier das Wort katastrophal vermeiden, weil es ja Katastrophen dieser Art in diesem Hause und mit diesem Außenminister nicht gibt) zu einem ebenso außerordentlichen persönlichen Erfolg des Herrn Außenministers geworden ist.«

Die Erfolge oder Mißerfolge Stresemanns auf der Märztagung des Völkerbunds sind eine Sache für sich, auf die heute nicht näher eingegangen werden soll. Von Bedeutung dagegen ist die Tatsache, daß der Same von Thoiry nicht aufgegangen ist. Das dort besäte Feld ist unfruchtbar geblieben. Der rauhe Wind, der von der britischen Insel her darüber strich, verhinderte, daß die Saat der deutsch-französischen Verständigung Wurzel schlagen konnte. Locarno erhielt das Plazet Englands, wenn auch erst nach scharfen diplomatischen Waffengängen zwischen London und Paris, die hier eingehend geschildert wurden, während Thoiry die Billigung Englands nicht fand. Um auf dem in Thoiry besäten Feld zu ernten, hätte Stresemann sich von der Patronanz Englands freimachen müssen. Dazu fehlte ihm wohl weniger die Einsicht als der Mut. Er weiß, daß er mit Abmachungen, die nicht das Plazet Englands tragen, im Reichstag kein Glück hätte. Daher seine Politik: Annäherung an Frankreich, jedoch nur so weit als sie von London ausdrücklich gebilligt wird. In der freiwilligen Unterordnung unter den Willen Englands ist sich Deutschland immer treu geblieben. Für alle deutschen Demarchen zum mindesten das stille Plazet Englands zu haben war immer höchstes Ziel der deutschen Politik seit 1918.

Auch das Verhältnis Deutschlands zu Rußland wurde in allen diesen Jahren stets durch England bestimmt. Der Vertrag von Rapallo wurde auf englische Inspiration geschlossen. Er sollte die damals drohende Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich hintertreiben, und er hat ja damals auch ganz nach englischem Wunsch gewirkt. Mittlerweile hat sich im Verhältnis Londons zu Moskau manches geändert. Man darf dabei Rußland nicht mit dem bolschewistischen Regime identifizieren. Jetzt ist es so weit, daß der natürliche Gegensatz zwischen England und Rußland, der durch die Tripelentente, den Weltkrieg und den Bolschewismus verdeckt wurde, wieder, und in immer stärkerem Grad, zu wirken beginnt. Die Ereignisse in Asien können als die ersten Anzeichen der Zukunftsauseinandersetzung zwischen einem neu werdenden Russischen und einem sich umbildenden Britischen Reich gelten. Um Rußland, das jetzt die asiatischen Schwierigkeiten Englands vergrößert, von Asien abzulenken, sucht die englische Regierung europäische Kräfte gegen Rußland ins Feld zu führen. Diese Tatsache wurde von dem Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Rudolf Breitscheid, allerdings abgestritten. Dieser bezeichnete die von der großen Presse Deutschlands während der Märztagung des Völkerbunds fast allgemein vertretene Ansicht, »daß England oder sein Außenminister, Herr Chamberlain, in Genf eine aktive Kriegscoalition gegen Rußland zu schaffen versucht habe«, als eine »kindische Vorstellung«. Auch daß Eng-

land in Genf Rußland in Europa zu isolieren versucht habe, ließ er nicht gelten. Das einzige, was er bei einem konservativen Außenminister eines konservativen britischen Kabinetts für »immerhin ja denkbar . . . , theoretisch zum mindesten möglich« hielt, war, daß er in Genf »so etwas wie eine moralische Einheitsfront gegen die Sowjetregierung zu schaffen« versucht hätte. Der Sprecher der Kommunisten, Walter Stoecker, von dem man annimmt, daß er das Material und die Richtlinien zu seinen Reden über die Außenpolitik von der Russischen Botschaft in Berlin erhält, griff daher Breitscheid, der sich in einer Reihe mit Stresemann »schützend vor Chamberlain und seine antirussischen Pläne« stelle, heftig an. Er warf der Sozialdemokratie vor jetzt auf einmal nicht wahrhaben zu wollen, was vor kurzem »die ganze Weltpresse behauptet« hätte. Er zitierte die Kölnische Zeitung, die vor wenigen Tagen konstatiert habe, daß »die englische konservative Presse mit wachsendem Eifer für einen Zusammenschluß aller zivilisierten Staaten gegen Rußland« eintrete, er wies auf die Äußerung des englischen Staatssekretärs Lord Birkenhead hin, daß »die russische Regierung aus Räubern, Mördern und Dieben bestehe«, er führte die Parole des englischen Publizisten Augur an, daß »das Problem der Beziehungen mit Moskau entweder als Problem des Friedens oder als das des Krieges gelöst werden« müsse, er berief sich auf die Rheinisch-Westfälische Zeitung, die berichtet hatte, man habe »in politischen Kreisen wiederholt in Berlin mit dem englisch-russischen Konflikt beschäftigt und dabei auf die Möglichkeit einer gewaltsamen Austragung dieses Konflikts hingewiesen«, und auf die Deutsche Tageszeitung, die am 24. Februar geschrieben hatte, daß England »die deutsche Beteiligung an einem Interventionskriege gegen Rußland erhofft hat«.

Zu dieser Auseinandersetzung zwischen Breitscheid und Stoecker ist zu sagen, daß in gewissem Sinn vielleicht beide recht haben. Man muß eben, wie stets in englischen Dingen, die amtliche und die nichtamtliche britische Politik von einander unterscheiden. Beide arbeiten stets auf das selbe Ziel hin, aber die Mittel sind verschieden, oft entgegengesetzt. Das bringt den Vorteil, daß England die eigene Politik, sobald es paßt, amtlich ruhig desavouieren, aber ihre Wirkungen nicht minder ruhig nutzen kann. Gerade Deutschland hat dies zu seinem Schaden oft genug erfahren (wenn freilich nie begriffen); Rapallo mit seinem Nachspiel war eins der klarsten Beispiele. Daß britische Agenten in Genf das Terrain für eine Einkreisung Rußlands in Europa, um es in Asien auszuschalten, sondiert haben, ist nicht nur von kommunistischer Seite behauptet worden. Über solche Bemühungen wußte zum Beispiel auch der Vorwärtskorrespondent Viktor Schiff aus Genf manches zu berichten. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Plan schließlich an der Haltung Frankreichs scheiterte, das gar nicht daran denkt England wieder bei einer Einkreisungsaktion zu helfen. Stoecker freilich sieht, nach kommunistischem Schema, auch Frankreich in der Gefolgschaft Englands. Er beruft sich auf ein Interview Briands, in dem dieser gesagt hatte, »Locarno hindere die Franzosen nicht die Zone des besetzten Gebiets zu durchschreiten, um im Eventualfall Polen und der Tschechoslowakei Hilfe zu bringen, wenn sie angegriffen werden«. Dazu ist aber zu bemerken, daß Briand hier an einen Angriff Rußlands oder Deutschlands oder der beiden Staaten zusammen auf Polen denkt, nicht aber umgekehrt an einen unprovokierten Angriff Polens und Deutschlands auf Rußland. Greift Polen Ruß-

land unproviziert an, so ist für Frankreich der casus foederis keineswegs gegeben. Und Frankreich hat gerade im Polnisch-Russischen Krieg im Jahr 1920 bewiesen, daß es zwar Polen in seiner Selbstbehauptung hilft, aber jeden Angriff Polens auf Rußland abzuwehren weiß. Die Äußerungen Briands beweisen alles andere eher als die Absicht Frankreichs sich einer britischen Koalition gegen Rußland (die faktisch auch eine Koalition gegen das werdende Kontinentaleuropa wäre) anzuschließen. Wäre der deutsche kommunistische Redner besser informiert gewesen, so hätte er gewußt, daß, als die Märztagung des Völkerbunds beendet war, Frankreich und Rußland sich an den Verhandlungstisch setzten, um sich über die finanziellen Fragen zu verständigen. Die politische Bedeutung einer Einigung auf diesem Gebiet wurde natürlich im Foreign Office sehr gut erkannt. Daher konnte die Vossische Zeitung am 7. April melden, daß die Schwierigkeiten der Regelung »ausschließlich auf diplomatischem Gebiet liegen und vor allem in London ihren Ausgangspunkt haben« dürften. Frankreich ließ sich aber nicht irremachen, denn schon am folgenden Tag stellte das selbe Blatt erneut fest, »daß zwischen den beiden Delegationen ein Protokoll unterzeichnet worden ist, das die Grundlinien des in Aussicht genommenen Abkommens festlegt«.

Mit aller Bestimmtheit muß aber gesagt werden, daß das Spiel der britischen Diplomatie in den Märztagen denn doch nicht so harmlos war wie Breitscheid es hinstellte. Sie hat an verschiedenen Stellen in Europa kleine Feuer angelegt oder zum mindesten angefacht. Es ist nicht ihr zu danken, wenn diese sich nicht zu einer großen Flamme vereinigten. Daß England redlich bemüht ist das Verhältnis zwischen Frankreich und Italien so schlecht wie möglich zu gestalten ist in Europa die *opinion publique*. Ganz unbestreitbar ist aber auch, daß England intensiv daran arbeitet das Bündnis- und Freundschaftssystem Frankreichs mit den Ost- und Südstaaten Europas überall zu lockern. In den Wochen, die der letzten Völkerbundstagung vorangingen, verstrich fast kein Tag, an dem nicht Nachrichten eintrafen, die darauf aufmerksam machten, daß die britische Diplomatie in Ost- und Südeuropa bemüht sei neue englische Positionen zu errichten, die sicher ebensogut der Verteidigung wie dem Angriff dienen konnten. Man erinnere sich an das stolze Wort Austen Chamberlains, daß England über Krieg und Frieden in der Welt bestimme. Es ist in diesem Zusammenhang nützlich auf die Angriffspunkte der britischen Diplomatie in Osteuropa hinzuweisen. In einem Artikel der *Iswestija* vom 5. März 1927 wurde behauptet, die nach Moskau gesandten Berichte rechtfertigten die Annahme, daß England ein Programm für ein deutsch-polnisches Zusammengehen im Osten aufgestellt habe, das folgende Vereinbarungen enthalte:

- »1. Polen verzichtet auf den Korridor und ändert die Grenzen in Posen und Schlesien.
2. Polen erhält Litauen und Memel als Ersatz für diese abgetretenen Gebiete.
3. Die Vertragsparteien erkennen die souveränen Rechte Polens auf das rechts des Dnjepr liegende ukrainische Gebiet mit der Stadt Odessa an.
4. Das übrige Südrußland und das Donjezer Kohlenrevier bilden einen selbständigen Staat unter deutscher und polnischer Oberhoheit.
5. Deutschland verpflichtet sich zu militärischer Hilfeleistung, wofür es weitere Zugeständnisse in Posen und Schlesien erhält.«

So phantastisch und abenteuerlich auch diese Aufzählung dessen, was England in Osteuropa erstrebt, erscheinen mag, man kann eins nicht übersehen: daß alle diese Pläne nicht antibolschewistischen sondern antirussischen Charakter tragen. Und wie auch die englische Regierung zurzeit zur bolsche-

wistischen Regierung stehen mag; das Ziel der Schwächung des Russischen Reichs als solchen läßt England nie aus dem Auge. In den Märztagen wurde aus Genf vielfach gemeldet, man spräche in den Wandelgängen des Völkerbundspalastes von gar nichts anderm mehr als von Englands anti-russischer Politik. Die Veranlassung dazu boten nicht so sehr die Moskauer Kundgebungen und die deutsch-kommunistischen Befürchtungen als die Ratifizierung des Vertrags über Bessarabien durch die italienische Regierung. Man sah in ihr die Hand Englands. Als hierauf Polen und Rumänien ihren gegen Rußland gerichteten Garantievertrag im Völkerbundsekretariat zur Registrierung deponierten, wurde dieser Eindruck noch verstärkt. Hinzu kam weiter, daß die Meldungen, England bemühe sich um einen litauisch-polnisch-deutschen Ausgleich in dem Sinn, daß Litauen mit Polen eine Union bilden solle, wofür Deutschland einen Teil des polnischen Korridors zurückerhalte, allgemeinen Glauben fanden. Von Lettland und Estland nahm man an, daß diese Länder so oder so dem litauisch-polnischen Block einverleibt werden würden, als Kompensation für das von Polen an Deutschland zurückgegebene Gebiet. Sicher ist, daß man in Riga und Reval, wo man die häufige Anwesenheit des britischen Botschafters für Lettland, Sir Tudor Vaughan, in Kowno mit Mißtrauen verfolgte, allen diesen Meldungen und Gerüchten so ernste Bedeutung beilegte, daß man die Verhandlungen mit Moskau schnell aufnahm, um von Rußland eine Garantie der Selbständigkeit zu erlangen. Nimmt man den italienisch-jugoslawischen Konflikt um Albanien hinzu, hinter dem, für jeden deutlich sichtbar, England steht, so konnte leicht genug der Eindruck entstehen, England habe für seine Politik bereits Italien, Rumänien, Polen und Deutschland gewonnen.

In der kommunistischen Presse wurde nun laut verkündet, daß auch Frankreich sich diesem Block angeschlossen und sich damit unter englische Führung gestellt habe. An dieser Auffassung hielt der Abgeordnete Stoecker noch in seiner Reichtagsrede am 22. März fest. Wie sehr er mit dieser Vermutung danebengriff, ist oben festgestellt worden. Aber auch sonst war die deutsche Öffentlichkeit wieder schnell dabei Paris sich London unterordnen zu lassen. Die deutsche Presse vergißt schnell, was sie selber verkündet. Es waren erst einige Wochen her, daß sie (in grotesker Verkennung sowohl der Bedeutung dessen, was im Fernen Osten vor sich ging, wie der Grundlagen des British Empire) im Vormarsch der Kantontuppen gegen Schanghai schon das Ende des britischen Weltreichs gesehen hatte. Und nun feierte sie in den Märztagen Großbritannien plötzlich wieder als den Herrn Europas, dem Frankreich sich unterordnen müsse, weil das ganze französische Bündnissystem in Ost- und Südeuropa durch die britische Politik zerbrochen worden sei. Richtig ist allerdings, daß England die Beziehungen Frankreichs zu Italien zu vergiften und die zu Rumänien, Polen und Jugoslawien aufzulösen bestrebt gewesen ist. Gerade die letzten Tage haben jedoch gezeigt, daß die deutsche Presse wieder, wie schon ungezählte Male, das, was sie, englisch inspiriert, selber wünscht, schon als Realität gesehen hat. Gewiß, die britische Diplomatie ist in Versprechungen groß, sie verteilt gern Länder, die England nicht gehören. Den englischen Versprechungen steht aber einstweilen noch immer die tatsächliche Machtstellung Frankreichs gegenüber, die durch die militärische Entwicklung außerordentlich verstärkt wird. Da Frankreich seine Macht in den Dienst der

Neuordnung Europas stellt, der Italien und Rumänien ihre Vergrößerung, Jugoslawien, Polen, Litauen ihr Dasein zu verdanken haben, so wird es der britischen Diplomatie so leicht nicht gelingen die kontinentale Führerstellung Frankreichs zu erschüttern. Auch Mussolini ist nicht das Werkzeug Englands, als das die deutsche anglophile Presse ihn gern hinstellt. Im übrigen sind die anderen Staaten Europas auch nicht so leicht mit englischen Versprechungen einzufangen wie etwa Deutschland. Ein solches Spiel, wie es sich die deutschen Kolonialfreunde gefallen lassen, daß die britische Presse ihnen Kolonien in Aussicht stellt, während das amtliche England durch seinen Kolonialminister erklären läßt, für Deutschland wären keine Kolonialmandate übrig, kann London sonst nirgends spielen.

Frankreich dankt nicht ab. Es behauptet seine Führerstellung auf dem Kontinent. Es führt und lehnt es ab sich von England führen zu lassen. Auch nicht gegen Rußland, obwohl die Politik der Bolschewisten in Europa bisher einseitig gegen Frankreich gerichtet war, was die Haltung der deutschen Kommunisten in dem von Deutschland im Interesse Englands gegen Frankreich geführten Rhein- und Ruhrkrieg beweist. Wenn in Deutschland sich jetzt wieder die Neigung befestigt in England den Herrn der Welt zu sehen, ohne dessen Befehl oder Genehmigung kein deutscher Schritt im Ausland erfolgen dürfe, so ist dazu zu sagen, daß diese Auffassung ebenso falsch ist wie die Ansicht, daß das britische Imperium mit Riesenschritten seinem Verfall entgegengehe, weil die Chinesen sich national unabhängig machen. Wahr dagegen bleibt, daß die deutsch-französische Verständigung sich als eine Lebensnotwendigkeit für die deutsche Wirtschaft erwiesen hat. Sie ist es in noch höherm Grad für Deutschlands auswärtige Politik. Ginge die deutsch-französische Verständigung über den Rahmen des Plazets, das ihr Austen Chamberlain jeweilig erteilt, hinaus, so wäre die ganze Unruhe in Südosteuropa, die den Brandgeruch des Krieges auch über das übrige Europa verbreitet, nie entstanden. Die Feuer an den verschiedenen Stellen Europas können sich, solange die deutsch-französische Verständigung zu keinem bewußten, dauernden Zusammenwirken beider Länder geführt hat, in der Tat über Nacht zu einer großen Flammensäule vereinigen. Eine wirkliche Sicherung des europäischen Friedens kann nur ein festes Bündnis Deutschlands mit Frankreich bringen. Nur politische Kurzsichtigkeit könnte sich darüber freuen, wenn Paris angesichts der deutschen Unzuverlässigkeit in allen wichtigen Fragen Kontinentaleuropas, die im Grunde England nichts angehen, wirklich einmal den Weg nach London ginge. Dieser Weg wird Frankreich, was mit Nachdruck gesagt werden muß, übrigens immer offenstehen, auch wenn Deutschland jede britische Parole sklavisch befolgt. Eine endgültige Entscheidung Frankreichs für England würde aber, das sollte sich der Reichstag gesagt sein lassen, den deutschen Einfluß in Europa überhaupt vernichten. Auch die deutsche Wirtschaft im Sinn einer ökonomischen Großmacht wäre dann erledigt. Tatsache ist leider, daß die deutsche Außenpolitik heute hilflos und unentschlossen zwischen Paris und London hin und her schwankt. Und daß gerade diese Politik der Hilflosigkeit und Unentschlossenheit, die sich mit der illusionären Mittlerrolle Deutschlands zwischen Frankreich und England brüstet, die Zustimmung des Reichstags gefunden hat, ist ein Zeichen der Zeit, das alles andere als beruhigend auf Europa wirken kann.



MAX SCHIPPEL · EIN ANTRAG KANITZ IN AMERIKA



UF die wesentlich andere und unter Umständen durchschlagende Bedeutung der Preiserhaltung und Preisstabilität für den Agrarschutz, im Vergleich zum Industrieprotektionismus, ist an dieser Stelle seit langen Jahren immer wieder hingewiesen worden. Selbst der agrarische Zoll, wie er seit dem Ende der siebziger Jahre, das heißt seit dem Hereinbruch der europäischen Agrarkrise, die gesamte kontinentaleuropäische Handelspolitik umwälzte, diente vor allem der Abschwächung eines produktionsvernichtenden Preissturzes und der möglichen Wahrung der bisher für die landwirtschaftliche Vermögens-, Verschuldungs- und Einkommensgestaltung maßgebenden Preisgrundlage¹. In den deutschen und französischen Anträgen Kanitz und Jaurès arbeitete sich dieser Leitgedanke des neuartigen Agrarschutzes nur unmittelbarer und unverhüllter heraus. Was der Schutzzoll roh und ungleichmäßig bewirkte oder überhaupt gar nicht zu erreichen vermochte, das sollte eine staatliche Organisation und Beeinflussung der Getreideeinfuhr und des Getreidehandels zielsicherer und einwandfreier dem agrarischen Unternehmerproduzenten zuwenden: und gewöhnlich wurde dabei zugleich das gleichlaufende Interesse des Lohnarbeiterproduzenten ausdrücklich hervorgehoben.

Dieser Grundgedanke, der freilich bei jedem Anlauf zu praktischer Ausgestaltung und Verwirklichung ungeahnte Schwierigkeiten offenbart, ist so einleuchtend, daß er heute bei Vertretern der äußersten Rechten wie der äußersten Linken nicht selten den gleichen Beifall weckt. Auf den österreichischen Bundespräsidenten Michael Hainisch sind unsere österreichischen Parteigenossen gefolgt; an das österreichische sozialdemokratische Agrarprogramm schließt sich wiederum, ein volles Menschenalter nach dem der einst als reaktionär und utopistisch verfemten Antrag Kanitz, der vorliegende deutsche Agrarprogrammwurf an. Doch auch in England ertönt aus vollkommen entgegengesetzten wirtschaftlichen und sozialen Lagern die gleiche Kampf- und Reformlosung. Die organisierten Farmer Englands empfehlen mit Vorliebe als großes Mittel die Preishebung und Preisstabilität. Der soeben viel Aufsehen erregende Jungtoryweckruf über Wirtschaft und Staat² proklamiert gleichfalls den Schutz des britischen Farmers vor den Schwankungen der Getreidepreise. Die Preiskontrolle durch freigebildete Pools und behördliche Ämter sei in Canada, Australien und Neuseeland schon weit fortgeschritten, und der Vorschlag eines imperialen Weizenpools, wie ihn beispielsweise der australische Premier Bruce bereits 1923 auf der Reichskonferenz angeregt habe, sei ernstlich von dem Imperial Economic Committee nachzuprüfen. Aber nach der gleichen Richtung drängen neuerdings noch unterschiedener sowohl die Gewerkschaften wie die Arbeiterpartei. In ihrer jüngsten gemeinsamen Programmschrift A Labour Policy on Agriculture heißt es, nach dem noch unumwundenem Bekenntnis der Unabhängigen Arbeiterpartei von 1924:

»Wo, wie bei Fleisch und Weizen, der Markt von der Einfuhr beherrscht wird, kann das genossenschaftliche Zusammenwirken der Farmer wenig ausrichten. Bei solchen Waren muß deshalb um die Preise zu stabilisieren, die Einfuhr zielbewußt kontrolliert werden... Was zunächst das Brotkorn anlangt, so schlagen wir vor

1) Siehe Schippel Grundsätze der Handelspolitik /Berlin 1902/, besonders Seite 207 bis 256, und Arbeiterklasse und Handelspolitik, in der Volkstimme /Chemnitz/ vom 3., 10., 17., 31. Mai, 7. und 28. Juni, 5., 12., 26. Juli und 10. August 1904, vor allem die Abschnitte über den Agrarschutz und die Anträge Kanitz-Jaurès.

2) Siehe Boothby, Macmillan, de Loder und Stanley Industry and the State /London 1927/.

die gesamte Weizeneinfuhr zu sozialisieren (to transform into a public service) und die Durchführung einem Einfuhramt anzuvertrauen, das eigens zu diesem Zweck in durchaus geschäftsmäßigem Aufbau zu bilden ist. Die Aufgabe dieses Amtes, wie sie von Zeit zu Zeit vom Parlament vorzuzeichnen ist, wäre die wirksamste und wirtschaftlichste Organisation des Einkaufs, Transports und Großabsatzes der gesamten Weizeneinfuhr. Besonders hätte es die Absatzpreise und Absatzeinrichtungen dahin auszugestalten, daß nach Möglichkeit stabile Preise eintreten.«



ANZ neue Wege muß natürlich die Preisaufbesserung und Preisstabilisierung in den Ländern mit Getreideüberschußproduktion und mit deshalb unbedingt notwendiger Getreideausfuhr einzuschlagen versuchen. Der Zoll an sich vermag hier wenig oder gar nicht zu helfen, denn Exportfähigkeit bei Exportzwang setzt, falls weitere staatlich organisatorische Eingriffe ausbleiben, einen allgemein niedrigeren Preisstand daheim als auf dem aufzuschendenden freien Weltabsatzmarkt voraus. Auch die Getreide- und Wollzentralen (pools) Canadas, Australiens, Neuseelands helfen, selbst wenn sie erfolgreicher wären, über diese Schwierigkeit im Grunde nicht dauernd hinweg; sie üben und erleichtern nur Zurückhaltung im Verkauf während eines Zeitraums abnorm niedriger Preise; sie übertragen lediglich die Vorräte, die sonst verschleudert werden müßten, auf eine spätere, wie man hofft: günstigere Absatzperiode.

Eine weitgreifende staatliche Preispolitik lag jedoch in den seit beinahe 3 Jahren im amerikanischen Kongreß heftig umkämpften Anträgen McNary-Haugen vor, deren Gesetzwerden soeben der Präsident Coolidge durch sein Veto verhindert hat. Diese sind, wie bei dem innern Widerspruch zwischen angestrebter erhöhter Inlandspreislage und fortbestehender Ausfuhrmöglichkeit und Ausfuhrnotwendigkeit kaum anders zu erwarten ist, wesentlich verwickelter und künstlicher ausgefallen als vorher der Antrag Kanitz und seine immer auf europäische Zufuhrbedarfsgebiete zugeschnittenen Nachfolger. Sie sind jedoch für die nicht weichen wollende internationale Agrarkrisis ebenso bezeichnend wie die agrarschutzpolitischen Gegenstücke aus deutschen, österreichischen und noch anderen Getreidedefizitgebieten.

Die agrarische Entwicklung der Vereinigten Staaten nach dem Weltkrieg brauchen wir hier nach früher Gesagtem³ nur in einigen Hauptzügen nochmals kurz darzulegen. Der Krieg hatte die amerikanische Landwirtschaft in fast allen ihren Zweigen zunächst ganz außerordentlich begünstigt, weil die europäische Produktion rapid verfiel, und der europäische Bedarf, vielfach infolge der Kriegsverwüstungen und Materialverschwendungen ganz ungewöhnlich erhöht, bei den gewaltig verteuerten Transportkosten und bei der Gefährdung aller Meeresstraßen vor allem auf das nächstgelegene überseeische Liefergebiet angewiesen blieb. Die französische Weizenproduktion stand 1917 unter der Hälfte von 1914, Hafer und Roggen waren in Frankreich um ein Viertel gesunken. Deutschlands Weizengewinnung ging während des gleichen 3jährigen Zeitraums um 44 % zurück, um 33 % beim Roggen, um 59 % beim Hafer. Italiens Erzeugung fiel von 1913 bis 1917 von 214,4 Millionen Bushel auf 140 Millionen, beim Mais von 108,4 auf 82,8 Millionen. Für Belgien, Österreich-Ungarn, Rumänien war das Ergebnis ebenso schlimm, wenn nicht noch schlimmer. Die Viehhaltung verfiel, besonders nach der Anzahl der Schafe und Schweine, sogar in neutralen Ländern, die ihre Futtermittelzufuhr abgeschnitten sahen: in Dänemark verminderte sich zwi-

3) Siehe Schippel Die Agrarbewegung in Amerika, Überseeische Agrarkrisis und amerikanische Arbeiter, in den Sozialistischen Monatsheften 1923 Seite 666, 1924 Seite 295 und folgende.

schen 1914 und 1918 die Anzahl der Schweine von 2½ Millionen auf ½ Million. Die Handelsschiffsflotten aber mußten die Fahrten nach Australien, Indien und Argentinien, von denen England einen großen Teil seines Brotkorns in Friedenszeiten zu beziehen pflegte, mehr und mehr aufgeben und sich auf die sorgsam überwachten, militärisch begleiteten Fahrten nach Nordamerika beschränken. Es war ein förmliches internationales Wettrennen nach vereinsstaatlichen Rohstoffen, Lebens- und Futtermitteln, das nach der ersten großen Verkehrsstockung des Kriegsbeginns sehr bald anhub. Der Weizenexport war, 1913 und 1914 zur Grundlage genommen, von 142,88 und 145,59 Millionen Bushel bereits 1916 auf 243,12 und 1919 auf 287,40 Millionen angeschwollen, die Haferausfuhr von 36,45 und zeitweilig sogar nur 2,75 Millionen auf 125 und 109 Millionen in den Jahren 1918 und 1919. Rindfleisch exportierte die Union anfangs 170 und 151 Millionen Pfund, 1916 dagegen 457,56 Millionen, 1917 423,67 Millionen, 1918 600,13 und 1919 591,30 Millionen Pfund; Schweinefleisch anfangs 985 und 922 Millionen Pfund, 1919 dagegen 2705 Millionen.

Wie dereinst auf der unvergleichlichen Höhe der siedelungskolonialen Erschließung des amerikanischen Innern stoßen wir deshalb in der Kriegs- und zum Teil noch in der Nachkriegsperiode von neuem auf den großen Gegensatz zwischen alter verfallender und neuer sich verjüngender Welt: Bedrängnis und Einschränkung des Ackerbaus und der Viehproduktion dort, Erweiterung des Anbauareals und der Viehhaltung hier. Noch einmal vermochte man übersee die große Landreserve anzubieten, die den Vereinigten Staaten trotz aller Abschwächung ihres siedelungskolonialen agrarischen Grundcharakters noch immer eigentümlich ist: teils, um mit Marx zu reden, in dem Vorrat an wirklich jungfräulichem Boden, teils in den bisher unbestellt gebliebenen Teilen des bereits dem Farmbesitz unterstellten Grund und Bodens. Das Anbauareal erweiterte sich von 1909 bis 1913 beim Weizen von 47,1 Millionen Acres auf nicht weniger als 59,2 Millionen im Jahr 1918, beim Hafer von 37,4 auf 44,3 Millionen. Mais, Gerste, Roggen nahmen, obwohl in schwächerem Maß, an dieser Ausweitung der Bodengrundlage teil. Der Tabak war während des Krieges fast so gut wie das Brot zum unentbehrlichen Alltagsbedarf geworden, das seit jeher weitumfassende amerikanische Produktionsareal stieg zwischen 1914 und 1918 um ein volles Drittel. Gleichzeitig vermehrte sich der Bestand der Rinder um 19 %, der Schweine um 20 %.

Aber dies alles war noch vorteilhafter als während der Blütezeit der alten überseeischen Landwirtschaftskonkurrenz, rapid anschwellende Mehrproduktion bei rapid emporsteigenden Preisen. Den Durchschnittspreis der Jahre 1909 bis 1914 jedesmal gleich 100 gesetzt, glitt der Weizen seit dem Frühjahr 1917 bis zum Ende 1920 niemals unter 200 zurück, zeitweise erreichte er den Index 275. Schweinefleisch stand seit dem Spätsommer 1917 bis Ende 1919 über 200 und zeitweise im August 1919 gegen 250; Baumwolle, das große Agrarerzeugnis des Südens, erhob sich seit dem Spätsommer 1917 gleichfalls über 200, um im Mai 1920 sogar bis auf 300 hinaufzugehen. Die 31 hervorragendsten Farmprodukte zusammengenommen, stand der Erlös seit Anfang 1918 gleichfalls bis zum Hochsommer 1920, dem Abschluß dieser nach Ursachen wie nach Wirkungen einzigartigen agrarischen Prosperitätsperiode, auf durchgängig über 200, im Juni 1920 auf reichlich 240.⁴

⁴ Die statistischen Angaben stets nach den überaus umsichtigen und dankenswerten Zahlenangaben und graphischen Darstellungen in *Nourse American Agriculture and the European Market* /New York 1924.



NOCH längere Zeit nach der Kriegsbeendigung und dem Friedensschluß bekam man in Amerika die Abnormität dieses Produktionsaufschwungs kaum zu fühlen. Die europäische Produktion blieb überwiegend in Verfall, zum Teil steigerte sich der Verfall durch die agrarisch revolutionäre Eigentumsumschichtung in Rußland, in den ehemals habsburgischen Ländern und auf dem Balkan. Der ganz außerordentliche Zufuhrbedarf Europas verschwand* also nicht so bald; über die gelähmte europäische Kaufkraft halfen anfangs noch vielfach amerikanische und andere Kredite hinweg, die nicht aus Farmerkreisen flossen, die vielmehr diesen Kreisen gegenüber noch weiter eine übertrieben günstige Marktlage vortäuschten. Bei der Baumwolle kam sogar erst in den Friedensanfangsjahren der Drang nach Wiederauffüllung der entblößten Handels- und Fabriklager zu geradezu elementarem Durchbruch. Die verhängnisvolle Umschwungszeit ist deshalb für die Agrarproduktion der Vereinigten Staaten im allgemeinen nicht vor 1920 anzusetzen. Nach Nourses Mitteilungen war der Preiszenit nur bei Rindern und Schweinen bereits 1919, nämlich im Mai und August, zu verzeichnen; dagegen für Wolle im Januar 1920, für Schafe im April 1920, für Baumwolle im Mai 1920, für Weizen, Kartoffeln, Gerste, Heu im Juni 1920, endlich für Mais, Hafer und Roggen im Juli 1920.

Der Absturz war dann allerdings vernichtend heftig und in seiner Art wiederum ganz abnorm. Während des Krieges hatten sich infolge der Sperrung der Seewege und des ständigen Mangels an Schiffsfrachtraum in anderen überseeischen Überschußgebieten ganz gewaltige Vorräte angesammelt, die schon wegen des europäischen Zahlungsmittelens erst langsam und schwerfällig wieder in Bewegung gerieten und vielfach vom Handel, der zunächst an einen Fortbestand der Seltenheitspreise glaubte, sogar planmäßig zurückgehalten worden waren. Vor allem von Argentinien und Australien schoben sich immer neue, riesenhafte Mengen von Rohstoffen und Lebensmitteln vor. Was die Kriegsverwaltungen und der Handel in kriegführenden und neutralen Ländern an Korn-, Fleisch- und Rohstoffvorräten angehäuft hatten, floß damals häufig sogar statt vorwärts nach dem Konsum zunächst nochmals zurück nach dem Großhandelsmarkt, oft in reinem Schleuderausverkauf, nur um mit unhaltbaren Zuständen vor noch weiterer Entwertung aufzuräumen.

Binnen wenigen Monaten (denn der tiefste Preisstand trat fast überall bereits kurz vor Mitte 1921 ein) stürzten die oben verzeichneten Preisindizes: bei Baumwolle von 300 auf 75, beim Weizen von 275 auf fast 100, bei den Schweinen von fast 250 auf 100 und gleich darauf noch unter 100, bei insgesamt 31 Farmerzeugnissen von reichlich 240 auf wenig über 100. Wenn diese äußersten Tiefen zwar bald wieder überwunden wurden, so blieben die Agrarpreise doch erschreckend unlohnend. Farmankäufe, Kreditaufnahmen, Betriebsverbesserungen, wie sie der ehemaligen Hochkonjunktur durchaus entsprochen hatten, erschienen plötzlich als sinnlose Wertverschwendungen. Ein Sturm von Konkursen räumte unter den geschwächten und überlasteten Betrieben auf und riß nicht wenige der den Farmern näherstehenden Provinzbanken in den Strudel der Zahlungsunfähigkeit hinein.

Da die Industrieentwicklung, bis zur Gegenwart, in ganz anderer Richtung verlief und Profite, Waren- und Transportpreise sowie Löhne hier sich auf dem errungenen Niveau und sogar in weiterm Ansteigen erhielten, ergab sich,

bis zur Gegenwart, die vielbesprochene Preisschere: die vollkommene Umstülpung der bisher für unerschütterlich gehaltenen Grundtendenzen der relativen Preisbewegung zwischen Industrie- und Landwirtschaftserzeugnissen. Das heißt, die Farmerklasse sah sich nach Einkommen und sozialer Stellung verhältnismäßig weit hinter die ungehemmt weiter vorwärts und aufwärts schreitenden gesellschaftlichen Klassen des Industrieunternehmertums und der Industrielohnarbeiterschaft zurückgeworfen. In diesem Sinn fühlten sich die Farmer mit einemmal als Deklassierte, als die Parias der heutigen Gesellschaftsordnung, etwa ähnlich wie unsere Rentnerschichten seit der Inflation.

Doch unsere Rentner sind eine immerhin schmale, bedeutungsschwache, noch dazu keineswegs interesseneinheitliche Bevölkerungsschicht, während in den Vereinigten Staaten die Farmer noch immer die breite Produktionsbasis und für die politischen Parteien, ganz anders als die industriell-städtischen Lohnarbeiter, das Zünglein an der Wage bilden. Die agrarische wirtschaftlich-soziale Klassen- und Massenbewegung wurde deshalb sehr bald zum Mittelpunkt großer Parteiauseinandersetzungen, im Land wie im Kongreß. Eine 3. Partei, die Non-Partisan-League, wuchs, wie seinerzeit der Populismus, aus dieser Unzufriedenheit mit der versagenden Gesetzgebung und Partei-maschinerie zeitweise meteorartig empor. Im Kongreß entstand, über die alten parteipolitischen Trennungswände hinweg, der vielumworbene und vielgefürchtete Farmblock. Den sichtbarsten und umstrittensten Niederschlag jedoch fand diese agrarische Klassen- und Massenbewegung seit Anfang 1924 in den Anträgen McNary und Haugen, die mit den Anträgen Kanitz und Jaurès, aus der Zeit der Gipfelung der europäischen Agrarkrisis um die Mitte der neunziger Jahre, von dem Grundgedanken der staatlichen Preisregulierung, der staatlichen Organisation zur Hebung und Aufrechterhaltung der wichtigsten Agrarpreise ausgehen.



MEHRERE Umstände kamen dem anfangs verschiedenen, zuletzt durchaus übereinstimmenden Vorgehen des Senators McNary und des Abgeordneten Haugen zu Hilfe. Die Farmer waren stets von beiden Parteien umworben, doch unter der heutigen lange dauernden Agrarkrisis wurden selbst aus der Industrie- und Bankwelt heraus mehr und mehr Stimmen laut, die den Fortbestand des industriellen Aufschwungs und Gedeihens als auf das schwerste durch die versagende Kaufkraft der ländlichen Kreise bedroht bezeichneten. (Von der Bedeutung der landwirtschaftlichen Kaufkraft engstirnig und überheblich nichts sehen und hören zu wollen würde in den Vereinigten Staaten überhaupt jeden "radikalen" Politiker glatt erledigen.) Im Senat ist vollends jeder Staat, gleichviel ob es sich um New York oder Nevada handelt, in gleicher Weise durch 2 Senatoren vertreten; dies gibt den Anschauungen und Forderungen des agrarischen Mittel- und Fernwestens einen ganz unverhältnismäßigen Nachdruck. Die letzte Entscheidung jedoch brachte das früher kaum erhoffte Einschwenken der Baumwollinteressenten des ganzen Südens, die seit der letzten Ernte einem abermaligen, ohne organisatorisches und staatliches Eingreifen vielleicht dem beispiellosesten Preisdruck ausgesetzt waren.

Für Weizen, Mais, Baumwolle, Schweine, Reis und Tabak sollten nach der McNary-Haugen-Bill durch eine besondere Regierungskörperschaft produktionslohnende Richtpreise künstlich festgehalten werden, über den Welt-

marktpreis hinaus. Den zu exportierenden Produktionsüberschüssen mußte alsdann natürlich eine doppelt künstliche Wiederermäßigung der Preise verschafft werden. Geschehen sollte dies durch eine allgemeine Auflage auf jede der in Betracht kommenden Produktionen zwecks Bildung eines Ausgleichsfonds, der (vielfach an unsere deutsche und österreichische zeitweise Zuckerprämieergewährung erinnernd) zur Förderung des Exports, das heißt zur subventionierten Abstoßung der andernfalls preiserrüttenden Überschußmassen nach dem Weltmarkt zu verwenden sein sollte.

2 gesetzgeberische Anläufe scheiterten seit 1924 an den Schwierigkeiten, die jeder einheitlichen Verbindung verschiedenartiger, oft recht weit auseinanderlaufender Interessen entgegenstehen. Der 3. Anlauf glückte zwar im Senat und im Repräsentantenhaus, zwang jedoch den Präsidenten Coolidge zur Einlegung seines Vetos, obwohl dadurch seine 3. Präsidentschaftskandidatur von vornherein schwer gefährdet scheint.

Wie dieses Ringen im Dezember beim Wiederzusammentritt des Kongresses sich fortsetzen wird, ist zurzeit kaum zu übersehen. Die weitere Preisentwicklung wird hier das letzte Wort sprechen. Genau wie bei der abweichenden und doch wiederum innerlich gleichartigen europäischen Politik der Agrarpreisnormierung, gehe sie nun von der äußersten Rechten oder der äußersten Linken aus.

PAUL KAMPPMEYER · BAUER UND SOZIAL-DEMOKRATIE



IKTOR Tschernow charakterisierte hier den großen Wendepunkt in der Stellung des Sozialismus zur Agrarfrage treffend also: »Der moderne internationale Sozialismus sieht sich nunmehr vor das doppelte Problem gestellt: dem Sozialismus die Bahn zur Bauernschaft, der Bauernschaft die Bahn zum Sozialismus zu ebnen.«¹

Sozialismus und Bauernschaft stießen lange Zeit als grundsätzliche Gegner hart zusammen. In der Ansprache der kommunistischen Zentralbehörde an den Kommunistenbund mobilisierte der Sozialismus in Deutschland im März 1850 seine Anhänger gegen die Bildung einer kleinbürgerlichen Bauernklasse. Die Arbeiter mußten nach dieser Ansprache in der kommenden Revolution die Forderung aufstellen, daß das konfiszierte Feudaleigentum Staatsgut zu bleiben hätte und zu Arbeiterkolonien zu verwenden wäre, die das assoziierte Landproletariat mit allen Vorteilen des großen Ackerbaus bearbeiten und damit dem gemeinsamen Eigentum in den wankenden bürgerlichen Eigentumsverhältnissen eine feste Grundlage geben würde. Die Ansprache setzte stillschweigend einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Bauern und Landarbeitern voraus und legte die Taktik des Sozialismus gegenüber den Bauern und Landarbeitern in dem Satz fest: »Wie die Demokraten mit den Bauern, müssen sich die Arbeiter mit dem Landproletariat verbinden.«²

Es ist bezeichnend, daß über 4 Jahrzehnte später auf den sozialdemokratischen Parteitag in Frankfurt und Breslau von Vertretern der Großstädte

1) Siehe *Tschernow Die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands und ihre Stellung in der Agrarrevolution*, in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte* Seite 176.

2) Siehe die *Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850*, abgedruckt in *Marx Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln / Zürich 1885/* Seite 81.

der gleiche taktische Grundsatz aufgestellt wurde. Die von Friedrich Engels so lebhaft propagierte Theorie von dem Untergang der Bauernschaft beherrschte eben noch völlig die Köpfe. In der Vorrede zu seiner Wohnungsfrage glaubte Engels den Ruin der deutschen Bauernschaft mit Händen greifen zu können; er sah bereits Millionen ländlicher Produzenten vernichtet, das halbe Kleinbauerntum Deutschlands expropriert und in wilder Flucht zur Hausindustrie begriffen, und er sah weiter die ländlichen Hausindustriellen durch die Maschinerie und den Fabrikbetrieb zermalmt. Das war ihm der Wendepunkt in der revolutionären Entwicklung Deutschlands: »Hat bis dahin die Arbeiterklasse keines andern Landes die Initiative ergriffen, so schlägt dann unbedingt Deutschland los, und die Bauernsöhne des "herrlichen Kriegsheers" helfen tapfer mit.«³

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Frankfurt /1894/ betrachtete Arthur Stadthagen die Agrarfrage lediglich als eine Landarbeiterfrage, und er lehnte grundsätzlich die Ausarbeitung eines Agrarprogramms ab, denn dieses würde einen gewaltigen Rückschritt, ja einen Bauernfang im schlimmen Sinn des Worts bedeuten. Und Engels selbst nahm nach dem Parteitag von 1894 das Wort und erklärte, daß die Entwicklung des Kapitalismus das kleinbäuerliche Grundeigentum unrettbar vernichte:

»Unsere Partei ist sich vollständig klar hierüber, aber sie hat durchaus keinen Anlaß diesen Prozeß durch eigenes Eingreifen noch extra zu beschleunigen. Gegen richtig gewählte Maßregeln, die den Kleinbauern den unvermeidlichen Untergang weniger schmerzhaft machen sollen, läßt sich also prinzipiell nichts einwenden; geht man weiter, will man den Kleinbauer permanent erhalten, so erstrebt man nach meiner Ansicht ökonomisch Unmögliches, opfert das Prinzip, wird reaktionär.«⁴

Unter dem bestimmenden Einfluß dieser Engelsschen Ansichten lehnte die Sozialdemokratie auf ihrem Parteitag in Breslau /1895/ den die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Interessen der Bauernschaft fördernden Agrarprogrammwurf ab, da er den Bauern die Hebung ihrer Lage in Aussicht stellte. Der Parteitag bezeichnete das Interesse an der Landeskultur nur als ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, und er wollte durch das vorgelegte Agrarprogramm nicht dem Ausbeuterstaat neue, den Klassenkampf des Proletariats erschwerende Machtmittel zuweisen. Der Parteitag empfahl den Genossen das eingehende Studium der Agrarverhältnisse und konstituierte schließlich eine Agrarkommission, die aber mit ihrem Studium nicht recht vom Fleck kam.

Der Umsturz der ganz unhaltbaren Parteianschauungen über die deutschen Agrarverhältnisse und über ihre Reform ging nicht von einer offiziellen Parteiorganisation aus sondern von dem Kreis der als Revisionisten bekämpften sozialdemokratischen Genossen, die sich um die Sozialistischen Monatshefte scharten; es sei hier neben Georg von Vollmar und Eduard David vor allem Arthur Schulz genannt. Ihre Pionierarbeit, die sie gegen den Widerstand der in der Partei herrschenden, ewig konservativen "Radikalen" leisteten, hat in 3 Jahrzehnten endlich Früchte getragen. Der neue Entwurf eines Agrarprogramms, der nun endlich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Annahme vorgelegt wird, zeigt den Wandel der Parteianschauungen aufs deutlichste.⁵ Was Arthur Schulz in seinen vielen,

3) Siehe Engels Zur Wohnungsfrage /Zürich 1887/ Seite 10.

4) Siehe Engels' Erklärung, abgedruckt im Protokoll des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1894 /Berlin 1894/ Seite 151.

5) Siehe dazu Schippel Das neue Agrarprogramm der deutschen Sozialdemokratie, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 98 und folgende.

in das Wesen der landwirtschaftlichen Produktion tief eindringenden Arbeiten in den Sozialistischen Monatsheften gesät hat, ist nun, fast 10 Jahre nach seinem allzu frühen Tod, in der Partei aufgegangen: freilich noch durchaus nicht alles, aber doch schon so vieles, daß man der Zukunft mit neuer Hoffnung entgegensehen kann.

Die bäuerliche Wirtschaft, weit entfernt nach vermeintlich marxistischem Schema schleunigst zugrunde zu gehen, hat vielmehr ihre eigentliche Bestimmung noch vor sich. Die bäuerliche Wirtschaft der Zukunft wird aufblühen, wenn ein ganzes System genossenschaftlicher, die Produktion hebender Einrichtungen und eine öffentlichrechtliche Absatzorganisation, ein Reichsmonopol für die Ein- und Ausfuhr der Getreide- und Mühlenprodukte usw., geschaffen ist. Tief in veraltete Bodenbesitzmonopole eingreifende Staatsaktionen sind zur Gesundung der deutschen Agrarverhältnisse notwendig. Das hat die Sozialdemokratie in ihrem neuen Agrarprogramm-entwurf ausgesprochen. Doch sie stellt ihr Programm nicht allein auf die Staatshilfe ein. Sie weiß, was selbsttätige, zu Genossenschaften zusammengeschlossene Gruppen von Produzenten und Konsumenten für den rationalen Aufbau der Wirtschaft bedeuten. Welches Schwergewicht gerade das Genossenschaftswesen heute für die Landwirtschaft der fortgeschrittenen europäischen Staaten hat, das zeigt die dänische Landwirtschaft. Das bäuerliche Genossenschaftswesen Dänemarks ist die großartigste wirtschaftliche Konzentration und Durchorganisierung der europäischen Landwirtschaft überhaupt.⁶ Die Sozialdemokratie weiß die schöpferischen Kräfte selbsttätiger Genossenschaften, die sie früher mißachtet hat, heute schon sehr gut zu schätzen, sie leidet nicht an dem staatsabsolutistischen Irrwahn, an dem Aberglauben eines die ganze Wirtschaft reglementierenden Staats.

Es ist bedauerlich, daß die Einsicht in die große, Staat und Wirtschaft gestaltende Kraft der Bauern der deutschen Sozialdemokratie erst sehr allmählich aufgegangen ist. An wegweisender Aufrüttelung zu dieser Erkenntnis hat es, wie oben gesagt, wirklich nicht in der Sozialdemokratie gefehlt. Im kleinbäuerlichen Betrieb sah Schulz die höchstmögliche Entfaltung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit garantiert und die Möglichkeit der Ausbeutung besitzloser Menschen in Gestalt von Lohnarbeitern ausgeschlossen. Es läßt sich gar nicht ausdenken, in welchem Umfang die deutsche Sozialdemokratie nach dem Novemberzusammenbruch 1918 die rückständigen deutschen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse umgewälzt hätte, wenn sie mit einem richtigen Agrarprogramm schon damals an die Massen der Kleinbauern und Landarbeiter herangetreten wäre. Leider waren die führenden Köpfe der Sozialdemokratie in rein industriesozialistischen Anschauungen befangen, das heißt, sie hielten die in der Industrie durchbrechenden wirtschaftlichen Tendenzen für allgemeingültig und auch die Landwirtschaft beherrschend. Sie rechneten eben mit dem "naturnotwendigen" wirtschaftlichen Untergang des Kleinbauern. Wem, der die Zeit des ausgehenden Sozialistengesetzes schon als Sozialdemokrat erlebt hat, fallen da nicht die eigenen ökonomisch-sozialen Jugendsünden ein? Von dem Prognostikon, das Friedrich Engels der deutschen Bauernwirtschaft gestellt hatte, war ich selber damals so gepackt, daß ich aus der Bauern-

⁶ Siehe darüber *Volland-Haupt* Bauerngenossenschaftswesen und Arbeiterkooperation in Dänemark /Hermendorf 1927/.

enquete des Vereins für Sozialpolitik nur die Tatsachen herauslas, die da und dort von niedergehenden Bauernwirtschaften sprachen. In mir lebte die Engelssche Grundvorstellung: ein untergehender Bauernstand, der sich, um nur vegetieren zu können, zur Hausindustrie flüchtete und dann als heimarbeitender Proletarier von der Großindustrie totgeschlagen wird. Wenn ich heute die Einleitung Friedrich Engels' zu seiner Wohnungsfrage lese, dann wundere ich mich, daß ich damals nicht bemerkt hatte, wie falsch Engels über die wirtschaftlichen Verhältnisse des aufstrebenden Deutschlands unterrichtet war. Selbst August Bebel hat sich später manchmal in seinen Briefen ordentlich bemüht die Vorstellungen Engels' zu berichtigen.

Wenn die deutsche Sozialdemokratie im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts ein Bild des sozialistischen Bauern der Zukunft entwarf, dann griff sie vielfach zu dem Markgenossen des Mittelalters zurück, der ihr ja aus der Engelsschen Skizze über die Mark genügend bekannt geworden war. Das Bild wurde von ihr natürlich reichlich idealisiert. Der Markgenosse wurde zu einem demokratischen Gemeinwirtschafter erhoben, der in schönem Überfluß saß und, nicht beschwert durch irgendwelche Konvention, höchst freiheitlich mit seinen Genossen alle wirtschaftlichen Angelegenheiten leitete. Von den sich immer wiederholenden Hunger- und Seuchenjahren des Mittelalters, von den Leiden dieses Zeitalters sah der Durchschnittsschilderer der Glückseligkeit der Markgenossen nichts. Ebenso nichts von der mittelalterlichen Familien- und Standesgebundenheit. Der moderne bäuerliche Genossenschaftler, der in der Geldwirtschaft steht, lag so ganz außerhalb des Gesichtskreises der sozialdemokratischen Publizisten und Agitatoren, die vor 35 bis 40 Jahren sozialdemokratische Landagitation trieben. Diese sahen wohl vielfach auch in den Dorfmarkgenossenschaften genossenschaftliche Großgüter. Aber wie sie darüber auch dachten, einig waren sie sich darin, daß ausschließlich dem landwirtschaftlichen Großbetrieb die Zukunft gehöre, daß die Zeit des Bauern endgültig vorbei sei.

Aber teilte denn der Bauer, teilte auch nur der Landarbeiter diese rein aus literarischen Studien geschöpften Vorstellungen des sozialdemokratischen Journalisten? Lassen wir Arthur Schulz reden, der nicht nur durchgebildeter Agrartheoretiker sondern auch gründlich geschulter Agrarpraktiker war:

»Schon unsere Lehre, daß das Großgut den kleineren Betrieben, auch seiner eigenen Kleinwirtschaft, überlegen sei und daher die Betriebsform der sozialistischen Zukunft sein werde, wurde mit ungläubigem Widerstreben aufgenommen, auch wenn wir den künftigen sozialistischen Großbetrieb noch so phantastisch mit elektrischen Pflügen und sonstigen arbeitsparenden maschinellen Wunderwerken ausstatteten. War sein von Frau und Tochter besorgter Gemüsegarten nicht besser gepflegt als der herrschaftliche, nahmen seine Schweine nicht rascher zu als die von den Mägden oder Tagelöhnern unsorgsam gefütterten auf dem Gutshofe? Und wenn es ihm doch noch einmal glückte sich sein "Eignes" zu kaufen, dann sollte seine Kuh mehr und fettere Milch geben als die ihm zur Nutzung überwiesene, durch schlechtes und unreinliches Melken "verstrippelte" oder auf 1 oder 2 Strichen vertrocknete Kuh aus der herrschaftlichen Herde; dann wollte er seine tragende Stute besser schonen, sein Fohlen sorgsamer hüten als es die jungen Knechte, Scharwerksjungen und polnischen Tagelöhner auf dem Hofe tun, denen der Gutsherr seine wertvollen Zucht- und Arbeitspferde anvertrauen muß. Ganz unvorstellbar aber war ihm die Bewirtschaftung dieser Großgüter durch Produktivgenossenschaften. Wo gab es ein Beispiel dafür, an dem man hätte sehen können, ob das möglich und zweckmäßig sei?«⁷

⁷) Siehe Schulz Ökonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland / München 1909/ Seite 43.

Der landwirtschaftliche Arbeiter wollte im allgemeinen nicht Mitglied einer sozialistischen Großproduktivgenossenschaft, sondern ländlicher Kleinbesitzer werden. Das hatte Schulz schon vor mehr als 2 Jahrzehnten aus dem Landarbeiter herausgehört. Heute öffnet nun der Agrarprogramm-entwurf den landwirtschaftlichen Arbeitern den Zutritt zum Grund und Boden, und er proklamiert den Schutz der bäuerlichen Wirtschaften in ihrem jetzigen Bestand.

An der Sozialdemokratie liegt es jetzt durch eine weitsichtige Agrarpolitik den Weg nicht nur zu den Landarbeitern sondern auch zu den Bauern zu finden: nicht im sogenannten Parteiinteresse (das niemals Selbstzweck werden darf) sondern im Interesse der nationalen Gesamtwirtschaft. Denn sie steigert damit die für den Fortschritt der Gesellschaft unerläßliche Produktivität der Arbeit, gibt Millionen Kleinbauern und Landarbeitern eine selbständige, durch genossenschaftliche und staatliche Einrichtungen unterbaute und befestigte Existenz und trägt die letzten Grundmauern des autoritären Klassenstaats ab. Die Sozialdemokratie darf und kann nicht auf demagogischen Stimmenfang ausgehen, um durch unhaltbare, verlogene Versprechungen soziale Klassen ihren Lebensinteressen zu entfremden. Nein, sie setzt 2 große Klassen in eine ihnen gebührende wirtschaftliche Position ein, nach der sie schon durch einen unendlich mühsamen Kampf um die Scholle seit Jahrzehnten gestrebt haben. Freilich kann sie eine wirklich fruchtbare Agrarpolitik nur treiben, wenn sie die Landwirtschaft als ein organisches Ganze anzusehen lernt, wenn sie ihre Haltung von der Tatsache bestimmen läßt, daß, bei aller Verschiedenheit der Interessen der einzelnen Teile des agrarischen Körpers, das Gemeinsame der landwirtschaftlichen Produktion allem voransteht. Der Agrarprogramm-entwurf der Sozialdemokratie trägt dem noch nicht in allen Punkten Rechnung. Aber er liegt ohne Zweifel in der Richtung der aufsteigenden ökonomischen und sozialen Entwicklung.

ANNA SIEMSEN · ENTSTAATLICHUNG DER SCHULE?

BEI der Vorbereitung des Reichsschulgesetzes ist die Öffentlichkeit bis jetzt völlig ausgeschlossen worden, so daß es den Anschein hat, als beabsichtige man mit Übrumpelung zu arbeiten. Außer sehr unbestimmten Äußerungen des Reichsinnenministers und des preußischen Unterrichtsministers bekamen wir die interessanteren Manifestationen einiger Zentrumsabgeordneten zu hören, die sich mit großer Schärfe und Deutlichkeit gegen das »Monopol« des Staats in der Schule aussprachen und die staatlichen Ansprüche als verfassungswidrig und durchaus unerträglich für die Kirchen erklärten.¹ Ich habe große Achtung vor der Konsequenz der katholischen Welt- und

1) Der Abgeordnete von Guérard sagte am 4. Februar 1927 im Reichstag: »Es ist gestern in der Debatte der Ausdruck gefallen, die Schule sei eine Einrichtung des Staates, und für diese Äußerung hat man sich sogar auf die Verfassung berufen. Das ist eine Auffassung, die bei uns Erstaunen hervorruft, die wir auch als völlig verfassungswidrig bezeichnen müssen. Diese Auffassung will nicht mehr und nicht weniger als dem Staat ein Monopol, eine umfassende und schrankenlose Zwangsgewalt über die Schule bewilligen; eine Auffassung, die wir rundweg und auf das bestimmteste ablehnen.« Der Abgeordnete Lauscher sagte im Preussischen Landtag am 15. März 1927: »Der in mehr als einer Hinsicht kühne Satz des Allgemeinen Preussischen Landrechts, daß Schulen und Universitäten Veranstaltungen des Staates sind, der doch nur in einem sehr beschränkten Sinne überhaupt zutreffend genannt werden kann, erfährt nachgerade eine Ausdeutung und Ausdehnung, die allerdings zu starken Bedenken Anlaß gibt.«

also auch Erziehungsanschauung und vor der Klugheit, mit der jeweils der Teil in der Öffentlichkeit propagiert und im politischen Kampf verfochten wird, der verwirklichungsfähig scheint. Daher scheint nach diesen Äußerungen die Zeit für den Generalsturm auf die Staatsschule gekommen. Sehr möglich, daß diese Stellung sogar ohne großen Kampf fällt.

Ein Anzeichen dessen sehe ich in der Tatsache, daß von verschiedenen Seiten die staatliche Schule angegriffen und unterhöhlt wird, ohne daß sich ein merklicher Widerstand dagegen erhebt. Über den Charakter der vom Zentrum erstrebten Regelung ist nach der Erklärung des Vatikans, daß die *missio canonica* unumgängliche Forderung der Kurie sei, ein Zweifel nicht gut möglich. Die *missio canonica*, das ausschließliche Recht der Kirche einen Lehrauftrag für Religion zu geben und zu entziehen und dementsprechend den Unterricht zu beaufsichtigen, ist in der Verfassung bereits durch die Feststellung verbürgt, daß der in den staatlichen Schulen obligatorische Religionsunterricht in Übereinstimmung mit dem kirchlichen Bekenntnis zu erteilen sei. Das bayrische Konkordat hat die den Laien überraschende, für den Katholiken nur konsequente Folgerung daraus gezogen. Es wird durchaus in Übereinstimmung mit der kirchlichen Lehre festgestellt, daß in allen Bekenntnisschulen der gesamte Unterricht, Schuldisziplin und Amts- und Lebensführung der Lehrer in- und außerhalb der Schule dem Urteil der kirchlichen Behörden nach der Seite hin unterliegen, ob sie dem Glauben und der kirchlichen Sitte keinen Anstoß bieten. Nimmt die Kirchenbehörde diesen Anstoß, so hat auf Anforderung der Staat für Abhilfe zu sorgen, mit anderen Worten: den Lehrer zu entfernen. Das ist im Fall eines sozialdemokratischen Lehrers bereits geschehen. Der zuständige Bischof hat die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei für unvereinbar mit den kirchlichen Anschauungen erklärt, der Lehrer ist demgemäß aus seinem Amt entfernt worden und kann, da Bayern nur konfessionelle Volksschulen hat, seitdem nicht mehr beschäftigt werden. Obwohl diese Maßregelung beinahe $\frac{3}{4}$ Jahr zurückliegt, haben meines Wissens nur einige Lehrerzeitschriften, vor allem die tapfere Leipziger Lehrerzeitung, von dem Vorgang Notiz genommen, während die übrige Öffentlichkeit stumm bleibt. Trotzdem ist dieser Vorgang von allerweitester Bedeutung. Nicht das ist das Bedenklichste, daß hier einer großen Gruppe von Staatsbürgern ihr verfassungsmäßiges Recht auf freie Meinung und politische Tätigkeit genommen wird, sondern, was allerdings bereits im Konkordat deutlich zutage trat, in diesem Vorgang aber eine Bestätigung findet, daß durch Einsetzung der Kirche als oberster richterlicher Behörde über Glauben und Sitte, also über die Persönlichkeit des Lehrers, die Kirche praktisch überhaupt zur obersten Schulbehörde wird, der Staat zu einer mittlern Verwaltungsstelle herabsinkt, die ihre Anordnungen auszuführen hat.

Seitdem und soweit wir in Europa ein öffentliches, durch Staatsgesetze oder -verordnungen geregeltes Schulwesen haben, ist zwar der Einfluß der Kirche auf die Staatsschulen zeitweise groß und sogar entscheidend gewesen. Aber die Kirche hat diesen ihren Einfluß jederzeit nur im Auftrag des Staats ausüben können, selbst dann, wenn der Staat ihr die gesamte Schulverwaltung und -aufsicht als "geistliche Angelegenheit" zuwies. Hier, im bayrischen Konkordat, ist zum erstenmal der Staat zum Funktionär der Kirche geworden, der "auf Anforderung" die kirchliche Weisung ausführt, nicht

anders als ein Subalternbeamter die Verordnung des Vorgesetzten. Da die Kurie diese Bestimmungen auf das ganze Reich ausgedehnt sehen möchte, da voraussichtlich die protestantischen Kirchenbehörden im Kielwasser der Schwesterkirche fahren werden, da man ferner die Konfessionsschule zur Regelschule für das Reich machen, mindestens aber die Vorherrschaft dieser Schule erhalten will, und da endlich, mit Ausnahme des deutschen Südwestens, fast alle bestehenden Volksschulen Konfessionsschulen sind, so ist die Staatsschule als solche aufs äußerste bedroht.

Demgegenüber und angesichts der Tatsache, daß die bevorstehende Umgestaltung unseres Schulwesens und seine Unterstellung unter außerstaatliche Kontrolle wahrscheinlich eine große kulturelle Revolution bedeutet, verblüfft es zunächst, wie absolut apathisch die Öffentlichkeit dieser Frage gegenübersteht. Man kann das auf die Unbildung und Unwissenheit unseres deutschen Durchschnittsbürgers in allen Fragen, die Kirche oder Religion betreffen, zurückführen. Die katholischen Kreise beschränken sich auf die von autoritativer Stelle gegebenen Parolen, die da lauten: Unerwünschtheit des Staatsmonopols in der Erziehung, demzufolge Wahrung der Elternrechte, Sicherung der Gewissensfreiheit und des Persönlichkeitsrechts in der Erziehung und der Schule. Vom katholischen Standpunkt aus versteht es sich von selbst, daß man in Erziehungsfragen, wie in allen Fragen der Sitte und des Glaubens, die höchste Autorität der Kirche zu postulieren hat, und die Staatsschule ist in der Tat unverträglich mit streng kirchlicher Überzeugung. Der Katholik, der sie bekämpft, handelt durchaus konsequent. Darf er dies aber im Namen des Elternrechts, der persönlichen und Gewissensfreiheit tun? Der alte Satz der Päpstlichen Bulle gegen Lamennais /1832/, daß die Forderung der Gewissensfreiheit »ein lästerlicher Irrtum und Wahnsinn« und aus »verworfenster Gleichgültigkeit« geboren sei, besteht noch heute zu Recht.² Die Kirche will gewiß die staatliche Autorität in Erziehungsdingen beseitigen, aber nur, um eine kirchliche aufzurichten, die sich, weit schärfer, auf die innere Überzeugung erstreckt.

Diesem Bestreben kommt die gefühlsmäßige Abneigung des Durchschnittsintellektuellen gegen den Staat und staatliche Erziehung entgegen.

Nicht ohne Ursache. Das Gebiet der Schule ist in Deutschland unter dem unheilvoll vorbildlichen Einfluß Preußens jederzeit das Gebiet des ganz unkontrollierten und daher hemmungslosen Bureaukrtismus gewesen, da sich jede Bureaukratie am stärksten an der Stelle des geringsten Widerstands, in den Volksschulen, auswirkte. Ich rede hier nicht von der unheilvollen Zentralisierung, die sich zum Beispiel auch heute noch als ein Kleinkrieg der Ministerial- und Regierungsräte gegen die städtischen Verwaltungen auswirkt, zu unendlichen Kompetenzschwierigkeiten und unendlichen und unnötigen Verärgerungen führt und die Städte immer wieder zu organisierten Abwehrversuchen zwingt. Diese Dinge, so wichtig sie sind, bleiben zumeist unbekannt und schaffen jedenfalls nicht die Atmosphäre allgemeiner Abneigung, um die es sich hier handelt. Die entsteht aus persönlichem Erlebnis. Meine frühesten Schulerinnerungen fallen in die Zeit der erfolgreichen "Militarisierung" und "Verpreußung" der Schulaufsicht in den neunziger Jahren, als der mehr zum Professorentypus der alten Zeit

²) Der Satz der *Enzyklika von 1832* lautet: »Atque ex hoc putidissimo indifferentismi fonte absurda illa huius ac erronea sententia, seu potius deliramentum asserendam esse ac vindicandam cuilibet libertatem conscientiae.«

gehörende Schulinspektor dem Aufsichtsbeamten neuen Stils wich. Mir steht es noch lebhaft vor Augen, wie in unserer Dorfschule zum erstenmal ein solcher Regierungsrat eindrang, uns ABC-Schützen mit schnarrendem Schneid einem Kreuz- und Schnellfeuer von Examensfragen unterwarf und unsern armen Lehrer nach allen Regeln des Kasernenberufs in geistiger Kniebeuge und körperlichem Strammstehen übte. Der Lehrer war ein älterer Mann, der diesen Methoden keinen Widerstand bot. Er versuchte sich auf die Höhe der geforderten Paradeleistung zu erheben, verfiel einem verzeifelten Prügelsystem, der dadurch unvermeidlichen Disziplinierung und entging nur mit knapper Not gänzlicher Katastrophe. Die Schule aber war im Innersten verdorben. Und den gleichen Vorgang sah ich ein paar Jahre darauf sich auf der Höhern Schule wiederholen: Kampf und nervöser Zusammenbruch der tapferen Lehrer, Zusammenknicken der willensschwachen, und bei uns Kindern, sofern wir überhaupt etwas sahen, ein instinktiver Widerwille gegen diese törichte, blinde und böswillige Macht, die sich staatliche Behörde nannte. Diese Vorgänge, die Ausdruck eines Systems waren, wirken nach. Sie haben in unserer Lehrerschaft das Strebertum und die Ängstlichkeit gezüchtet, die beide keine freie Arbeit, die Voraussetzung jeder wirksamen Erziehung, sondern nur die unter Druck erworbene, atemlos geübte Routine begünstigen. Und sie haben die Staatsschule diskreditiert. Darunter leiden wir heute. Und daraus erklärt sich der weitverbreitete Widerwille gegen öffentlichen Pflichtunterricht und der Eifer, mit dem man neben der Staatsschule private Einrichtungen aufbaut.

Diese Versuche kommen durchaus nicht nur von kirchlicher Seite. Sie haben auch auf anderen Gebieten einen viel zu wenig beachteten Umfang angenommen. Ich denke an die Schulen, die als "Werkschulen" von Unternehmerseite an Stelle der öffentlichen Berufsschule aufgebaut werden und bei den staatlichen Behörden einem ausgesprochenen Wohlwollen begegnen. Hier entstehen im privaten Betrieb Schulen, die mit großen Mitteln ausgestattet sind, deren Lehrerschaft sich als Angestellte im Privatverhältnis in völliger Abhängigkeit von ihren Auftraggebern finden, und deren Schüler gerade in der entscheidenden Entwicklungszeit, vom 14. bis zum 18. Lebensjahr, jedem öffentlichen Einfluß entzogen und ausschließlich im Interesse privater Unternehmungen ausgebildet und erzogen werden. Der Ausbau eines öffentlichen beruflichen Schulwesens wird durch diese privaten Schulen, die wesentliche und zum Teil die tüchtigsten Teile der Schülerschaft der öffentlichen Erziehung entfremden, gehemmt und durchkreuzt.

Verstehen wir aus dem bürokratischen und dadurch unpopulären Wesen unserer bisherigen öffentlichen Schulen die Gleichgültigkeit der öffentlichen Meinung gegenüber dieser teils fortschreitenden teils drohenden Entstaatlichung, so befremdet um so mehr die Haltung der Ministerien und der Beamtschaft, die in weitem Maß denen in die Hände spielen, die hierin gegen den Staat arbeiten. Es rächt sich hier, daß der deutsche Beamte kein Vertreter der Öffentlichkeit, nicht dieser sondern nur einem Sektionschef verantwortlich ist, daß er nach Erziehung, Gewohnheit und Instinkt antidemokratisch und daher nach persönlicher Macht ebenso begierig wie unempfindlich gegen andere als Ressortinteressen ist. Für diesen Bürokratentypus ist die Möglichkeit des Aufstiegs oder der Behauptung in seiner Stelle entscheidend, und diese hängt heute nicht von den vielfach wechseln-

den Ministern sondern von den Parteien ab, die dauernd in der Regierung stehen. Das aber sind gerade die Exponenten der Mächte, die auf die Entstaatlichung der Schulen drängen, der Kirche hier, des Unternehmers dort. Hier also ist wenig Widerstand zu erwarten, und wo er auftritt, wird er durch Entfernung der unliebsamen Persönlichkeit leicht gebrochen. Im Bürgertum ist, wie gesagt, Widerstand und Interesse gering oder gleich null. Sollen wir vor diesen Tatsachen nicht die Segel streichen und in der Entstaatlichung der Schulen eine notwendige Entwicklung annehmen?

Zunächst scheint es mir notwendig festzustellen, daß in der Ablehnung des Interesses gegenüber dem, was als "staatliches Schulmonopol" erscheint, ein gesunder Kern steckt. Der Staat hat gewiß kein ausschließliches Recht und keine ausschließliche Verpflichtung zur Erziehung, da er keineswegs die einzige gesellschaftliche Organisation ist. Wo immer wir solche Organisationen gesellschaftlicher Gruppen finden, mögen sie nun wirtschaftlicher, weltanschaulicher, politischer oder rein sozialer Art sein, besteht Recht und Verpflichtung den Nachwuchs anzugliedern, das heißt aber zu erziehen. Und dieses Recht und diese Verpflichtung finden ihre Grenze nur in der Leistungsfähigkeit der organisierten Gruppen und in dem Interesse der Gesamtheit. In Deutschland ist die gesellschaftliche Gruppenbildung sehr lange gehemmt, die gesellschaftliche Initiative durch die Omnipotenz eines autoritären Staatswesens unterbunden worden. Jetzt erfolgt der Umschlag. Und es wird darüber verkannt, daß der Staat als einzige allumfassende Gesellschaftsorganisation auch die einzige umfassende Verpflichtung zur Erziehung seiner künftigen Angehörigen hat, daß diese Erziehung von keiner andern Gruppe übernommen werden kann, weil keine andere Gruppe die Mittel und das Interesse hat sie für die Allgemeinheit durchzuführen. Damit scheint mir auch deutlich, daß der Staat gar nicht das Recht hat einer außerstaatlichen Gruppe so weitgehende Befugnisse einzuräumen, wie das von der Kirche verlangt wird, und mit seiner Zwangsbefugnis die kirchliche Erziehung zu unterstützen. Kann er doch heute nicht mehr, wie nach der Auffassung des Mittelalters, als untergeordneter Beauftragter der in der Kirche verkörperten göttlichen Ordnung gelten, der, als der umfassenden Organisation, er mit seinem Zwang zu dienen verpflichtet sei. Andererseits wird dadurch die Grenze auch für den möglichen Inhalt einer staatlichen Erziehung gezogen. Wir Deutsche mit unserer ausgesprochenen Ungewandtheit und Unklarheit im politischen und gesellschaftlichen Denken neigen dazu alle wünschenswerten und denkmöglichen Erziehungs- und Bildungsaufgaben der Staatsschule aufpacken zu wollen. Tatsächlich ist die Aufgabe des Staats groß genug, da er das Kind und die Jugendlichen in die Zusammenhänge und die Aufgaben der bestehenden Gesellschaft einzuführen und ihre Fähigkeit in ihr einen Platz zu finden zu entwickeln hat. Es ist nicht notwendig nun noch alle denkbaren weltanschaulichen, künstlerischen und persönlichen Anforderungen an die Staatsschule zu stellen, von ihr sozusagen enzyklopädisch den vollkommenen Menschen zu verlangen. Es mag beruhigen zu denken, daß Mensch auf Menschen, also auch Lehrer auf Schüler, immer mit der ganzen Persönlichkeit wirken, daß also auch durch eine Staatsschule immer eine Menge persönlicher, künstlerischer, weltanschaulicher und anderer Einflüsse fluten werden. Das hat aber nichts mit dem Programm und den amtlich festgelegten und öffentlich gebilligten Zielen einer solchen Schule zu tun. Daß beides nicht von einander ge-

schieden wird, hat zu viel Verwirrung geführt, vor allem auch zu der Unklarheit, mit der "religiöse Erziehung" gefordert, und dieses ganz persönliche Gebiet staatlichem Zwang unterworfen, der Inhalt einer Religion auf dem Prokrustesbett eines amtlichen Lehrplans ausgebreitet wurde.

Es ist ein Zeichen für die erwachende gesellschaftliche Verantwortung, der erste schwache Schimmer einer beginnenden Demokratisierung, daß das praktische Interesse an der Erziehung wächst. Und wenn etwas die tragende Bedeutung der Arbeiterklasse für unsere Zukunft beweist, so ist es die Tatsache, daß ihre Organisationen ernst und mehr und mehr systematisch ein Erziehungswesen für ihre besonderen Zwecke aufbauen. Nicht minder notwendig aber scheint es, daß sich dieser erwachende demokratische Geist dem staatlichen Schulwesen zuwendet, dort Einfluß und Bestimmungsrecht fordert und die Angriffe, die die Staatsschule zu zertrümmern drohen, abwehrt. Die Schaffung der Elternräte durch Konrad Haenisch war ein verfrühter Versuch von oben her eine solche Bewegung dem Volk zu oktroyieren. Er mußte scheitern, weil er ein Versuch mit untauglichen Mitteln war. Jetzt bilden sich stärker und stärker als Abwehr gegen die geistig autoritäre Gestaltung der Schulen die Freien Schulgemeinden. Wahrscheinlich ist das Erwachen dieses demokratischen Geistes und die Organisation der öffentlichen Meinung zu spät erfolgt, um die Zertrümmerung unserer Schulen, Schulkämpfe und schwere verhängnisvolle Irrwege zu vermeiden. Da aber die Logik der Entwicklung uns wieder zur öffentlichen Erziehung führen wird, und da das gesellschaftliche Bewußtsein bereits seinen Ausdruck und seine Organisation in der Arbeiterklasse gesucht und gefunden hat, so besteht die Hoffnung, daß durch Zertrümmerung, Kämpfe und Irrwege wir schließlich den Weg zu einer Schulorganisation finden, die allgemeine und Gruppeninteressen im Nebeneinander einer staatlichen Schule und einer freien Erziehung der großen Organisationen gestaltet.

PAUL VALÉRY · APHORISMEN

PHILOSOPHIERN ist möglich, weil es unmöglich ist die Intuitionen zu notieren.

Wenn der Denker vom Sein usw. spricht, und man könnte genau sehen, was er in diesem Augenblick denkt, was fände man wohl an Stelle der Philosophie?

Was ist das Cogito anders als höchstens die Übersetzung eines unübersetzbaren Zustands?

Es ist mir vollkommen unnütz zu wissen, was ich nicht ändern kann.

Die Idee des Mißbrauchs der Macht läßt uns so eindringlich an die Macht denken.

Die Macht ohne ihren Mißbrauch verliert ihren Reiz.

In mir steckt ein Dummkopf, und ich muß aus seinen Fehlern Nutzen ziehen. Nach außen muß ich sie maskieren, sie entschuldigen, aber innen leugne ich sie nicht, ich versuche sie nutzbar zu machen. Es ist ein ewiger Kampf gegen die Lücken, die Vergessenheiten, die Zerstreungen, die Windstöße. Aber wer ist Ich, wenn sie es nicht sind?

Der Zyklon kann eine Stadt dem Erdboden gleichmachen, aber nicht einmal einen Brief öffnen und diesen Knoten lösen.

Ich fürchte das Bekannte mehr als das Unbekannte.

Eine Religion liefert den Menschen Worte, Handlungen, Gedanken für Umstände, in denen sie nicht wissen, was sie sagen, tun, denken sollen.

Das Böse allein scheint wahr. Das Bessere wird ein Zeichen des Schlimmern.

Der Geist ist eine so bizarre, so launische Funktion, daß man niemals entscheiden kann, ob das Fehlen irgendeiner Bedingung oder Kenntnis ihm nicht mehr dienlich als hinderlich ist.

Der Geist ein Zufall? Ich will sagen, daß der Sinn des Wortes Geist selbst unter anderm alle Bedeutungen des Wortes Zufall enthält. Die Gesetze werden gespielt und gemimt von diesem Zufall. Aber er ist tiefer, beständiger, vertrauter als jedes bekannte bewußte Gesetz.

Die großen Menschen sterben zweimal. Einmal als Menschen und einmal als groß.

Es gibt einen Teil im Menschen, der sich nur leben fühlt, wenn er schafft: Ich erfinde, also bin ich.

Der Mensch ist dazu bestimmt verbraucht zu werden: entweder von den anderen oder von sich selbst. Und das nennt man seinen Wert. Ist dieser Wert weggenommen, ist der Mensch nichts.

Der Feigste und der Mutigste haben die gleichen Aussichten sich zu retten; sie sind größer als die der mittelmäßig tapferen und mittelmäßig furchtsamen Naturen.

Der Mensch neigt dazu alles zu leugnen, was er nicht bestätigen (ausdrücken) kann.

Bei der Wahrheit angelangt sein heißt sich an einem Punkt befinden, um den herum man sich nur mehr täuschen kann. Jede Bewegung wird uns in den Irrtum stürzen, und doch wird man sich notgedrungen bewegen müssen.

Plötzlich, durch das Wort eines Narren, in einem alltäglichen Spiegel, macht man sich ein Bild dessen, was man ist.

DAVID LUSCHNAT · DER TRAUM



WENN Rosen verblättern, dann weint eine Seele ihr Sterbelied. Irgendwo in der Welt. Wie die Blätter fallen, bebendlangsam, müde vom Sommerduft, so fallen die Verse ihres Liedes, bebend, müde vom Duft. Da liegen sie am offenen Fenster, werden von der Sonne gedörft, vom Wind verstreut, kommen den Leuten unter die Füße und verschwinden im Straßenschmutz. Niemand kennt sie mehr. Der nackte Stengel wird ihnen nachgeworfen und verschwindet wie sie.

Als hätte sie jemand aus einem großen alten Buch vorgelesen, so klingen mir die Sätze im Ohr. Ich zerquäle mein Hirn, wie es wohl weitergeht, aber ich komme nicht darauf.

Vor mir steht eine Rose in hohem, stengelzartem Glas. Sie ist ganz erblüht. Ihr Atem geht durchs Zimmer wie tiefe Geigentöne. Lautlos tropft ein Blatt

auf den dunkelgrauen Samt. Dann noch eins und noch eins. Da liegen sie und glühen durch das Halblicht gleich riesigen Blutstropfen. Traurig flattert es her durch die nackten Wände meines Zimmers, hockt nieder auf die Stuhllehnen rundum und sieht mich an mit großen, ernsthaften Augen.

»Was wollt ihr?« frage ich leise. Denn ich weiß, daß ich träume, und will mich nicht aufwecken.

Erst nach einer Weile kommt die Antwort. Ernst klingt sie, aber nicht böse: »Das sind deine Sünden, die hergekommen sind dich anzuklagen, weil du sie aufwecktest aus ihrem Schlaf.«

Ein halbes Lächeln huscht auf meine Lippen. Der alte Pastor, oder wer es ist, weiß offenbar nicht, wen er vor sich hat, sonst würde er nicht so sprechen.

»Sünden? Gibt es denn noch Sünden in Europa?«

»Es gibt welche. Hier sind sie.«

»Das sind die einzigen in ganz Europa?«

»Die einzigen.«

»Und es sind meine?«

»Ja.«

»Das ist doch höchst merkwürdig. Die vielen Menschen, und Mörder und Diebe darunter, sollen alle ohne Sünde sein?«

»Es ist, wie ich sage.«

Der Herr amüsiert mich, obwohl ich ihn gar nicht sehe. Der hat ja eigenartige Ansichten.

»Aber ist das nicht ungerecht? Ein einziger trägt Sünde, und viele Millionen gehen leer aus?«

»Sie sind nicht leer ausgegangen, sie sind nicht mehr da.«

»Nicht mehr da? Ich denke, die Seele lebt fort, wenn der Körper stirbt?«

»Das ist wahr. Aber ihre Sünden haben ihre Seelen aufgefressen.«

»So bin ich der einzige Mensch in Europa?«

»Der einzige Mensch.«

»Aber das ist ja furchtbar.«

»Ja.«

»Was soll nun aus mir werden?«

»Du wirst sterben.«

»Sterben?«

»Wenn die Rose alle Blätter verloren hat, bist du tot.«

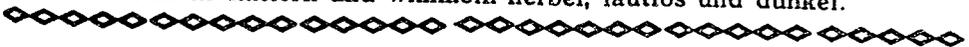
»Und dann?«

»Dann werden deine Sünden dich auffressen.«

Weiter höre ich nichts mehr. Die Stimme gibt keine Antwort auf meine Fragen. Von der Rose fällt ein neues Blatt. Meine Sünden auf den Stuhllehnen glotzen mich an. Es ist ganz still.

Durch die Decke kommen sie, durch die Wände, durch den Fußboden. Sie haben nicht mehr Platz auf den Stuhllehnen. Sie setzen sich auf die Stühle selbst, auf den Tisch, auf das Sofa direkt neben mich.

Und immer mehr flattern und wimmeln herbei, lautlos und dunkel.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Ludwig Preller

Arbeitslosigkeit Die Entwicklung des Arbeitsmarkts und die Gestaltung der Regierungsmehrheit waren zu Beginn dieses Jahres in dieser Rundschau als entscheidend für die sozialpolitische Linie der Gegenwart bezeichnet worden. Dies gilt für den Augenblick unvermindert fort.

Auf dem Arbeitsmarkt ist die im Januar angedeutete Entwicklung eingetreten. Die Arbeitslosenzahlen vermehrten sich zu Jahresbeginn sprunghaft und erreichten mit 1 954 000 Hauptunterstützungsempfängern in der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge am 15. Februar ihren Höhepunkt. Nach Abzug der Saisoneinflüsse bleibt somit eine stattliche Reservearmee, die am 11. März auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (die merkwürdigerweise in diesem Zeitpunkt entgegen ihrem Namen das Thema der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von ihren Erörterungen ausschloß) auf 1½ Millionen veranschlagt wurde. Der Direktor des Statistischen Reichsamts Hans Platzer legte in wichtigen Ausführungen dar, daß trotz dem Kriegseinfluß 1925 etwa 5 Millionen mehr Erwerbssuchende in Industrie und Handel vorzufinden waren als 1907. Deren Anzahl werde sich bis 1930 um eine weitere Million vermehren. Die Verminderung der ins Erwerbsleben eintretenden Jugendlichen von 1930 ab (als Folge des Geburtenausfalls im Krieg) werde nur eine Konstanz der Anzahl der Erwerbstätigen von 1930 bis 1935, von sich aus also nicht die vielfach erhoffte Rettung aus der Arbeitslosigkeit herbeiführen. Schließt man sich dieser Ansicht an, so folgt daraus die vermehrte Notwendigkeit dem Problem der deutschen (beziehungsweise europäischen) Arbeitslosigkeit vor allem von der produktionsseitigen Seite aus zuleibe zu rücken.

Über die hierbei einzuschlagenden Wege liegen von Arbeitgeberseite nur spärliche Äußerungen vor. Von Arbeitnehmerseite werden die Hebung der innendeutschen Kaufkraft und die Arbeitszeitfrage in den Vordergrund der produktionspolitischen Erörterung gerückt. Das Kaufkraftargument packt an 3 Enden zu: einmal bei der Verringerung der Preise, die trotz rationellerer Betriebszusam-

menfassung und Betriebsführung durch die Kartellpolitik verhindert werde: siehe die Kundgebung der Freien Gewerkschaften am 12. Februar. Hier treffen sich die Arbeitnehmer vielfach mit den Arbeitgeberern, die sich für wirtschaftlich organisatorische Rationalisierung einsetzen. Zum ändern sind hier die Bestrebungen auf Erhöhung des Lohnniveaus und, damit im Zusammenhang stehend, der Kampf der Arbeitnehmer und der Mieter gegen die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft zu nennen. Endlich münden diese Bestrebungen in die Arbeitszeitdebatte ein, unter der Devise: Kürzere Arbeitszeit bedeutet Verminderung des Arbeitslosenheers.

Arbeitszeitregelung

Das Problematische der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Seite der Arbeitszeitfrage ist bekannt. Jetzt aber handelt es sich um politische Entscheidungen. Dabei ist es interessant zu beobachten, daß auch der Reichsarbeitsminister offensichtlich den Gedankengängen der oben genannten Arbeitszeitdevise folgt, wenn er in Erlassen dieses Winters mehrfach bei nachgeordneten und anderen Reichsbehörden das Überstundenwesen zugunsten der Arbeitslosen einzudämmen suchte.

Die Schwierigkeiten der Arbeitszeitregelung liegen jedoch vor allem heute in der innenpolitischen Konstellation. Die Rechtskoalition will der Opposition den Vorwurf sozialpolitischer Unfähigkeit möglichst erschweren. In der Arbeitszeitfrage aber kreuzen sich Arbeitnehmer- und Arbeitgeberprestige innerhalb der Koalition, und zwar besonders dadurch, daß die an der Koalition beteiligten Christlichen Gewerkschaften so schwer unter der Konkurrenz der politisch in der Opposition stehenden Freien und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften leiden. So ging der Kampf um den 8stündigen Arbeitstag darum, ob er entweder die Ausdehnung bis auf 10 und mehr Stunden weitgehend ermöglichen, oder ob Überschreitungen zu den Ausnahmen gehören sollen. Die regierende parlamentarische Koalition hat sich für das erste entschieden, und so ist denn das Arbeitszeitnotgesetz gestaltet worden, das am 8. April im Reichstag mit 195 gegen 184 Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, in 3. Lesung verabschiedet wurde. Jetzt steht noch die Entscheidung des Reichsrats aus.

Dieser Kampf erhält seine besondere internationale Note dadurch, daß das Washingtoner Arbeitszeitabkommen am 10. Februar durch den französischen Senat, Ende Februar durch das englische Unterhaus bedingt ratifiziert wurde. Bald kann es dann heißen, daß das Inkrafttreten dieses Abkommens in den industriellen Hauptländern Europas allein noch von Deutschland abhängt.

Arbeiterschutzprinzipien Der Arbeiterschutz der kapitalistischen Epoche ging von sozialhygienischen Erwägungen (Kinder- und Frauenschutz) aus, entwickelte sich aber bald intensiv nach der technischen Seite hin. Die Maschine, der gefährliche Arbeitsstoff, kurz, der sächliche Apparat des Betriebs und seine auch das Kapital (Haftpflicht) gefährdende Beeinträchtigung des Arbeiters standen im Vordergrund der Betrachtung. Daß die im Betriebsapparat beschäftigten Menschen denkende und fühlende Wesen waren, wurde weniger beachtet. Den Arbeiterschutz interessierte, woran und womit, bestenfalls, wo der Arbeiter beschäftigt war; nicht aber, wie dessen Tätigkeit verlief. Dieser Standpunkt entsprach nur folgerichtig den rein technischen Anschauungen der Betriebswirtschaft. Nun zwang jedoch die Knappheit an Arbeitskraft die amerikanische Betriebswirtschaft dazu neben der technischen Seite auch die menschliche Psychophysik des Arbeitsvorgangs zu studieren. Eine Erscheinung, die sich aus konkurrenzwirtschaftlichen Gründen heraus seit einigen 15 Jahren immer mehr auch auf dem europäischen Kontinent ausbreitet. Die Stationen sind mit den Begriffen Taylorismus, wissenschaftliche Betriebsführung, Psychotechnik, Arbeitstechnik und ähnlichem bezeichnet. Damit steht der Arbeiterschutz vor neuen Aufgaben, und da es sich neben psychischen vor allem um physische Vorgänge bei der Arbeit handelt, befaßt sich auch die medizinische Wissenschaft mit entsprechenden Untersuchungen. Der moderne Arbeiterschutz nähert sich somit mit seinem Zweig Gewerbehygiene wieder seinem sozialhygienischen Ausgangspunkt. Eine erste treffliche Umschau über bereits Bekanntes, aber auch über die Problematik der Aufgaben auf diesem Gebiet enthält das Werk des Berliner Arbeitsphysiologen Edgar Atzler Körper und Arbeit /Leipzig, Georg Thieme/, ein Buch, dessen Kennzeichnung nicht anders als mit dem sonst allzu abgegriffenen Wort Standardwerk erfolgen

kann. In knapper und doch erschöpfender Weise geben erste Sachkennner auf ihren Gebieten einen Überblick über Körperbau und Körperfunktionen im Hinblick auf den Arbeitsvorgang, um dann im Hauptteil ausführlich auf die Frage der biologischen Arbeitseignung, der physischen Rationalisierung und der Ermüdung, sowie auf Ernährung, Kleidung, Sport des Arbeiters und die Wirkung von Rausch- und anderen Giften auf ihn einzugehen. Das Hauptgewicht des Werkes liegt bei der Darstellung der wichtigen arbeitsphysiologischen Untersuchungen Atzlers und den Schlußfolgerungen, die sich aus ihnen für die Gestaltung des Arbeitsvorgangs ergeben können, sowie auf den ganz vorzüglichen Erörterungen Alfons Durigs über die Ermüdung.

Bietet das Buch schon für den Betriebswissenschaftler eine Fülle an Material, das bisher nur dem engern Fachkennner, überall in der Literatur verstreut, zur Verfügung stand, so kann noch weniger der am Arbeiterschutz interessierte Sozialpolitiker das Werk unbeachtet lassen. Die hier gegebenen Unterlagen beweisen zwingend die Notwendigkeit nun endlich der menschlichen Seite des Arbeitsvorgangs auch vom Arbeiterschutzstandpunkt aus Beachtung zu schenken. Freilich wird die Arbeit auf diesem Gebiet dadurch erschwert, daß psychische und physische Beeinträchtigungen des Arbeiters viel weniger leicht von außen her festzustellen sind als solche von seiten der Technik. Viele Erscheinungen der Ermüdung sind zum Beispiel akut überhaupt nicht, chronisch im Einzelfall kaum sicher beweisbar zu erkennen, obwohl ihre Ausmerzung volkswirtschaftlich von ungeheurer Wichtigkeit wäre; man denke nur an die Erhöhung der Altersgrenze und Leistungsfähigkeit des Arbeiters. Hier erweist sich nun einmal die Mitarbeit des Arbeiters am Arbeiterschutz objektiv als dringend nötig, zum andern die Tatsache als besonders nützlich, daß der auf betriebswirtschaftliche Rationalisierung gerichtete Betriebsleiter in diesem Fall der Verminderung vor psychischem und physischem Reibungsverlust bei der Arbeit mit dem Arbeiterschutzpraktiker und gegebenenfalls auch mit dem Arbeiter am gleichen Strang zieht.

Ehe sich aber solche Tendenzen wirklich durchsetzen, wird die Last der neuen Aufgaben vorzüglich dem Praktiker des Arbeiterschutzes, das heißt vor allem dem Gewerbeaufsichtsbeamten, zufallen. Die Bewältigung solcher Aufgaben wird

allerdings mit dem quantitativ wie auf diesem Gebiet vorerst auch sachlich unzureichendem Apparat der Arbeitsaufsicht nicht möglich sein. Der Ausbau der Arbeitsaufsicht wird daher immer dringlicher. Freilich hat er zur Voraussetzung, daß die Arbeitsaufsicht nicht, wie auch wieder im Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes, fast lediglich von der technischen Komponente der Arbeitsaufsicht ausgeht. Gewerbehygiene und Volkswirtschaft dürfen für die künftige Arbeitsaufsicht personell wie materiell nicht nur Anhängsel sein, sondern sie müssen als gleichberechtigte Glieder eines Ganzen behandelt werden.

Triebkräfte sozialpolitischer Tätigkeit 2 gänzlich verschiedene Schriften dienen dem gleichen Zweck: die Zugkräfte und Beweggründe sozialpolitischer Tätigkeit gewissermaßen hinter den Kulissen zu belauschen.

Hans Rothfels läßt uns im 6. Heft der Forschungen und Darstellungen aus dem Reichsarchiv /Berlin, E. S. Mittler & Sohn/ unter dem Titel Theodor Lohmann und die Kampfjahre der staatlichen Sozialpolitik einen Blick in das ethisch-konservative Wollen jenes Mannes tun, der als Fachreferent und zuletzt Unterstaatssekretär vielfach der tatsächliche Gestaltgeber der deutschen Sozialpolitik von Bismarck bis Posadowsky war. Ein ungemein aufschlußreiches Buch, für dessen Erscheinen man nicht dankbar genug sein kann. Lohnt es allein schon, um ein neues Schlaglicht auf die lediglich pragmatische Orientierung Bismarcks, des "Schöpfers" der deutschen Sozialversicherung, zu dieser und sozialpolitischer Betätigung überhaupt zu werfen, so vor allem aber, um an einem besonders reinen Charakter jenes feine, fast rührende Tasten zwischen konservativer, liberaler und sozialistischer Anschauung zu beobachten, mit dem die besten Männer der damaligen Sozialpolitik einen Ausgleich zwischen ihrer humanistischen Ideenwelt, ihrem unbewußten bürgerlich-kapitalistischen Klassensgefühl gegenüber dem sozialistischen Proletariat und der rauhen Wirklichkeit der Klassenkämpfe eines aufsteigenden Kapitalismus zu finden suchten. Darüber hinaus ist das Heft als weiteres Quellenwerk der Sozialpolitik jener Epoche zu schätzen und zu benutzen.

Behandelt Clarence E. Bonnett in seinem Buch Unternehmertum und soziale Frage in den Vereinigten Staaten, deutsch von Heinrich Lechtape /Tübingen, J. C. B. Mohr/, äußerlich auch ein völlig an-

deres Thema, nämlich Ziel und Tätigkeit moderner amerikanischer Arbeitgebervereinigungen, so ist man doch fast auf jeder Seite versucht in dieser Darstellung die nackte, vielleicht auch auf die Spitze getriebene Quintessenz eines auf rein individualistisch-liberaler Anschauung fußenden kapitalistischen Unternehmertums zu erkennen, wie sie sicher, wenn auch durchaus nicht so ausgeprägt, in der deutschen Arbeitgeberschaft der bismarckisch-wilhelminischen Epoche, vor allem zur Zeit Mirbach-Stumm, schlummerte. Was in diesem Buch an dem Beispiel dreier großer amerikanischer Arbeitgeberverbände über deren Tätigkeit im Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft durch Beeinflussung staatlicher Sozialpolitik, durch Spitzel- und Presse-machinationen gegen die Gewerkschaften, durch eigene Sozialpolitik (Arbeitsnachweise, Wohlfahrtseinrichtungen, Lehrlingsschulung und ähnliches) und auch durch Verhandlungen mit den Gewerkschaften geschildert wird, wirft ein bezeichnendes Licht darauf, wie wenig die vielgerühmte "andere Mentalität" des amerikanischen Arbeiters gegenüber den Geldmachern und dem Arbeitgebertum an der Tatsache eines ungemein scharfen Klassenkampfes auch in Amerika ändert, zeigt auch als Nebenergebnis den großen, uns ständig als Muster vorgehaltenen "Menschenfreund" Henry Ford in Reih und Glied mit den schärfsten Bekämpfern der organisierten Arbeiterklasse. Das Buch sollte seine Leser, deren wir ihm recht viele wünschen, zum Nachdenken über manche sozialpolitische Tätigkeit der heutigen Arbeitgeberschaft, besonders auch über den Werksgemeinschaftsgedanken, bringen.

Kurze Chronik Die Bestrebungen des amerikanischen Industriellen Henry Filene die europäische Rationalisierung durch das in Amerika bereits Erreichte befruchten zu lassen führten Ende Januar auf Grund einer Vereinbarung des XX. Century Fund in Boston mit dem Internationalen Arbeitsamt zur Errichtung eines *Internationalen Instituts für wissenschaftliche Betriebsführung* in Genf. Deutschland ist im Vorstand durch Hans Hinenthal vom Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit vertreten. ◊ Die deutsche Regierung gab über die Ergebnisse des *Arbeitsbeschaffungsprogramms* vom Vorjahr in einer Denkschrift im Reichsarbeitsblatt Rechenschaft. ◊ Am 9. Februar wurde in Deutschland eine Ver-

ordnung über die *Arbeitszeit* in Gas-
 werken erlassen. Mitte Februar legte
 die Reichsarbeitsverwaltung im Reichs-
 arbeitsblatt eine Erhebung über die Ar-
 beitszeit in der Metall- und Maschinen-,
 der Textil-, Leder- und Tabakindustrie
 vor. Danach waren an Überarbeit über
 48 Stunden im Oktober 1926 52,97 %
 der erfaßten Arbeiterschaft beteiligt. ◊
 Am 11. März wurden durch eine Ver-
 ordnung des Reichsarbeitsministers die
Mieten für das Deutsche Reich vom
 1. April ab um 10 %, vom 1. Oktober ab
 um weitere 10 % erhöht.

Literatur

In einem Heft seines *Hand-
 buch*s der Staats- und Wirt-
 schaftskunde bringt der
 Verlag B. G. Teubner in Leipzig wieder-
 um in knapper und allgemeinverständ-
 licher Art sehr brauchbare Darstellun-
 gen der Sozialversicherung (Hermann
 Dersch) und des Wohnungs- und Siede-
 lungswesens (Martin Rusch). Georg
 Jahns Kapitel Sozialpolitik muß dage-
 gen in seiner allzu einseitig nursozial-
 reformerischen Darstellung, insbesonde-
 re in seiner Ablehnung der Mitwirkungs-
 möglichkeit der Arbeiterschaft an Tech-
 nik und Organisation des Betriebs, als
 den heutigen Anschauungen nicht mehr
 entsprechend abgelehnt werden. ◊ Un-
 ter dem Titel Rationalisierung und So-
 zialpolitik bringt Bruno Rauecker eine
 flüssig geschriebene Übersicht über den
 Stand der Rationalisierung in Deutsch-
 land /Berlin, Siebenstäbeverlag/. Im 2.
 Teil schildert er kurz die Wirkung der
 Rationalisierung auf die Arbeiterschaft
 und sucht Mittel zur Behebung ihrer
 sozialpolitisch schädlichen Folgen. Als
 solche Mittel erkennt er die verantwort-
 liche Mitwirkung der Arbeiterschaft am
 Produktionsprozeß, ihre stärkere Anteil-
 nahme am nationalen Kulturgut sowie
 Siedelungspolitik. In der Beurteilung
 wie in den vorgeschlagenen Mitteln zur
 Behebung der Arbeitslosigkeit durch Ra-
 tionalisierung dürfte Rauecker zu opti-
 mistisch sein. ◊ Der ehemalige Syndi-
 kus der Deutschen Arbeitgeberverbände
 Fritz Tänzler gibt in seiner Arbeit In-
 ternationale Sozialpolitik /Berlin, Fr.
 Zillesen/ eine durch eigene Anschauung
 lebendige Darstellung der Tätigkeit des
 Internationalen Arbeitsamts. Der Wert
 des Buchs liegt, außer in einer will-
 kommenen Ergänzung der entsprechen-
 den Berichte Hans Fehlingers (siehe
 diese Rundschau, 1926 Seite 547) vom
 Arbeitgeberstandpunkt aus in der posi-
 tiven Haltung Tänzlers zum Internationa-
 len Arbeitsamt. In der Beurteilung der

Wirksamkeit internationaler Sozialpoli-
 tik, insbesondere der sozialpolitischen
 Konkurrenz der Nationen, ergeben sich
 natürlich weitgehende Verschiedenheiten
 gegenüber dem sozialistischen Stand-
 punkt. ◊ In einer Dissertation Der Ar-
 beitsnachweisverband Sachsen-Anhalt
 /Halberstadt, H. Meyer/ stellt Elisabeth
 Körner an dem provinzsächsischen Bei-
 spiel ausführlich die Entwicklung jenes
 Zwischenglieds zwischen früherem pri-
 vaten und kommunalen Arbeitsnach-
 weis und heutigem Arbeitsnachweiswe-
 sen dar, wie es durch den Arbeitsnach-
 weisverband verkörpert wurde. Die so-
 zialpolitische Vorstellungswelt der Ver-
 fasserin bedarf noch erheblicher Ver-
 tiefung. ◊ Eine hier bereits in der
 Rundschau Anthropogeographie kurz er-
 wählte sehr aufschlußreiche statistisch-
 sozialhygienische Untersuchung über
 den Gang der Tuberkulosesterblich-
 keit und die Industrialisierung Euro-
 pas veröffentlichte Georg Wolff /Leip-
 zig, Johann Ambrosius Barth/. Er ge-
 langt zu dem vorsichtigen Schluß, die
 Tuberkulosesterblichkeit hänge vom kul-
 turellen und hygienischen Standard ab,
 und, da dieser meist in industrieller
 Bevölkerung gehobener sei, treffe die
 Tuberkulose die weniger hygienisch
 lebende Landbevölkerung meist schwe-
 rer. Dies wird durch bevölkerungsstati-
 stische Tabellen von bleibendem Wert
 gestützt. ◊ Marie Klee und Karl
 Uebel schildern im 8. Heft der von Paul
 Arndt herausgegebenen Schriftenreihe
Heimarbeit und Verlag in der Neuzeit
 /Jena, Gustav Fischer/ hessische Ge-
 birgsheimarbeit, und zwar die Elfenbein-
 schnitzerei im Odenwald und die Heim-
 arbeit im südlichen Vogelsberg. Die Ar-
 beiten sind in der Darstellung des Tat-
 sachenmaterials recht brauchbar, wenn
 sie auch an die Heimarbeitssonogra-
 phien der badischen Gewerbeaufsicht
 von 1925 (siehe diese Rundschau, 1926
 Seite 548) nicht heranreichen. Beson-
 ders den Uebelschen Anschauungen über
 geringe kapitalistische Ausbeutung des
 von ihm behandelten Heimarbeiters kann
 man sich auf Grund seiner eigenen Dar-
 stellung nicht anschließen. Man folgt
 hier lieber dem von ihm bekämpften Ro-
 bert Wilbrandt, der in diesen Fragen
 eben doch tiefer gesehen hat. ◊ Das
Arbeitsamt Düsseldorf gibt in einer Bro-
 schüre Im Kampf gegen die Arbeitslo-
 sigkeit der Jugend /Düsseldorf, Selbst-
 verlag/ weitem Aufschluß über seine
 bahnbrechende Betätigung auf diesem
 Gebiet (siehe auch diese Rundschau, 1926
 Seite 400).

Staatssozialismus / Walther Pahl

Rohtstoffvalorisation Die praktische Durchführung des Farmerschutzgesetzes in den *Vereinigten Staaten von Amerika*, der McNary-Haugen-Bill, die am 11. Februar vom amerikanischen Senat und kurz darauf vom Repräsentantenhaus angenommen wurde, ist vorläufig durch das Veto des Präsidenten Coolidge verhindert worden. Aber die Farmer setzen den Kampf um die staatliche Valorisierung ihrer Produkte fort (siehe darüber den Artikel Schippels Ein Antrag Kanitz in Amerika, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 271 und folgende). Der Plan läuft darauf hinaus den inneramerikanischen Preis für eine Reihe der wichtigsten Agrarprodukte über dem Weltmarktpreis zu halten, der für den amerikanischen Farmer fast immer ungünstig lag. Die Aktion soll von einem Federal Farm Board, bestehend aus dem Landwirtschaftsminister und 12 aus genossenschaftlichen Organisationen zu wählenden Mitgliedern, durchgeführt werden. Mit Hilfe eines staatlichen Ausgleichsfonds soll er die Preise regulieren. Der Kampf der amerikanischen Farmer um die Valorisation der Agrarprodukte ist in erster Linie ein Teilprozeß in dem gesamten Ringen der Landwirtschaft aller industriell entwickelten oder sich entwickelnder Länder der Erde um die Ermöglichung und Sicherstellung der landwirtschaftlichen Produktion und ihrer Verbesserung überhaupt. Außerdem kennzeichnet aber die besondere Form des jetzt von den amerikanischen Farmern erstrebten Schutzes, eben die McNary-Haugen-Bill, den Umwandlungsprozeß, in dem sich die amerikanische Wirtschaftsstruktur heute befindet. Auch in Amerika, das bisher noch als der sichere Hort einer Wirtschaftslehre galt, für die allein die ungehinderte Verfolgung des ökonomischen Individualinteresses die wirtschaftliche Versorgung der Volksgesamtheit verbürgte, weicht man, zunächst unmerklich, von den manchesterlichen Traditionen ab. In Bund, Staat und Gemeinde gibt man einem spezifisch amerikanischen Staatssozialismus immer mehr Raum.

Im Jahr 1922 erließ England ein Gesetz, das sogenannte Stevenson Restriction Scheme, demzufolge nur die Ausfuhr bestimmter Kautschukmengen freigegeben wird, während die darüber hinaus ausgeführten Mengen mit prohibitiv wirkenden Ausfuhrabgaben belegt wurden. Bei steigenden Weltmarktpreisen wird

das Mengenkontingent erhöht, bei sinkenden herabgesetzt. Diese monopolistische Preispolitik führte in der Tat zu der beabsichtigten Preissteigerung. Mit dem 1. November 1926 ist das Stevensonssystem noch verschärft worden. Während man bis dahin den Weltmarkt auf der Grundlage eines Preises von 1,6 Shilling pro Pfund Gummi regulierte, wird jetzt 1,9 Shilling als Grundpreis angenommen. Bei eintretendem Preisrückgang kann die Produktion bis auf 60 % der Ausgangsproduktion gesenkt werden, während bisher die untere Grenze nicht festgelegt war. Die Produktion darf unter keinen Umständen die um ein Viertel niedriger als bisher angenommene Standardproduktion überschreiten. Durch ein staatliches Gesetz hat man also in England die Kautschukproduktion geregelt. Auf der gleichen Ebene liegen die Kaffeewalorisationen *Brasiliens*, wenn sie hier auch nur den Charakter einer rein marktmäßigen Manipulation haben. Die brasilianische Kaffeewalorisation wirkt sich in der Beeinflussung der Zirkulation des bereits versandfertigen Kaffees aus, nicht etwa in einer Begrenzung der Anbaufläche, einem Verbot der Pflanzung neuer Kaffeesträucher und ähnlichem. Von weitaus größter Bedeutung sind die Kaffeewalorisationsmaßnahmen des Staates Sao Paulo, der der bedeutendste Kaffeeproduzent Brasiliens ist. Die durch das Instituto Paulista de Defesa Permanente do Café durchgeführte Valorisation besteht in einer Begrenzung der Zufuhren nach dem Ausfuhrenhafen Santos. Für die zur Durchführung der Zufuhrbeschränkung notwendig werdende Stapelung von Kaffee sind Regulierlagerhäuser errichtet worden. Durch Valorisationsmaßnahmen bemüht man sich also den Weltmarktpreis für Kaffee zu stabilisieren.

Eine Zuckervalorisation wird in Cuba mit Hilfe einer gesetzlichen Einschränkung der Produktion durchgeführt. Cuba, das ein Drittel der Weltproduktion an Rohzucker liefert, erzielte im Jahr 1925-1926 eine Produktion von 4,9 Millionen Tonnen, während 1913-1914 nur 2,6 Millionen Tonnen Zucker erzeugt wurden. Der Zuckerkonsum blieb hinter dieser enormen Produktionssteigerung weit zurück. Der Gefahr des Preisrückgangs soll nun durch eine Einschränkung der Produktion entgegengewirkt werden. Der Präsident von Havanna hat den Umfang der Ernte auf 4,5 Millionen Tonnen begrenzt. Die cubanische Regierung betreibt die Einberufung einer Weltzuckerkonferenz, deren Hauptgegenstand je-

denfalls Beratungen darüber sein werden, wie das Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch an Zucker durch eine Produktionseinschränkung beseitigt werden kann.

In Ägypten versucht die Regierung die Baumwollpreise dadurch künstlich zu steigern, daß sie jeweils größere Mengen Baumwolle aufkauft und aus dem Verkehr bringt. Die Pflanzer erhalten Anleihen für Zurückhaltung der Vorräte.

Mehr oder weniger hat sich diese Tendenz zur Monopolisierung von Rohstoffmärkten unter staatlicher Mitwirkung außerdem noch für Sisalhanf, Chilesalpeter, Kali, Zinn, Quinine, Quecksilber und Quebracho durchgesetzt. Die Rohstoffmonopole demonstrieren den Bankrott des Laissez-faire-Prinzips auf deutlichste. Die Aufgabe ist nun: die in der Form der Monopole sich zusammenballenden Kräfte in den Dienst einer Demokratisierung der internationalen Rohstoffwirtschaft zu stellen.

Öffentliches Vermögen

Der ehemalige Staatssekretär Julius Hirsch stellt in seiner Schrift *Polizei und Verwaltung* /Berlin, Gersbach & Sohn/ interessante Berechnungen über den Anteil der öffentlichen Hand an Volksvermögen und Volksarbeit an. Karl Helfferich nahm vor dem Krieg die öffentlichen Vermögenswerte Deutschlands mit rund 25 Milliarden Mark, das gesamte Volksvermögen mit 330 Milliarden an. Die Staatsbahnen schätzte er mit 20 bis 25 Milliarden, die öffentlichen Versicherungsanstalten mit 2½ Milliarden, den sonstigen öffentlichen Besitz (Domänen, Forsten, Bergwerk, Post, Kommunalbetriebe, Schulen, Verwaltungsgebäude, Parks usw.) zusammen mit 25 bis 30 Milliarden ein. Von dieser Gesamtsumme von 50 Milliarden wurden die Schulden der öffentlichen Körperschaften mit 25 Milliarden abgezogen. Es blieben also 25 Milliarden. Heute würde die Schätzung in Anschaffungswerten nach Hirsch folgendermaßen lauten: Reichsbahn 26, kommunale Betriebe 5, Reichspost etwa 1, sonstiger öffentlicher Besitz etwa 20 Milliarden. Nimmt man an, wie Hirsch wohl mit Recht tut, daß sich das Anwachsen öffentlichen Besitzes (zum Beispiel in der Elektrizitätswirtschaft) und der Verlust an öffentlichem Vermögen in verlorenen Gebieten annähernd kompensiert, so kommt man auf ein öffentliches Vermögen von 52 Milliarden Mark. Stellt man diese Summe in Vergleich zu dem heutigen Gesamtbesitz des deutschen Volkes, der von ausländischen Sachver-

ständigen (Alberti) wohl etwas niedrig auf 250 Milliarden geschätzt wird, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß die öffentlichen Werte heute ein Fünftel des gesamten Volksvermögens ausmachen, während sie früher nach der Helfferichschen Berechnung nur ein Sechstel, nach Abzug der Schuld an die Privatwirtschaft nur ein Zwölftel betragen. Dabei ist freilich zu bedenken, daß heute die innere Schuld fast verschwunden ist, während damals das öffentliche Vermögen mit 25 Milliarden Schuldenlast belegt war. Wenn man von der Reparationsverpflichtung absieht, so ist also rein rechnerisch der Anteil des Besitzes der Öffentlichkeit am Volksvermögen bedeutend gewachsen.

Fast 8 % der 31 Millionen Erwerbstätigen (rund 2,5 Millionen) werden in der staatlichen Hoheitsverwaltung und in den öffentlichen Wirtschaftsbetrieben beschäftigt. Mindestens 5 % der deutschen Arbeitskräfte machen die in den öffentlichen Betrieben Beschäftigten aus.

Öffentliche und private Wirtschaft

Die Spitzenverbände der privaten Unternehmen: der Deutsche Industrie- und Handelstag, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Reichsverband der deutschen Industrie, der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, der Reichsverband der deutschen Landwirtschaft, der Reichsverband der deutschen Handwerks, der Reichsverband der Privatversicherung, der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Zentralverband des deutschen Großhandels, veranstalteten am 10. November 1926 eine Kundgebung gegen die Betätigung der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben. Es wurde eine Resolution angenommen, die die grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Staatssozialismus betonte. Dabei erkannten die Vertreter der Privatwirtschaft an, daß es Aufgaben gebe, zu deren Lösung die Privatwirtschaft nicht in dem gleichen Maß fähig sei wie die öffentliche Hand. Damit wollte man sagen, daß oberster Zweck der öffentlichen Betriebe die Versorgung der Allgemeinheit sei. In diesem Sinn befürworteten die Vertreter der Großbanken eine Arbeitstrennung zwischen privaten und öffentlichen Banken. Es ist nicht zu verkennen, daß manche Wirtschaftsbetriebe, wie die Verkehrsbetriebe, ihre wirtschaftliche Aufgabe, den Dienst an der Allgemeinheit, am besten erfüllen, wenn sie von vornherein in öffentliche Regie genommen werden. Aber darum sind andere Wirtschaftszweige doch nicht weniger für eine neue Füh-

rung durch öffentliche Körperschaften geeignet; denn offenbar ist doch die bestmögliche Versorgung der Allgemeinheit der Sinn jedes wirtschaftlichen Betriebs. Und in der Richtung auf einen immer bessern Schutz der Allgemeinheit darf die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Wirtschaft keine Grenzen finden. Die Sozialistischen Monatshefte haben von jeher ihre Aufgabe darin gesehen Planmäßigkeit in der wirtschaftlichen Betätigung des Staates zu fordern und auf gar mancherlei Mißstände hingewiesen, die in den letzten Jahren nicht selten festzustellen waren. Diese hatten aber in den meisten Fällen ihre Ursache darin, daß die öffentlichen Stellen nach dem Krieg gezwungen waren eine große Anzahl von Betrieben, die bisher Kriegsmaterial hergestellt hatten, in eigene Regie zu übernehmen und auf Friedensarbeit umzustellen. Wo sich ein Mißstand ergab, wurde hier auf Abstellung gedrängt. Die Demonstrationsversammlung der privatwirtschaftlichen Verbände hat entscheidende Argumente gegen den Staatssozialismus nicht zutage gefördert. Zweckloses Eindringen des Staates und der Kommunen in die Wirtschaft ist selbstverständlich auch vom Standpunkt unserer grundsätzlichen Bejahung staatssozialistischer Betätigung aus zu bekämpfen. Aber die gleiche Selbstverpflichtung zur Sachlichkeit sollte auch die Vertretung der Privatwirtschaft anerkennen.

Im Anschluß an die Novemberkundgebung haben die Unternehmerverbände eine Denkschrift Die öffentliche Hand in der privaten Wirtschaft herausgegeben. Die Tendenz ist die gleiche.

Im Gegensatz zu einer bloßen Abwehr der Betätigung der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben forderte der ehemalige Reichsminister Hans von Raumer auf einer Tagung des Zentralverbands der Deutschen Elektrotechnischen Industrie Verständigung, Zusammenarbeit der privaten mit der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft. Nur eine Prestigefrage dürfe es geben: Wer liefert den billigsten Strom? Die höchste und beste Leistung in der Stromversorgung könne nicht durch Konkurrenz sondern nur durch die Kooperation gewährleistet werden. Diese setze allerdings auch das engste Zusammenarbeiten des privaten Elektrizitätskapitals voraus, und diese Frage sei so dringlich, daß, wenn sie nicht bald von den Elektrizitätsgesellschaften selber in positivem Sinn gelöst würde, in der Öffentlichkeit sich die Forderung durchsetzen müsse, daß die ganze elektrotechnische Industrie auf das Reich übertragen werde.

Zündholzmono- In Frankreich soll das polsterung staatliche Zündholzmonopol an den schwedischen Zündholztrust verpachtet werden. Der Staat erhält dafür eine Kautions, das heißt eine gut verzinsbare Anleihe von 420 Millionen Goldfrancs, und ganz erhebliche Jahreszahlungen. Die Finanzkommission lehnte dieses Projekt mit Stimmgleichheit ab. Jetzt hat die Kammer darüber zu entscheiden.

Der selbe Schwedentrust erhält die Monopolerzeugung der Zündhölzer in Polen, verpflichtet sich dafür sich an der neuen polnischen Kaliindustrie zu beteiligen.

In Deutschland kontrollierte der schwedische Zündholztrust bisher zwei Drittel der inländischen Produktion. Die deutschen Fabriken des Trusts und die freien Fabriken schlossen sich im Sommer 1926 zu einem Syndikat in Form der Deutschen Zündholzverkaufsaktiengesellschaft zusammen, an dem sich beide Parteien zu je 50 % beteiligten. Die deutsche Regierung nahm für sich das Vetorecht gegen Preiserhöhungen in Anspruch, verpflichtete sich aber durch ein zu erlassendes Sperrgesetz die Durchkreuzung der Preispolitik des Syndikats zu verhindern. Der dem Reichstag vorgelegte Entwurf dieses Gesetzes, wonach die Errichtung neuer Zündholzfabriken und die Erweiterung der bestehenden um mehr als ein Drittel ihrer Produktionskapazität einer Erlaubnis des Reichswirtschaftsministers bedarf, wurde am 6. April in 2. Lesung im Reichstag beraten, aber nach einem Zwischenfall mit dem Abgeordneten Behrens, dem als Berichterstatter Vermengung privater mit öffentlichen Interessen vorgeworfen wurde, an die Kommission zurückverwiesen. Das Gesetz bedeutet, wenn es angenommen und durchgeführt wird, praktisch die Sicherung der Vormacht des Schwedentrusts.

Totenliste Am 18. August 1926 starb *Ernst Mehlich* als ein Opfer des Leiferder Eisenbahnverbrechens. Er war Reichs- und Staatskommissar für Rheinland-Westfalen. Seine sozialpolitische Tätigkeit in der Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten war in den Jahren, da die Arbeit an der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft das entscheidende Interesse des Staats darstellte, im eigentlichen Sinn des Worts staatssozialistisch zu nennen. Das deutsche Volk hat ihm, den Carl Severing mit Recht in seinem Aufsatz (in den Sozialistischen Monatsheften 1926 Seite 679 und folgende) als einen »Mann des Aufbaus« charakterisierte, viel zu danken.

Am 23. März 1927 starb der letzte bayrische Handelsminister *Wilhelm von Meinel*, in seinem 62. Lebensjahr. Seine amtliche Tätigkeit lag zuerst auf dem Gebiet der innern Verwaltung, in Bezirksamt und Kreisregierung, später arbeitete er im bayrischen Ministerium des Außern. Er nahm auch als Vertreter Bayerns an den Friedensverhandlungen in Versailles, danach noch an verschiedenen Konferenzen, in Spa, London und Genua, teil. Im Herbst 1922 wurde er bayrischer Handelsminister, als Nachfolger Hamms.

Kurze Chronik Die Hamburgische Wissenschaftliche Stiftung, das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel und das Hamburgische Weltwirtschaftsarchiv und der Wirtschaftsdienst erlassen für den 1. Oktober 1927 ein *Preisausschreiben* über »Art und Umfang der wirtschaftlichen Betätigung von Reich, Ländern und Kommunen in Deutschland«. Es ist deren Tätigkeit insoweit zu betrachten, als sie mittelbar oder unmittelbar Funktionen übernehmen, die früher in der Regel von privaten Unternehmungen ausgeübt wurden, oder insoweit sie das Entstehen und Gedeihen von gemeinwirtschaftlichen Gebilden fördern. Besonderer Wert ist auf die Feststellung des Umfangs der Verwendung und der Rentabilität der angelegten öffentlichen Mittel zu legen. ◊ Im November 1926 wurde in Rostock eine *Beamtenhochschule*, die Verwaltungsakademie Mecklenburg, eröffnet. Sie dient der Fortbildung vor allem der mittleren Beamten. Die Beamtenhochschulbewegung ging nach dem Krieg aus der Not der Zeit und dem Bildungsdrang der Beamten hervor; das Beamtenmaterial soll mit ihrer Hilfe zur bessern Leistung und Bewältigung der Dienstaufgaben in höherem Sinn als bisher fähig gemacht werden. ◊ Einer Denkschrift des preußischen Finanzministers über das Ergebnis des *Personalabbaus* ist zu entnehmen, daß am 1. Mai 1926 an plan- und nicht-planmäßigen Beamten, Angestellten und Lohnempfängern im ganzen 48 937 Kräfte, 4246 mehr als am 1. Oktober 1923, in Preußen beschäftigt waren. ◊ Eine Volksabstimmung in der *Schweiz* entschied mit geringer Mehrheit gegen die Beibehaltung des seit dem Krieg bestehenden staatlichen Getreideeinfuhrmonopols. Obwohl sich das Einfuhrmonopol als der beste Weg zum Schutz der inländischen Erzeugung erwiesen hatte, ist ein großer Teil der Bauern nicht der Parole des Bauernbunds gefolgt. ◊ Die

staatliche Industriesperre in *Spanien*, die schon vor längerer Zeit zu einem Verbot der Errichtung neuer Spinnereien, Webereien und sonstiger Textilfabriken führte, ist jüngst auf 23 weitere Industrien ausgedehnt worden. ◊ Eine Neuregelung des *französischen* Rundfunkwesens ist mit Wirkung vom 1. Januar 1933 von der Regierung dekretiert worden. Von diesem Datum ab stehen die Sendestationen in Staatseigentum, und die Staatsverwaltung ist für den technischen Betrieb und die Finanzgebarung verantwortlich. Für die Programm- bildung werden Körperschaften aus Vertretern der Staatsverwaltungszweige, der Organisationen der Autoren und der Presse sowie der Funkindustrie eingesetzt. ◊ Am 1. Januar trat in *England* eine Neuorganisation der Elektrizitätsversorgung in Kraft. Der Posten eines Vorsitzenden des Central Electricity Board, der 7 Mitglieder hat, kann keinem Parlamentsmitglied und niemandem, der selber Aktien von Elektrizitätsunternehmungen besitzt, übertragen werden. Die wichtigsten Bestimmungen des neuen Gesetzes betreffen die Herstellung einer engen Verbindung zwischen den 10 größten Kraftzentralen des Landes, nämlich London, Leicester, Newcastle, Edinburgh, Glasgow, Liverpool, Manchester, Birmingham, Bristol und Plymouth. Das Gesetz schafft ein vom Staat monopolistisch betriebenes Netz von Höchstspannungsleitungen und gibt den Zentralen die Möglichkeit unrentable kleine Betriebe von der Stromerzeugung auszuschalten und einen Einfluß auf die Stromkreise auszuüben. Bei dieser Gelegenheit sei nachgeholt, daß der englische Staat die bis 1921 in 27 Gesellschaften und 93 Tochtergesellschaften zersplitterten Eisenbahnen in 4 große Gesellschaften zusammengeschlossen hat, die mit Staatsgarantie und unter staatlicher Tarifaufsicht arbeiten. Das Radio ist öffentliches Monopol. Und das alles in dem Land der Manchestertradition. ◊ Die 185 Eisenbahngesellschaften der *Vereinigten Staaten* werden jetzt in ihrer Tarifgebarung von einer staatlichen Oberbehörde der Bahnen, der Interstate Commerce Commission, kontrolliert. Endlich geht man jetzt daran die Anzahl der selbständigen Bahnen durch größere Eisenbahnfusionen zu vermindern. ◊ In *Japan* hat die Regierung im Jahr 1926 137 Banken geschlossen. Es werden weitgehende Kontrollvorschriften für die Führung des Bankgeschäfts geplant. So soll die Bankenkonzentration mit staatlichen Zwangsmitteln durchgeführt werden.

Genossenschaftsbewegung / Reinhard Weber

Crüger † Am 8. Januar starb in seinem 69. Lebensjahr ein Führer der deutschen Genossenschaftsbewegung: Hans Crüger. Sein Name wird in der Geschichte der Genossenschaften neben den Schultze-Delitzsch' und Raiffeisens fortleben.

Als junger Assessor wurde Crüger 1887 Juristischer Hilfsarbeiter und Sekretär unter dem Anwalt Schenck im Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Legendenbildung will ihm schon in den Studienjahren besonderes Interesse für die Genossenschaften andichten. In Wahrheit hat er, wie aus einem Brief hervorgeht, vor seinem Dienstantritt im Allgemeinen Verband das Genossenschaftsrecht nur als ein Examensfach angesehen. Durch die dienstliche Beschäftigung entwickelt sich aber bald und nachhaltig die Erkenntnis von seiner innern Berufung zum Genossenschaftswesen, in dessen Dienst er dann seine ganze Lebenskraft gestellt hat. Schon 1888 übernahm er die Redaktion der Blätter für Genossenschaftswesen. Er behielt sie bis zum Jahr 1924. Noch vor dem Inkrafttreten des deutschen Genossenschaftsgesetzes erschien 1889 der von ihm in Gemeinschaft mit Ludolf Parisius bearbeitete große Kommentar dazu. Dieser Kommentar ist bis heute der Kommentar geblieben. Als erstes größeres Werk gab Crüger 1892 das Buch Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in den einzelnen Ländern heraus. Als Nachfolger Schencks wurde er 1896 zum Anwalt des Verbands gewählt. 1902 übernahm er den Vorsitz im Aufsichtsrat der Deutschen Genossenschaftsbank von Soergel, Parisius & Co.; nach deren Fusion mit der Dresdner Bank wurde er auch dort in den Aufsichtsrat gewählt und mit dem Vorsitz in dem bei dieser Bank neugeschaffenen genossenschaftlichen Beirat betraut. Der 61. Deutsche Genossenschaftstag /1924/ wählte Crüger zum Ehrenanwalt. Am 1. Januar 1925 trat er in den Ruhestand. Noch zu seinen Lebzeiten wurde, anlässlich des Königsberger Genossenschaftstags, am Geburtshaus Crügers in Königsberg am 17. August 1926 eine Gedenktafel feierlich enthüllt.

Neben der unmittelbaren Arbeit im Dienst des Allgemeinen Verbands ging parlamentarische Tätigkeit einher, die Crüger natürlich auch im Interesse der Genossenschaftsbewegung ausübte. Im Jahr 1898 wurde er Charlottenburger Stadt-

verordneter, im gleichen Jahr auch Mitglied des preußischen Landtags. 1901 wurde er in den Reichstag gewählt, 1906 auch wieder in den Landtag. 1920 wurde er in den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat berufen. Im engern Zusammenhang mit seiner Genossenschaftsarbeit stand auch seine Wirksamkeit als akademischer Lehrer. An der neugeschaffenen Berliner Handelshochschule erhielt Crüger 1908 den Lehrstuhl für Genossenschaftswesen. 1911 übernahm er Vorlesungen an dem neuerrichteten Seminar für Genossenschaftswesen der Universität Halle und dann auch Genossenschaftsvorträge an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Detmold.

Crüger war ein konsequenter, manchmal einseitiger Vertreter des Selbsthilfegedankens, wie Schultze-Delitzsch ihn aufgefaßt hatte. Nicht nur von Amts wegen sondern auch aus dieser theoretischen Grundauffassung heraus war er daher einer der geistigen Führer der Genossenschaftsbewegung des städtischen Mittelstands. Die Tätigkeit der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse hat er grundsätzlich immer als Staatshilfe abgelehnt. Weil er es aber wenigstens auf die Dauer meist verstand den sachlichen Forderungen vor der Theorie den Vorrang einzuräumen, gewann er es über sich Anfang 1924 den notleidenden Kreditgenossenschaften den Weg zur Preußenkasse zu empfehlen. Mit der selben Sachlichkeit stimmte er 1921 auch dem Zusammenschluß des Allgemeinen Verbands mit dem bis dahin von Korthaus geführten Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften zu, den er früher vielfach aus den angedeuteten Prinzipien heraus heftig befehdet hatte. Seit diesem Zusammenschluß führte der von Crüger geleitete Verband den Namen Deutscher Genossenschaftsverband. Aus Sachlichkeit regte Crüger bereits 1913 die Bildung eines freien Ausschusses aller deutschen Genossenschaftsverbände an, der 1917 sogar den Zentralverband deutscher Konsumvereine mit umschloß.

Als einem Jünger Schultze-Delitzsch' hat Crüger das rechte Verständnis für die moderne Konsumgenossenschaftsbewegung gefehlt. In dieser Rundschau hat sich die Berichterstattung in den Jahren 1901 und 1902 daher oft kritisch mit dem »Verbandsanwalt Doktor Crüger« auseinandersetzen müssen: siehe vor allem den Bericht über die berühmte Kreuznacher Sezession der Konsumgenossenschaften aus dem Allgemeinen Verband (1902 II Seite 819 und folgende). Als einem Mann des Freisinns waren Crüger

die objektiv wirtschaftssozialistischen Tendenzen der Konsumgenossenschaftsbewegung ein Dorn im Auge. Er vermochte es nicht einzusehen, daß seine ausdrückliche Stellungnahme für die herrschende Wirtschaftsordnung auch nichts weniger als "neutral" war, und er konnte nicht erkennen, daß beide Richtungen die gesetzlich vorgeschriebene Neutralität durchaus wahrten, aus eigenem Interesse und nicht nur, um der Gesetzesvorschrift zu genügen.

Wenn auch Crügers Lebenswerk in erster Linie den Genossenschaften des städtischen Mittelstands galt, so hat er doch vieles geleistet, was allen Genossenschaftsarten zugute gekommen ist. Sein Wille zur Objektivität und seine Erfolge im Interesse des ganzen Genossenschaftswesens ehren ihn nicht minder als der gerechte Nachruf in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau vom 15. Januar 1927 den Zentralverband deutscher Konsumvereine ehrt, dessen scharfer Gegner Crüger lange Zeit gewesen ist.

Berufsstatistik Eine neue Statistik über die berufliche Zusammensetzung der Mitglieder der Kreditgenossenschaften des Deutschen Genossenschaftsverbands liefert überraschende Ergebnisse. Man war gewohnt, diese nach den Grundsätzen Schulze-Delitzschs aufgebauten Kreditgenossenschaften als Selbsthilfeorganisationen des Mittelstands, insbesondere der Handwerker, Kleingewerbetreibenden und Kleinhändler anzusehen. Aus den Veröffentlichungen des genannten Verbandes geht indessen hervor, daß diese Meinung schon für 1921 nicht mehr ganz zutraf. Damals bildeten selbständige Handwerker 20,4 %, selbständige Kaufleute und Fabrikanten 18,5 %, zusammen als cum grano salis städtischer Mittelstand nur 38,9 % aller Mitglieder. Rechnet man die 19,9 % der selbständigen Landwirte hinzu, so betrug der Anteil des selbständigen Mittelstands allerdings noch 58,8 %. Die übrigen 41,2 % setzten sich aus den Angehörigen freier Berufe, Staats- und Gemeindebeamten mit 17 %, aus Angestellten und Arbeitern mit 14,0 % und aus "anderen" mit 10,1 % zusammen. Die Statistik von 1925 zeigt einen sehr bemerkenswerten Wandel. Der Anteil der selbständigen Handwerker beträgt nur noch 19,1 %, der der selbständigen Kaufleute und Fabrikanten 15,5 %, der der selbständigen Landwirte 17,4 %. Die 3 Gruppen des selbständigen Mittelstands zusammen bilden somit heute mit 52 % nur noch wenig über die Hälfte der Mit-

glieder. Während 1921 die Gruppe der Handwerker immerhin relativ noch die stärkste war, ist sie seit 1925 von der Gruppe der Angehörigen freier Berufe, der Staats- und Gemeindearbeiter überflügelt worden; diese bilden jetzt 21,0 %. Die Angestellten und Arbeiter umfassen 17,7 %, "andere" 9,3 %.

Aus diesen statistischen Feststellungen zieht der Deutsche Genossenschaftsverband den Schluß, »daß die Kreditgenossenschaften keine Banken eines Sonderstandes sind, sondern allgemeine Volksbanken, deren Mitglieder sich aus allen Berufszweigen gleichzeitig zusammensetzen«. Rechnet man allerdings die Beamten und Freiberufler noch zum Mittelstand, so wäre der Anteil dieses Mittelstands im weitem Sinn 1921 immerhin 75,9 % und auch 1925 noch 73,0 %.

Die Entwicklung der Berufszugehörigkeit der Mitglieder des andern Flügels der deutschen Genossenschaftsbewegung, der Konsumgenossenschaften, kommt der geschilderten gleichsam von der andern Seite entgegen. Im großen und ganzen nimmt hier im Lauf der Jahre der Prozentsatz der Arbeitnehmer ab, dagegen der der Beamten und Freiberufler sowie der selbständigen Landwirte zu. Im Zentralverband deutscher Konsumvereine bildeten 1921 die Arbeitnehmer 67,67 %, die Beamten und Freiberufler 7,81 %, die selbständigen Landwirte 2,91 %; für 1925 lauten die entsprechenden Zahlen 66,48 %, 9,52 % und 3,40 %.

Diese Begegnung der Berufsstatistiken der Kredit- und der Konsumgenossenschaften ist ohne Zweifel bedeutungsvoll. Aber natürlich sind dieser Entwicklung Grenzen gesetzt. Rechnet man, wie oben geschehen ist, die Beamten und Freiberufler zum Mittelstand, so dürfte kein Zweifel darüber aufkommen, daß in den Kreditgenossenschaften der Mittelstand stets überwiegen wird. In den Konsumgenossenschaften dagegen wird die Gruppe der Arbeitnehmer stets am stärksten sein, wenn diese Genossenschaften auch noch einen großen Teil der Beamten und Freiberufler erfassen können.

Aus dieser Berufsstatistik ergibt sich ferner noch eine interessante Folgerung zu der in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 52) angeschnittenen Frage des Verhältnisses der Sparinstitute zu den verschiedenen Genossenschaftsarten. Wenn Freiberufler, Beamte, Angestellte und Arbeiter heute zusammen 38,7 % der Mitglieder der Kreditgenossenschaften des Deutschen Genossenschaftsverbands ausmachen, so sind das die selben Bevölkerungsgruppen, die in erster Linie

„konsumvereinsfähig“ sind und auch tatsächlich 76 % der Mitglieder der Konsumgenossenschaften des Zentralverbands darstellen. Beim Reichsverband deutscher Konsumvereine liegen die Verhältnisse nicht wesentlich anders, wenn man die Berufe so wie hier zusammenfaßt. Es dürften also weitere Kreise sowohl Mitglieder von Kreditgenossenschaften sein als auch gleichzeitig von Konsumgenossenschaften, die doch auch Sparinstitute sind. Auf diese Weise entsteht der Konflikt, welcher ihrer beiden Genossenschaften solche Genossenschafter ihre Spargelder zuführen sollen.

Hamburg: Produktion

Man darf die Hamburger Produktion, sowohl was ihr Wachstum als auch ganz besonders was ihren Betrieb anlangt, als eine der fortschrittlichsten Konsumgenossenschaften der Erde, vielleicht als die fortschrittlichste überhaupt, ansprechen. In keiner andern Weltstadt dürfte eine Konsumgenossenschaft eine gleich große Bedeutung für das Wirtschaftsleben haben wie die Produktion für Hamburg. Sie hat etwa zwei Fünftel der Bevölkerung erfaßt und wächst monatlich um 700 bis 1000 Mitglieder, das ist im Verhältnis wesentlich stärker als die Einwohnerschaft.

Aus der Publikation der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit dem Titel Die Konsumentenkommission Hamburg über das Jahr 1926 ersieht man, wie diese Kommission der Produktion bescheinigen muß, daß sie mit ihren Preisen durchschnittlich 9 bis 10 % billiger gewesen sei als der hamburgische Privatkleinhandel. Vor allem erkennt die Konsumentenkommission auch die vorzügliche Absatzorganisation der Produktion an. Im Gegensatz zum privaten Kleinhandel kann die Produktion die Forderung der Rationalisierung der Wirtschaft erfüllen. Mit ihren 73 Schlächterläden versorgt sie ein Sechstel der Bevölkerung. Für die übrigen fünf Sechstel sind dagegen 2500 Schlächterläden vorhanden; der Privathandel braucht also fast 7mal so viel Läden wie die Produktion zur Versorgung des gleichen Bruchteils der Einwohnerschaft.

Die neueste besonders wichtige Einrichtung der Produktion ist die Mitte Februar 1926 eingerichtete Wanderverteilungsstelle mittels eines zweckentsprechenden Kraftwagens, der wöchentlich einmal pünktlich zur gleichen Zeit und am selben Ort in verschiedenen Außenbezirken hält, in denen noch keine festen Verteilungsstellen eröffnet werden

konnten. Mit einem durchschnittlichen Monatsumsatz von 16- bis 17000 Mark erreicht diese fliegende Verteilungsstelle den normalen Umsatz einer festen. Die Rentabilität der neuen Einrichtung ist damit erwiesen. Darüber hinaus ist die Wanderverteilungsstelle ein ausgezeichnetes Werbemittel. Die Privathändler gingen erfolglos gegenüber der genossenschaftlichen Konkurrenz zeitweise um 10 bis 15 % mit den Preisen herunter. Besser konnte der Bevölkerung nicht vorgeführt werden, welche Bedeutung der genossenschaftliche Zusammenschluß der Konsumenten hat. Auf Grund der in 10½ Monaten gemachten Erfahrungen wird die Produktion noch 2 weitere Wanderverteilungsstellen einrichten.

Am 1. Dezember 1926 übernahm die Produktion den größten Teil der Einrichtungen (darunter 60 Läden) der ehemaligen Neuen Gesellschaft zur Verteilung von Lebensbedürfnissen von 1856. Es war dies eine der ältesten und einstmals bedeutendsten deutschen Konsumgenossenschaften. Im Jahr 1914 zählte sie immerhin noch 40 000 Mitglieder mit einem Jahresumsatz von 10,5 Millionen Mark. Es herrschte in ihr jedoch ein rückschrittlicher Geist. Vor allem fehlten ihr Mut und Verständnis für die konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion. Die 1899 gegründete Produktion hatte sie bald überflügelt. Im Jahr 1921 war die Neue Gesellschaft in den Besitz einer neugegründeten Privatgesellschaft übergegangen: für eine Genossenschaft ein unruhliches Ende. Nun hat die Produktion die Anlagen dieser ehemaligen und wegen ihrer 70jährigen Geschichte denkwürdigen Genossenschaft von einer holländischen Privatgesellschaft zurückerworben. Die Durchrationalisierung dieser Neuerwerbung wird ihr nicht geringe Mühe machen.

Landwirtschaftliche Genossenschaften

Zu Beginn des Jahres 1927 gab es in Deutschland 40 006 landwirtschaftliche Genossenschaften (gegen 40 138 des Vorjahres, also 132 weniger). Sie verteilten sich auf die einzelnen Genossenschaftszweige wie folgt: Zentralgenossenschaften 108 (+ 1), Spar- und Darlehnskassen 20 765 (— 90), Bezugs- und Absatzgenossenschaften 4666 (— 141), Molkeeigenossenschaften 3874 (+ 144), sonstige Genossenschaften 10 593 (— 46). Von jenen 40 006 landwirtschaftlichen Genossenschaften überhaupt gehörten dem Reichsverband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften 25 827 (64,6 %) an; in den einzelnen Zweigen in gleicher

Reihenfolge wie oben 80 von 108 (74,1%), 13 040 von 20 765 (62,8%), 4103 von 4666 (88,2%), 2809 von 3874 (72,5%), 5795 von 10 593 (54,7%). Nicht nur insgesamt sondern auch auf jedem Teilgebiet ist somit der Reichsverband zu der mächtigsten landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisation Deutschlands geworden. Demgegenüber darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß der Raiffeisenverband durch seinen bewußt gepflegten ethischen Einschlag seine besondere Bedeutung für die Produktivität des Genossenschaftswesens behält.

Kreditgenossen-Das Statistische Reichsamt **schaften** hat auf Veranlassung des

Deutschen Genossenschaftsverbands die Zweimonatsbilanzen 50 größerer Kreditgenossenschaften herausgegriffen und mit dem Jahr 1913 verglichen. Die ersten wesentlichen Ergebnisse dieser äußerst interessanten Statistik sind nun veröffentlicht worden. Der 31. Dezember 1924 wies mit nur etwa einem Viertel des Vorkriegsstands (103 Millionen Mark, gegen 414) den Tiefstand auf. Der Juni 1926 zeigt nahezu eine Verdoppelung auf 201 Millionen Mark. Seitdem bringt die Entwicklung vom letzten zum nächsten Bilanzstichtag eine durchschnittliche Steigerung um 5%. Das Eigenkapital der 50 Genossenschaften betrug am 31. Dezember 1913 98,5 Millionen Mark, am 31. Dezember 1924 nur 29,6, am 31. Dezember 1925 32,1, im Jahr 1926 am 30. Juni 40,6, am 31. August 43,9 und am 31. Oktober 47,8 Millionen. Die fremden Gelder einschließlich Verpflichtungen, Hypotheken und sonstigen Verbindlichkeiten erreichten zu den gleichen Terminen 315,9 Millionen Mark, 82,4, 132,9, 160,6, 168,2 und 174,2 Millionen.

Am meisten bemerkenswert ist die Feststellung, daß im Gegensatz zur Vorkriegszeit die mittleren und kleineren Kreditgenossenschaften stärker gewachsen sind als die großen. Dies wirkt sich sogar auf den Durchschnitt aller Genossenschaften des Verbands deutlich aus. Während sich, wie oben erwähnt, der Umsatz jener 50 größeren Kreditgenossenschaften seit 1924 von Stichtag zu Stichtag durchschnittlich um 5% vermehrte, steigerte sich der Umsatz aller dem Verband angeschlossenen Genossenschaften um 8 bis 9%.

Archiv Im 2. Band seines im Jahr 1925 veröffentlichten Werks über die Genossenschaftsbewegung vermißt der inzwischen ver-

storbene Wilhelm Kulemann besonders schwer ein Internationales Genossenschaftsarchiv. Er schlug vor, der Völkerbund möge eine solche Zentralstelle zur Sammlung allen genossenschaftlichen Materials einrichten. Bekanntlich wendet der Völkerbund dem Genossenschaftswesen bereits ein immer stärkeres Interesse zu. Die Genossenschaftsberichte des dem Völkerbund eingegliederten Internationalen Arbeitsamts erscheinen mit wachsender Häufigkeit und sind trotz manchen großenteils unvermeidlichen Unvollkommenheiten eine der besten Quellen für das Studium der Entwicklung der genossenschaftlichen Bewegung der Gegenwart. Indessen ist es dem Völkerbund unmöglich das Material der Vergangenheit auch nur mit annähernder Vollständigkeit nachträglich zusammenzubringen. Daher sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß es für Deutschland so etwas wie ein zentrales Genossenschaftsarchiv bereits gibt, nämlich bei der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse.

Bald nach ihrer Errichtung im Jahr 1895 begann die Preußenkasse ein systematisches Archiv anzulegen. Neben einer mehrere tausend Bände umfassenden Genossenschaftsbibliothek besteht das eigentliche Archiv, das über den vom Außenstehenden vermuteten Rahmen eines Anstaltsarchivs weit hinausgeht. Über fast alle einschlägigen Fragen auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens geben 700 Akten Auskunft. Sie enthalten eine Sammlung von Zeitungsausschnitten, Broschüren, gedruckten Berichten, Prospekten und handschriftlichen Hinweisen über alle Teilfragen der genossenschaftlichen Theorie und Praxis. Daneben besteht eine Sammlung von Mustersatzungen, Verbandsberichten und Senderdrucken, von Referaten von Genossenschaftstagen. Für den juristisch interessierten Genossenschaftler und den genossenschaftswissenschaftlich arbeitenden Juristen ist ferner die laufende Sammlung von Reichsgerichtsentscheidungen in Genossenschaftssachen, die dem Archiv der Preußenkasse jeweils so schnell wie möglich nebst Tatbestand und Gründen vom Reichsjustizministerium übermittelt werden, von Wert. Das Archiv wird durch den Literaturnachweis vervollständigt, der nach Namen der Autoren wie nach Titeln der Bücher und Aufsätze geordnet ist.

Es wäre noch festzustellen, ob das Archiv der Preußenkasse auch das Konsumgenossenschaftswesen mit gleicher Gründlichkeit wie die anderen Genossen-

schaftsarten bearbeitet. Bekanntlich steht ja die Preußenkasse hauptsächlich mit den Produzentengenossenschaften in Beziehung. Nur die uneingeschränkte Ausdehnung des Archivs auch auf die Konsumgenossenschaften erhöhe diese vorbildliche Materialsammelstelle wirklich von einem großen musterhaften Anstaltsarchiv zum Rang eines deutschen Genossenschaftsarchivs. Aber auch wenn diese letzte Vollendung noch fehlen sollte, ist das Archiv der Preußenkasse zweifellos von außerordentlichem Nutzen. Über die konsumgenossenschaftlichen Dinge gibt das Archiv des Zentralverbands deutscher Konsumvereine in Hamburg, das sogar seinerseits weit in das Gebiet der anderen Genossenschaftsarten hinübergreift, die beste Auskunft.

Informationsmittel Otto Neudörfer, der Professor für Genossenschaftswesen an einer Wiener

Hochschule und Anwalt des Allgemeinen Verbandes österreichischer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, läßt ein *Handbuch für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften* erscheinen (Wien, Carl Gerolds Sohn), das vor allem für den Genossenschaftspraktiker bestimmt ist. Es behandelt alle Gebiete des genossenschaftlichen Lebens. Es erläutert zuerst das Genossenschaftsrecht, dann das Verhältnis zwischen genossenschaftlicher Praxis und wichtigen Bestimmungen des Privatrechts. Es folgen Darstellungen des Steuerwesens, der Gebührenvorschriften; endlich bringt es einen monatlichen Kalender und Steuerkalender und Material über den Verkehr mit den Behörden. Ein statistischer Anhang über den Stand der Wirtschaftsgenossenschaftswesens. Geht die Schrift auch von den Bedürfnissen und Erfahrungen des österreichischen Genossenschaftswesens aus, so wird sie doch auch der deutsche Genossenschafter nicht ohne Nutzen lesen.

Kurze Chronik Die *Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine* vermehrte ihren Umsatz im Jahr 1926 gegenüber dem Vorjahr von 228 169 471 auf 294 173 941 Mark um 28,9%. Die Eigenproduktion stieg noch etwas stärker, nämlich um 29,3% von 35 339 389 auf 45 675 779 Mark. Im Gegensatz zur allgemeinen Erwerbslosigkeit vermehrte die Großeinkaufsgesellschaft ihr Personal um 8,4% von 4327 auf 4689. Im Jahr 1913 beschäftigte sie 2019 Arbeitnehmer. Die Steigerung auf 4 689 im Jahr 1926 bedeutet

einen Zuwachs um 132,2%. Das ist, auch unter Berücksichtigung der Verkürzung der Arbeitszeit, ein gewaltiger Fortschritt, trotz Krieg, Inflation und Stabilisierungskrise. ◊ Die Bauerngenossenschaft *Xanten* und Umgebung schließt das Geschäftsjahr mit einem Verlust von 28 000 Mark. Dieser Mißerfolg soll hauptsächlich durch Diebstahl von rund 1700 Zentner Ware aus den Beständen der Genossenschaft, angeblich durch einen von der Genossenschaft beschäftigten Müller, verursacht sein. ◊ Durch leichtfertige Geschäftsführung ist die landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft in *Rheurdt* und damit gleichsam das ganze Dorf in Konkurs geraten. Infolge der unbeschränkten Haftung droht dem größten Teil der bäuerlichen Einwohnerschaft der Verlust des ganzen Vermögens. Die Massenpfändungen bei den Bauern haben starke Erregung hervorgerufen und sind vorläufig wiederingestellt worden. Eine gütliche Verständigung mit den Gläubigern wird angestrebt. ◊ Das Land mit der größten Anzahl landwirtschaftlicher Genossenschaften ist *Indien*. Es gab deren dort in den Jahren 1920 bis 1922 insgesamt 42 148, davon 28 487 Kreditgenossenschaften; in Deutschland zur selben Zeit 36 225 beziehungsweise 19 259.

Frauenbewegung / Meta Corsen

Berufsarbeit Man hat in der bürgerlichen Frauenbewegung das Problem der weiblichen Berufsarbeit, das heißt die innere Problematik im Verhältnis der Frau zu ihrem Beruf, bisher meist nur in den sogenannten höheren Berufen/gewesen die mechanische Berufsarbeit galt im allgemeinen als ein Übel schlechthin, das nur ertragen und möglichst verringert werden müsse. Und doch handelt es sich gerade bei der großen Mehrheit der arbeitenden Frauen um die Lösung dieser Schwierigkeit, um die Frage, ob und wie die Frau zu dieser Art Tätigkeit in innere Beziehung treten könne. Denn die Entwicklung, in der sich die Industrie heute befindet, die fortschreitende Arbeitszerlegung wird immer mehr Frauenkräfte für die rein mechanische Arbeit fordern. In der katholischen Zeitschrift *Die christliche Frau* wurde 1926 versucht an diese Frage heranzukommen. Helene Weber untersuchte in ihrem Aufsatz *Vom Geist berufstätiger Arbeit das innere Verhältnis der Frau zum Beruf*, insbesondere zur mechanischen Berufsarbeit. Auch sie stellte, wie Idamarie Sollmann

in ihren Bemerkungen zum Tagebuch einer Fürsorgerin, als Ziel eine möglichst weitgehende Befreiung der Frau von mechanischer Arbeit hin. Aber beide erkennen und betonen doch die Notwendigkeit diese Arbeit mit innerm Leben zu erfüllen. Solltmann wendet sich besonders dagegen, daß man den Beruf von dem »eigentlichen Leben« trenne, sie führt aus, an Erfahrungen und Beobachtungen anknüpfend, wie auch aus zunächst nur mechanisch angeschauter Tätigkeit eine lebendige Verbundenheit mit dem Betrieb erwächst, dem man sich zugehörig fühlt, in dem man die Wichtigkeit des eigenen Tuns für das Ganze erkennt. Beide finden die Möglichkeit eines tragenden innern Verhältnisses zur Arbeit im Religiösen, in einer Auffassung, die die Arbeit als Dienst für Gott ansieht und ihr deshalb Gewissenhaftigkeit und Treue bis ins kleinste widmet, in einem religiösen Gefühl, das den Geist der Gemeinschaft, das gegenseitige Tragenhelfen erzeugt.

Von einer andern Seite wird das Problem von Erich Grünert angefaßt, der in der Frau vom Mai 1926 die berufliche Schulung der jugendlichen Industriearbeiterinnen durch die Mädchenberufsschule behandelt. Anknüpfend an die Resolution der Mädchenberufsschulung fordert er, daß in der Schule der Beruf in den Mittelpunkt des Unterrichts gestellt wird, damit einerseits das Bedürfnis der Industrie nach Qualitätsarbeit befriedigt werden kann, andererseits aber auch der jungen Arbeiterin ihre eigene Teilarbeit in ihren Zusammenhängen mit dem Gesamtarbeitsprozeß klar wird, so daß sie in ein inneres Verhältnis zu ihr gelangt. (Diese Gedanken berühren sich mit den, was in den Sozialistischen Monatsheften 1924 Seite 325 und folgende, in dem Artikel Gedanken über ein neues Bildungsideal, ausgeführt wurde.) Es muß beides zusammenkommen, damit beseelte Arbeit entsteht; die positive Grundeinstellung zur Arbeit und eine geistige Schulung, die den Überblick ermöglicht, aber mit beidem wird auch eine Umwandlung der Arbeitsverhältnisse kommen müssen, in der der einzelne nicht mehr Objekt der Wirtschaftsvorgänge sondern bewußter Träger der Produktion ist.

Für die Frage, wie groß die tatsächlichen Möglichkeiten einer innerlich erfüllten Frauenberufsarbeit sind, sind Aufzeichnungen berufstätiger Mädchen und Frauen, die Else Sander in ihrem 3bändigen Werk Lebenskunde, ein Handbuch für den erziehenden Unterricht in

Berufsschulen für Mädchen /Leipzig, Julius Klinkhardt/ teils verarbeitet teils im Anhang angefügt hat, sehr aufschlußreich. Es sind Äußerungen von Kontoristinnen, Stenotypistinnen, Verkäuferinnen, Schneiderinnen, Putzmacherinnen und Fabrikarbeiterinnen; sie gehen hauptsächlich auf die Gründe der Berufswahl und das Verhältnis zum Beruf. Nur die Berichte einiger ganz junger ungelerner Arbeiterinnen, die noch ganz kindlich wirken, lassen ein vollständiges Fehlen der innern Beziehung zur Arbeit erkennen, bei allen anderen zeigt sich eine ausgesprochene, manchmal förmlich leidenschaftlich geäußerte Liebe zum Beruf. Oft sind die Motive der Berufswahl sehr unklar und unsachlich und die Wirklichkeit des Berufs zuerst enttäuschend, trotzdem stellt sich nach der Eingewöhnung dann oft ein dauerndes Verhältnis her. Gelegentlich wird Abscheu gegen die maschinenmäßige, "geisttötende" Arbeit geäußert, aber überwiegend ist im ganzen das Interesse an der Arbeit. Sehr oft wird Befriedigung über gelungene Leistung, Freude über Anerkennung fleißiger und gewissenhafter Arbeit, Stolz über Fortschritte ausgedrückt. Anfeuernd wirkt immer die Möglichkeit des Aufstiegs, gesucht wird möglichst vielseitige Ausbildung. 2mal wird ausgesprochen, daß der Überblick über das Ganze die Arbeit interessant mache. Eine 17jährige Putzmacherin wünscht, daß in der Fortbildungsschule die Kenntnisse in Kunst- und Literaturgeschichte etwas aufgefrischt würden, denn »obwohl unser Beruf ein künstlerischer ist, haben doch die meisten Mädels keine Ahnung von Kunst«, 2 Spinnerinnen beschreiben eingehend und interessiert die Arbeit an ihrer Maschine: »Meine Maschine ist mir so lieb wie unsere Stube zu Hause.« Und eine Schokoladenarbeiterin schreibt: »Mit besonderer Freude und Lust tritt man am Montag die Arbeit wieder an.« Obwohl diese Aufzeichnungen einer Aufforderung der Fortbildungsschule ihre Entstehung verdanken, wirken sie doch größtenteils durchaus echt, und wenn sie auch nicht alle als typisch für die Masse der arbeitenden Mädchen gelten können, zeigen sie doch sehr deutlich, wie stark die psychischen Möglichkeiten für die innerlich lebendige Berufsarbeit der Frau sind. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt, ebenfalls auf Grund einer großen Anzahl Aufzeichnungen von Berufsschülerinnen, Erna Barschak in einem Aufsatz Die weibliche werktätige Jugend und ihr Beruf, in der Frau vom Oktober 1926.

Eine gründliche und nicht einseitig nur auf den nächsten Zweck gerichtete Ausbildung ist freilich die Voraussetzung dafür. Der Bund deutscher Frauenvereine richtete eine Eingabe an das Reichsministerium des Innern und den Reichstag, die um Beschleunigung der Durchführung des Artikels 128 der Verfassung durch Schaffung eines Reichsberufsschulgesetzes bittet; in Preußen seien kaum 10% der Mädchen eingeschult. Mangel ist auch, wie Käthe Gaebel im Juni 1926 in der Frau hervorhob, an weiblichen Lehrstellen. Einer der Gründe dafür ist der, daß die Mädchen, wie sich aus der Berufsberatungsstatistik 1923-1924 ergibt, größtenteils in bestimmte Berufe drängen; in den Beruf der kaufmännischen Angestellten, in das Bekleidungs-gewerbe, in die häuslichen Dienste; es müsse erstrebt werden sie auch anderen Gewerben zuzuführen, wie Uhrmacherei, Goldarbeiten, Emaillieren, Polieren.

Ein besonderes Problem bleibt immer die Vereinigung der Erwerbsarbeit mit Ehe und Mutterschaft. Dem 2. Band des oben genannten Sanderschen Werkes sind Aufzeichnungen verheirateter Frauen, die vor und während ihrer Ehe berufstätig waren, angefügt. Auch sie zeigen fast durchweg eine stark bejahende Stellung zum Beruf; allerdings sind es weniger Äußerungen von Arbeiterinnen als von Frauen, die im Geschäftsleben tätig sind. Immer wieder wird gesagt: Jedes Mädchen muß einen Beruf ergreifen, immer wird der Wert der Berufsarbeit für die Stärkung der Charakters, die Schulung und Disziplinierung der geistigen Kräfte betont. Der Gedanke der Vereinfachung der Hauswirtschaft, der gemeinsamen Kinderstube in der Hausgenossenschaft wird berührt; man möchte jedenfalls nicht auf den Beruf verzichten.

Aber die Tatsache der Doppelbelastung der Frau durch Beruf und Hausfrauen- und Mutterpflichten bleibt bestehen. Soll die Frauenarbeit sich nicht zum Schaden der Frauen und Kinder, vor allem der proletarischen, auswirken, so müssen die Arbeitsbedingungen der körperlichen Konstitution der Frau angepaßt werden. (Allerdings lehnt ein Teil der Frauenbewegung, wie sich auf dem letzten Stimmrechtskongreß zeigte, nach einem schematischen Gleichheitsprinzip diese Forderung ab (siehe diese Rundschau 1926 Seite 485 und folgende).) Einen Schritt auf diesem Weg bedeutet die Denkschrift des Textilarbeiterverbandes, die am 1. April 1925 an die Regierungen und Parlamente gerichtet wurde und erhöhte Schutzbestimmungen für schwangere Arbeiterinnen forderte

(siehe die Rundschau Sozialpolitik, 1925 Seite 633). Augenblicklich werden die sehr viel weniger weit gehenden Schutzbestimmungen für Schwangere sehr oft nicht oder nur mangelhaft durchgeführt, weil die Frauen den Verdienst nicht entbehren können. Am 22. Juni 1925 gab der preußische Handelsminister einen Erlaß an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin heraus, der eine Reihe von Forderungen der Denkschrift aufnimmt und den Gewerbeaufsichtsbeamten empfiehlt auf die Schaffung fürsorglicher Einrichtungen hinzuwirken. Der Landtag verhandelte über die Denkschrift, und der Wohlfahrtsminister erklärte, daß die Anstellung von Ärztinnen in der Gewerbeaufsicht zu große Kosten verursachen würde. Doch ist vor kurzer Zeit in Sachsen die erste Gewerbeärztin angestellt worden (siehe die Rundschau Sozialpolitik, 1926 Seite 401). Auch der Bevölkerungsausschuß beschäftigte sich mit der Frage; das Ergebnis war, daß man einem Antrag zustimmte, der im allgemeinen Schutz und Fürsorge für Schwangere durch die Reichsversicherungsordnung wünscht. In Braunschweig wurde ein Antrag angenommen, der fordert, daß die Erwerbsarbeit 4 Wochen vor der Entbindung verboten wird, die Schwangerschaftsbeschwerden als Krankheiten anerkannt werden und durch eine Wöchnerinnenfürsorge der Lohnausfall gedeckt wird. Die Deutsche Wollmanufaktur in Grünberg beurlaubt Schwangere 4 Wochen vor der Entbindung unter Fortzahlung des Lohns, bei Verzögerung der Geburt wird 2 weitere Wochen der halbe Lohn gezahlt; einen kleinen Teil der Kosten hierfür trägt die Arbeiterschaft; außerdem ist in dem Werk ein Kinderheim mit Krippe und Kindergarten eingerichtet worden.

Der 12. Gewerkschaftskongreß, der im September 1925 in Breslau stattfand, beschäftigte sich auch mit der Frauenarbeit. Der Berliner Metallarbeiterverband forderte für jugendliche Arbeiterinnen ein Verbot der Arbeit an Maschinen, für die ihre Kräfte nicht ausreichen. In der landwirtschaftlichen Arbeit ist für den Schutz der Frau, auch der Schwangeren, durch die Landarbeitsordnung kaum gesorgt. Der Verband der Landarbeiter setzte sich für verstärkten Schutz der Frauen ein. In der Landwirtschaft liegen auch die Lohnverhältnisse für die Frauen sehr ungünstig; nach dem Landarbeitertarif betragen die Löhne der Frauen oft weniger als die Hälfte der männlichen Löhne, manchmal etwas mehr, zuweilen zwei Drittel.

Vor allem ist es notwendig, daß die Frauen selbst die Gestaltung ihrer Arbeit tätig mitbeeinflussen. Es wird immer wieder berichtet, daß sie selbst nicht für die Durchführung schützender Bestimmungen sorgen, daß sie sich im allgemeinen an der Arbeit der Betriebsräte wenig beteiligen. Dies gilt am meisten für ein Arbeitsgebiet, in dem die Frau vielfach überwiegt, das sie teilweise sogar ganz beherrscht, für die Heimarbeit. Die Heimarbeitsausstellung, die vom 20. April bis zum 15. Mai 1925 in Berlin veranstaltet wurde, zeigte, daß da, wo die Heimarbeiter organisiert sind, verhältnismäßig günstige Bedingungen geschaffen werden konnten; das ist der Fall überall da, wo neben der Heimarbeit noch Fabrikarbeit besteht, und überall da, wo sie nicht ausschließlich Frauenarbeit ist. Vor allem in der Spielwarenindustrie in Thüringen und im Erzgebirge herrscht großes Elend, auch in der Textilindustrie wird die Arbeit teilweise sehr schlecht bezahlt. Der Gewerkschaftskongress forderte in einer Resolution zur Heimarbeit auf für den Gedanken der Solidarität zu wirken, vor allem in der eigenen Familie, da oft Frauen organisierter Arbeiter für niedrigere Löhne unorganisiert arbeiten. In Sachsen und in Preußen sind die Wohlfahrtsämter angewiesen worden mit den Gewerbeaufsichtsamtern zusammenzuarbeiten, um die Löhne der Heimarbeiter zu verbessern. Die Fachausschüsse für Heimarbeit, die die Arbeitsbedingungen regulieren sollen, sind immer noch nicht in genügender Anzahl vorhanden. Es sind im ganzen 41, 21 in der Konfektion und 12 in der Textilindustrie, die sich über ganz Deutschland erstrecken, in den anderen Industrien sind sie vereinzelt. Sie reichen nicht aus, um für alle angemessene Löhne durchzusetzen.

Eheliche und außereheliche Verbindung

Im Oktober 1925 wurde in Deutschland der Entwurf eines Gesetzes über die unehelichen Kinder und die Annahme an Kindesstatt veröffentlicht. Er versucht die Forderung des Artikels 121 der Verfassung, der den unehelichen Kindern die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung schaffen will wie den ehelichen, ihrer Verwirklichung näher zu bringen. Grundsätzlich wird in dem Verhältnis des Vaters zu seinem unehelichen Kind, dem das geltende Recht die Verwandtschaft mit seinem Vater abspricht, Wandel geschaffen. Die Vaterschaft kann anerkannt oder vom Vormundschaftsgericht festgestellt werden, das Kind auf

Antrag den Namen des Vaters erhalten. Dem Vater kann, ebenso wie der Mutter, die elterliche Gewalt übertragen werden, die bisher nur der Vormund ausübte, der Vater kann zu persönlichem Verkehr mit dem Kind ermächtigt, ihm kann neben der Mutter die Sorge für das Kind übertragen werden. Die Unterhaltsansprüche des Kindes werden erweitert, sie gelten auch gegenüber den Erben, und, bei Zustimmung der Eltern, den Eltern des Vaters. Der Unterhaltsanspruch wird nicht mehr ausschließlich nach der Lebensstellung der Mutter bemessen, sondern es sollen auch die Verhältnisse des Vaters zugunsten des Kindes in Betracht gezogen werden. Das »Maß des Unterhalts« bestimmt sich freilich nach der »Lebensstellung der Mutter«. Die Unterhaltszahlung kann verlängert werden, wenn das Kind mit 16 Jahren seine Berufsvorbildung noch nicht abgeschlossen hat, in Fällen von Erkrankung kann ein besonderer Beitrag zu der Rente gefordert werden. Beim Tod des Vaters kann das Kind mit dem Pflichtteil eines ehelichen Kindes abgefunden werden, doch nicht gegen seinen Willen; es kann die Auszahlung verlangen, wenn der Vater nicht von seiner Frau oder seinen ehelichen Kindern beerbt wird. Auch gegenüber der Mutter werden die Verpflichtungen des Vaters erweitert. Der Gesetzesentwurf ist von der Tendenz bestimmt, das Verhältnis des unehelichen Kindes und seiner Mutter zu dem Vater fester zu gestalten, einer Tendenz, die dem langsamen Wandel der gesellschaftlichen Anschauungen parallel geht. Eine Lösung starrer Konventionen bereitet sich vor. Neben der Ehe sollen freie Verbindungen gewisse Formen und damit Halt und Würde erhalten. Wichtig ist vor allem noch die Bestimmung, die die *exceptio plurium* beseitigt.

In Frankreich ist der Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der unehelichen Mutter angekündigt worden.

In England haben in Streitfällen die Eltern gleiche Rechte über ihre Kinder.

Ein Mütterpensionsgesetz ist in Norwegen für Oslo erlassen worden. Jede Mutter, die eine bestimmte Zeit in Oslo ansässig ist und ohne männlichen Versorger lebt, erhält eine jährliche Rente; sie steigert sich mit der Kinderzahl. Witwen, geschiedene oder verlassene Frauen und unverheiratete Mütter werden von der Versorgung erfaßt.

In Island besteht ein Gesetz, das Personen, die an Tuberkulose, Epilepsie oder venerischen Krankheiten leiden, die Eheschließung untersagt. In der Ehe steht

beiden Teilen die elterliche Gewalt über die Kinder zu. Uneheliche Kinder haben das Recht den Namen des Vaters zu führen und genießen gleiches Erbrecht wie die ehelichen Kinder.

Das neue Gesetzbuch für die *Türkei* schafft die Polygamie ab und gesteht der Frau in Ehescheidungssachen die gleichen Rechte zu wie dem Mann. Jeder Ehe geht ärztliche Untersuchung voran.

Gewerkschaftliche Organisation Das Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes gibt auch eine Übersicht über den Anteil der Frauen an der Gewerkschaftsbewegung. Die weitaus höchste Zahl zeigt Deutschland; zu 763 405 Mitgliedern der Gewerkschaften kommen noch 108 034 Mitglieder der Angestelltenverbände. An 2. Stelle steht England mit 294 760, an 3. Österreich mit 190 984. Die Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder aus den 14 Ländern, die die Angaben ihrer Mitglieder nach Geschlechtern getrennt haben, beträgt 1 619 669, in den anderen Ländern sind schätzungsweise mindestens 100 000 Frauen organisiert, so daß über 1 700 000 Frauen der gewerkschaftlichen Internationale angehören. Der 1., im Jahr 1903 veröffentlichte Bericht verzeichnete 73 903 weibliche Mitglieder. Die Anzahl der weiblichen Mitglieder der freien Gewerkschaften Deutschlands betrug im Jahresdurchschnitt 1925 751 585, rund 18 % der Organisierten, am Ende des Jahres 1924 763 405 oder 19,2 %. Über den Anteil der Frauen an den amerikanischen Gewerkschaften, der im allgemeinen gering ist, berichtet das Organ des Internationalen Arbeitsamts, die Internationale Rundschau der Arbeit. Der Bekleidungsarbeiterverband zählt dort unter 140 000 Mitgliedern 57 000 Frauen, der Verband der Zigarrenarbeiter 7000 unter 40 000, der Verband der Tapezierer 2000 unter 8000, der Hut- und Mützenmacherverband 2000 unter 7000, der Buchdruckerverband 6000, der Verband der Wäsche-
reiarbeiter 4000, der Eisenbahnerverband 16 000, der Postangestelltenverband 4000.

Totenliste Durch den Tod *Marie Musaeus-Higgins'* am 11. Juli 1926 erlitt die deutsche Kolonie Ceylons einen schweren Verlust. Marie Musaeus stammte aus Wismar in Mecklenburg und war eine Enkelin des Märchendichters; sie heiratete späterhin einen Amerikaner, wurde früh Witwe. Sie trat zum Buddhismus über und gründete auf Ceylon eine buddhistische Höhere Mädchenschule, der sich später ein Leh-

rerinnenseminar, ein Kindergarten, eine Werkschule und einige Volksschulen angliederten. Zahlreiche ihrer Schülerinnen sind heute Lehrerinnen, Ärztinnen oder in anderen Berufen tätig. Sie hieß die Weiße Mutter Ceylons, und ihr Heim war der Treffpunkt der Deutschen, Buddhisten, Theosophen und der singhalesischen Intelligenz. Am 17. Juli wurde sie nach buddhistischem Ritus verbrannt.

Im Alter von 58 Jahren starb am 18. September *Anna Gerhardt* in Altenburg. Sie leitete seit 4 Jahren den Verband deutscher Hausfrauenvereine, der ihrer hingebenden Arbeit viel verdankt.

Am 27. Dezember starb in Düsseldorf, im Alter von 56 Jahren, *Clara Schloßmann*, die sich innerhalb der Bewegung vor allem der Fürsorge für Mutter und Kind gewidmet hat. Besonderes Interesse wandte sie der Sozialversicherung zu, die sie auch als Dozentin an der Niederrheinischen Frauenakademie für Versicherungswesen behandelte. Sie war an der Gründung des Deutschen Verbands für Hauspflege beteiligt und wurde später dessen Vorsitzende. 2 Jahre gehörte sie der Stadtverordnetenversammlung in Düsseldorf als Mitglied der Demokratischen Partei an.

In Berlin starb am 12. Februar 1927 *Agnes Karll*, in ihrem 59. Lebensjahr. Sie hatte im Jahr 1903 die Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands gegründet und leitete sie bis zu ihrem Tod. Ihre großen organisatorischen Fähigkeiten waren auch im Ausland bekannt und anerkannt; jahrelang war sie die Präsidentin des International Council of Nurses.

Im Alter von 74 Jahren starb am 14. Februar in Sasbachwalden *Febronie Rommel*. Sie gehörte zu den Begründerinnen des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins und setzte sich vor allem mit großer Energie für den Einfluß der Frauen in der Volksschule ein.

Kurze Chronik Im Dezember 1926 fand in Brüssel eine Internationale Sozialistische Frauenkonferenz statt, auf der die Gründung eines Frauenbeirats bei der *Sozialistischen Internationale* beschlossen wurde. Jede Nation soll in dem Beirat durch mindestens 1 Delegierte vertreten sein; er wählt sich selbst einen Vorstand von 5 Mitgliedern. Seine Aufgabe ist: die Fraueninteressen bei der Internationale zur Geltung zu bringen und die internationalen Frauenkonferenzen vorzubereiten. ◊ In Deutschland wurde am 26. Januar 1927 das Gesetz zur Bekämpfung

der Geschlechtskrankheiten beschlossen, das grundsätzlich die Reglementierung der Prostitution aufhebt und eine Behandlungspflicht für beide Geschlechter einführt. \diamond In *Frankreich* wenden sich viele Frauen dem juristischen Beruf zu: in Paris gibt es 116 Rechtsanwälte, im Jahr 1926 studierten 878 Frauen Rechtswissenschaft. Der Anteil der Studentinnen an den Auszeichnungen ist verhältnismäßig 3mal so groß wie der der Studenten. \diamond In *Finnland* ist das Pensionsgesetz für Staatsbeamte nach dem Grundsatz vollständiger Gleichheit von Mann und Frau reformiert worden; nicht nur die Witwe eines Beamten sondern auch der Witwer einer Beamtin erhält eine Pension. Unterstaatssekretär im Ministerium für soziale Angelegenheiten wurde Mina Silaanpa, die vorher in der Arbeiterbewegung an führender Stelle tätig war. \diamond In Konstantinopel ließ sich Safie Ali als erste Ärztin der *Türkei* nieder. \diamond In den *Vereinigten Staaten* amtiert Alma White als erster weiblicher Bischof. \diamond Die Zulassung der Frauen zum Pilotenexamen und Pilotendienst in der *Luftfahrt* wurde von der Internationalen Luftschiffahrtskonferenz unter der Bedingung beschlossen, daß die physischen und psychischen Anforderungen, die bisher nur für Männer aufgestellt waren, revidiert werden. \diamond Einen Doppelpreis für *Architektur* erhielt die englische Studentin Doris Lewis bei einem Preisausschreiben des Britischen Instituts der Architekten für den Entwurf einer Siedelung. \diamond Im November 1926 wurde *Emily Howland*, nachdem sie kurz vorher von der Universität New York zum Ehrendoktor ernannt worden war, 100 Jahre alt. Sie nahm sich zu einer Zeit, als es noch nahezu gefährlich war, der Bildung der Neger an, kämpfte für das Frauenstimmrecht und wirkte nach dem Krieg für Völkerverständigung. \diamond Am 5. Februar 1927 wurde *Elsbeth Krukenberg* 60 Jahre alt. Sie gründete und leitete den Rheinisch-Westfälischen Frauenverband und wirkte durch Vorträge und schriftstellerische Arbeiten vor allem auf dem Gebiet der Erziehungsreform und der Bekämpfung des Alkoholismus. \diamond Am 14. März wurde *Ishbel Aberdeen and Temair*, die Vorsitzende des Internationalen Frauenbunds, 70 Jahre alt. Seit fast 30 Jahren steht sie an der Spitze des Bundes, an dessen äußerem Wachstum und innerer Festigung ihre Persönlichkeit, der von den Frauen aller Länder große Achtung und Herzlichkeit entgegengebracht wird, und ihre Arbeit bedeutenden Anteil haben.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Juda Leman

Helium aus Wasserstoff In dieser Rundschau (1926 Seite 861 und folgende) ist berichtet worden, daß *Fritz*

Paneth und *Kurt Peters* bei Behandlung von Palladiumpräparaten mit Wasserstoff Spuren von Helium fanden, und daß die Autoren ihren Befund dahin deuteten, daß sich Wasserstoff durch eine Art katalytische Wirkung des Palladiums in Helium umwandelt. Die Autoren diskutierten die sonstigen Möglichkeiten, die das Auftreten des Heliums verursachen könnten und kamen zu dem Schluß, daß diese Quellen keinesfalls die von ihnen gefundenen Erträge (10⁻⁴ bis 10⁻⁵ Kubikzentimeter) aufweisen. In einer neuen Mitteilung geben sie jetzt aber zu, daß sie 2 Fehlerquellen unterschätzt hatten, die wie sie durch neue Versuche feststellten, ausreichten, um das Auftreten jener Menge Helium zu erklären.

Die größten Mengen Helium erhielten sie in ihrer ersten Arbeit, wenn sie den Wasserstoff mit einem Palladiumasbest behandelten. Auf diese Versuche legten sie besonderen Wert. Nun enthält Asbest Spuren (10⁻⁴ Kubikzentimeter pro Gramm) von Helium; deswegen wurden die Präparate in der vorigen Arbeit hoch geblüht. Die Autoren nahmen nun an, daß der Asbest bei schwächerem Glühen kein Helium mehr abgeben würde. Als sie jetzt aber Versuche mit ungeglühtem Asbest machten, beobachteten sie, daß der Asbest seinen Heliumgehalt in einer Wasserstoffatmosphäre viel leichter abgibt als in Sauerstoff. Die Beobachtungen der Autoren, daß die Palladium-Asbest-Präparate Helium abgaben, finden dann aber die einfachere Erklärung in dem Umstand, daß sich Asbest während des Versuchs in der vom Palladium abgegebenen Wasserstoffatmosphäre befand und so leicht seinen Heliumgehalt abgeben konnte. Das Helium brauchte also nicht im Palladium erzeugt sondern konnte vom Asbest herausdiffundiert worden sein. Nach dieser Feststellung können *Paneth* und *Peters* aber ihre Ansicht von der Umwandlung des Wasserstoffs in Helium nur noch auf die Befunde stützen, bei denen sie mit asbestfreien Palladiumpräparaten gearbeitet haben. Diese Versuche waren weniger ergiebig, und auch bei ihnen wurde eine Fehlerquelle zu niedrig eingeschätzt: die Diffusion des Heliums durch Glas. In der ersten Arbeit meinten *Paneth* und *Peters*, daß ein Fehler nur da

durch hätte entstehen können, daß das Glasröhrchen, in dem sich das Präparat befunden hatte, Helium abgeben konnte, das es vorher von der Luft aufgenommen hatte. Diese Mengen waren unter der Grenze der Meßempfindlichkeit. Nun wurde aber während der meisten Versuche die ganze Glasapparatur geglüht. Die Apparatur gibt dann, wie die Autoren jetzt feststellen konnten, wohl Mengen von Helium ab, die zwischen 10^{-9} und 10^{-8} Kubikzentimeter liegen. Dieses abgegebene Helium kann dann durch das Präparatglasröhrchen hindurchdiffundiert und zur Analyse gelangt sein. Daß kein Neon dabei auftrat, ist dem Umstand zuzuschreiben, daß Glas von einem Helium-Neon-Gemisch mehr Helium als Neon löst und bei spätem Erhitzen praktisch nur Helium abgibt.

Zusammenfassend meinen die Autoren: »Da aber die Mehrzahl unserer Versuche sich auf "natürliche" Weise hat erklären lassen, halten wir es für wahrscheinlich, daß es auch bei den noch ausstehenden Versuchen gelingen wird, und wollen wir daher unsere Ansicht dahin aussprechen, daß, wenn überhaupt die Verwandlung von Wasserstoff in Helium erfolgt ist, die gebildete Menge bei den Versuchen mit Palladium 10^{-8} Kubikzentimeter noch nicht erreicht hat; und in der Größenordnung von 10^{-9} Kubikzentimeter ist die Apparatur wegen des im Glase gelösten neonfreien Heliums nicht mehr zulässig.« Paneth und Peters wollen noch versuchen, ob sie nicht durch Vermeidung von Erhitzen saubere Effekte der Größenordnung von 10^{-9} Kubikzentimeter werden nachweisen können.

Die jetzige Mitteilung berechtigt zu dem Schluß, daß die in der ersten Arbeit von den Autoren ausgesprochene Meinung, es sei ihnen gelungen Helium aus Wasserstoff zu erzeugen, zumindest als verfrüht anzusehen ist.

Mikroprozesse Bei den Versuchen die Quantenschwierigkeiten zu beheben handelt es sich, wie berichtet (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 58 und folgende), um 2 Methoden, die, obwohl mathematisch äquivalent, doch grundverschieden interpretiert werden können. Die Heisenbergsche Quantenmechanik geht davon aus, daß in der Natur gewisse diskrete Zustände der Mikrosysteme gegeben sind, und sucht rein tabellarisch die Beziehungen zwischen den Koordinaten der stationären Zustände auf. Wo-

bei sie in der Regel nur statistische Angaben über die Beziehungen machen kann; über den Mechanismus der Übergänge, darüber, was in der Zwischenzeit geschieht, sagt die Theorie genau so wenig aus wie etwa über die Frage, wo sich ein Elektron zur bestimmten Zeit befindet. Anders die Schrödingersche undulatorische Mechanik, die das Geschehen kontinuierlich beschreiben zu können glaubt. Allerdings beschreibt diese Theorie die Vorgänge nicht in unserm gewöhnlichen 3dimensionalen Raum sondern nur im Konfigurationsraum; also bei einem Problem von n Korpuskeln im 3dimensionalen Raum. Die Grundverschiedenheit beider Interpretationen kommt am deutlichsten zum Ausdruck, wenn man die Frage beantwortet haben will: Inwiefern gilt das Kausalitätsprinzip in der modernen Physik? Oder etwas weniger zugespitzt: Ist die moderne Physik in der Lage jedes Geschehen, also auch das mikrokosmische, im voraus genau zu determinieren? Diese Frage wird von Pasqual Jordan in seiner Göttinger Habilitationsvorlesung und von Max Born im Rungeheft der Naturwissenschaften diskutiert. Die klassische Feldphysik verknüpft das Geschehen kausal. Das bedeutet: Man kann physikalische Zustände gegebenenfalls genau voraussagen. Um einen Zustand im Innern eines Raums für ein bestimmtes Zeitintervall genau angeben zu können, genügt die Kenntnis des Anfangszustands im Innern und der Randbedingungen während der betreffenden Zeit. Wenn also, um das Beispiel Jordans zu gebrauchen, der physikalische Zustand im Innern eines Kastens um 11 Uhr genau ausgemessen ist, und sein Zustand auf der Oberfläche von 11 bis 12 Uhr genau kontrolliert wird, sind dadurch die Vorgänge im Innern während dieser Zeit eindeutig bestimmt. Nach der kontinuierlichen Feldphysik ist eben jeder Zustand im Innern des Kastens eindeutig durch die vorhergehenden determiniert, und ein neuer Zustand kann nur durch die Wände des Kastens nach innen gelangen. Den Standpunkt, daß jedes physikalische Geschehen genau determiniert werden kann, sofern man nur die Anfangsbedingungen exakt kennt, behielt die Physik auch noch dann, als sie, um den Erscheinungen gerecht zu werden, sich veranlaßt sah die statistischen Methoden anzuwenden. Daß die Gesetze im Prinzip keine exakten Voraussagen mehr waren sondern nur Angaben über das wahrscheinliche Zutreffen von Ereignis-

sen, störte weiter nicht. Man schob die Unzulänglichkeit der Voraussagen nicht etwa auf die prinzipielle Unbestimmbarkeit des physikalischen Geschehens sondern auf die Unkenntnis der Anfangsbedingungen. Alle Willkür lag nach dieser Betrachtungsweise in der Feststellung der Anfangsbedingungen. Hätte man die Mikrokoordinaten, die Lage und Impulskoordinaten jedes Atoms respektive Elektrons für eine bestimmte Zeit angeben können, so könnte man im Prinzip das Geschehen exakt voraussagen. Wenn es auch nur eine Hypothese war, so schien sie sehr plausibel. Man nahm also an, daß die bestehende Kausalität, von der die makrokosmische Erscheinungsverknüpfung zeugt, auch für jeden Elementarprozeß gilt.

Die Quantenmechanik hat es mit der Verantwortung der Frage nach der kausalen Verknüpfung der physikalischen Ereignisse viel schwerer. Während man in der klassischen Statistik annahm, daß die Vorgänge exakt determiniert werden können, wenn man die Mikrokoordinaten genau kennt, ist es der Quantenmechanik von vornherein nicht möglich die Antwort auf die Frage zu erteilen, wo sich zur bestimmten Zeit ein Partikel befindet. Die Mikrokoordinaten sind in der Quantenmechanik prinzipiell unbestimmbar. Die Frage kompliziert sich noch dadurch, daß die Quantenmechanik, die im Grunde von den empirischen Mittelwerten ausgeht, die Frage nicht beantworten kann, welche Elementarprozesse sie als gekoppelt ansehen muß und welche nicht. Sie ist eben vorläufig noch nicht in der Lage exakt zu beantworten, was sie als statistisch-unabhängige Elementarwahrscheinlichkeiten betrachten darf. In der Quantenmechanik ist also die Frage nach der Bestimmbarkeit des physikalischen Geschehens im Mikrokosmos kompliziert. Es läßt sich noch keinesfalls angeben, ob das Schicksal des einzelnen Mikrosystems durch Ereignisse vorher und bei den Nachbarn determiniert ist.

In der Schrödingerschen undulatorischen Mechanik scheint es dagegen auf den ersten Blick anders zu sein. Die von Schrödinger als Wellenfunktion interpretierte Schrödingersche Funktion erfüllt das Konfigurationskontinuum stetig, da gibt es keine Diskontinuitäten und Sprünge. Formal gilt hier das Kausalitätsprinzip genau wie in der klassischen Feldmechanik. Für einen abgeschlossenen Konfigurationsraum kann man bei Kenntnis der Anfangs- und Randbedingungen den Verlauf der Ereignisse exakt

voraussagen. Allerdings, stetig in diesem Konfigurationsraum ausgebreitet sind nicht die physikalischen Skalare und Vektoren, sondern ist eben diese Wellenfunktion. Daß man für einen Zeitpunkt nicht exakt bestimmen kann, wo sich ein Partikel befindet, liegt nach Schrödinger in der Natur der Sache. Die Partikel haben eben keine Örter, sie sind Wellenpakete und -gruppen mit verwischten Grenzen. Mit der Einführung der Kontinuität ist auch das Kausalitätsprinzip gewahrt, und zwar, könnte man meinen, nicht nur als statistisches Resultat. Eine solche Interpretation der Schrödingerschen Entdeckung lehnt die Göttinger Schule mit Max Born an der Spitze ab. Nach ihrer Ansicht ist die Schrödingersche Funktion, die kontinuierlich in ihrem Konfigurationsraum ausgebreitet ist, nichts anderes als eine Wahrscheinlichkeitsfunktion. Nach ihr bedeutet die Erhaltung der strengen Kausalität im Konfigurationsraum nur, daß die Kausalität statistisch im einfachen 3dimensionalen Raum gilt.

Die Frage nach der Determiniertheit der Mikroprozesse bleibt nach dieser Ansicht noch vollkommen offen.

Gemeinverständliche Schriften

Das Büchlein Anton Lampas Die Physik in der Kultur /München, Georg D. W. Callwey/ ist aus der Überzeugung heraus geschrieben, daß die *Physik* wie überhaupt jede einzelne Wissenschaft ihren wahren Wert für die Menschheit nur in der organischen Verknüpfung mit den allgemeinen Kulturzusammenhängen besitzt. Im 1. Teil zeigt der Verfasser den Werdegang der Physik von der Urzeit bis zur Gegenwart in ihrer innigen Wechselbeziehung mit der Technik, im 2. die vielfachen Beziehungen zwischen der Physik und anderen Wissenschaften, so nicht nur mit der Mathematik und der Chemie sondern auch mit der physiologischen und psychologischen Forschung und mit philosophischen und erkenntnistheoretischen Fragen. Eine Schlußbetrachtung gilt dann noch der Erörterung der Stellung, die der Physik in der Bildung der Gegenwart zufallen sollte. Es wird dargelegt, wie sehr gerade die Physik, infolge ihrer Verknüpfung mit anderen Erkenntnisgebieten und durch ihre Erziehung zum Beobachten und Respektieren von Tatsachen, geeignet ist zu dem wahren Bildungsziel, zu einer festgefügteten Welt- und Lebensanschauung hinzuleiten. Dem Büchlein das von einem Physiker, der zugleich eine gründliche philosophische Bildung

besitzt, mit großer Wärme geschrieben ist, die sich unwillkürlich auch auf den Leser überträgt, ist eine möglichst große Verbreitung zu wünschen.

Svante Arrhenius' Buch *Erde und Weltall*, das jetzt auch deutsch vorliegt /Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft/, ist eine Zusammenfassung seines vor fast 20 Jahren zum erstenmal herausgegebenen Werks *Das Werden der Welten* und des spätern, in gewissem Sinn eine Ergänzung dazu bildenden Buchs *Der Lebenslauf der Planeten*. Es enthält allerdings nur den 1. Teil, der die Erde und das Sonnensystem behandelt, so daß ein 2. über das Milchstraßensystem und die Fixstern- und Nebelwelt wohl noch zu erwarten ist. Es teilt die Vorzüge der aus den früheren Werken bekannten Darstellung des berühmten Forschers.

Erscheinungen im Luftmeer nennt William Brunner ein schönes Büchlein, das er in der Volksbücherei *Natur und Technik* /Zürich, Rascher & Cie./ erscheinen ließ. Dem Leser wird darin mit einfachen Worten erzählt, wie er sich die verschiedensten Erscheinungen in der *Atmosphäre* erklären kann. Er erhält eine Antwort auf die Fragen der Färbungen des Horizonts, der Nachtfrost im Frühling, der Dämmerungerscheinungen und der Wolkenbildung; der großartigen Phänomene des Nordlichts, des Blitzes und des Donners; er liest über die Klassifizierung der Wolken und über das interessante Verteilungsgesetz der Regentropfengrößen. Und alles wird ihm wahrhaft gemeinverständlich dargelegt: nicht durch unnützes Umschreiben, das den Leser nur verwirrt, sondern durch den Gebrauch einfacher Worte. Am Ende sieht man noch einige gute Wolken- und Blitzaufnahmen. Druck und Ausstattung sind gut, und man möchte der Schrift viele Leser gönnen.

Kurze Chronik Der französische Geophysiker Berget schlägt vor die Forschungsarbeit in den Polargebieten, die bis jetzt überwiegend sportliches Interesse hatte, in neuer Form fruchtbar zu machen. Er verlangt ständige wissenschaftliche Beobachtungsstationen an beiden Polen. Es handelt sich vor allem um die Frage der *Verlagerung der Erdachse*, die in einer ständigen Schwingung begriffen ist, deren Periode man zwar mit 430 Tagen festgelegt hat, ohne jedoch Genaueres über den Gang und die Ursache zu wissen. ◊ Das Schweizer Forschungsinstitut in Davos errichtet neben seiner in 2448 Meter Höhe gelegenen Station auf Muottas

Muraigl im Oberengadin eine weitere auf dem Gernergrat, 3136 Meter über dem Meer; es werden dann die Forschungen zu den Strahlungsproblemen, die in dem von F. Lindholm geleiteten Dornoschen Observatorium getrieben werden, auf 3 Beobachtungsstufen fortgeführt werden. ◊ Die *Lorentzmedaille* der Königlich Niederländischen Akademie der Wissenschaften, die alle 3 bis 4 Jahre für die bedeutendsten Leistungen auf dem Gebiet der Physik vergeben wird, erhielt diesmal Max Planck.

Literatur Von dem von Wilhelm Wien und Friedrich Harms herausgegebenen *Handbuch der Experimentalphysik* /Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft/ ist der Band *Kathodenstrahlen und Kanalstrahlen* erschienen. Das 1. Kapitel ist von dem Schöpfer der "reinen Versuchsbedingungen" bei der Untersuchung von Kathodenstrahlen, Philipp Lenard, gemeinsam mit August Becker verfaßt. »Reine Versuche sind solche, bei denen es sicher steht, daß das Beobachtete wirklich der angenommenen Ursache, die man verfolgen will, zugehört, und nicht etwa ganz anderen Dingen, die noch mitspielen, weil man versäumt hat oder außerstande war sie gehörig zu erfassen und auszuschalten.« Dieses Zitat seines Nobelvortrags hätte Lenard gut als Motto für das vorliegende Werk gebrauchen können. Man kennt Lenards Kampfstellung in der neuen Physik, und sicher wird jeder, der sich um die experimentelle Erforschung der Elektronen bemühen will, auch ein anderes Buch in die Hand nehmen. Er sollte aber nicht verfehlen das Lenard-Beckersche Werk zu studieren. Die kritische Sichtung der vielen auf dem Gebiet der Kathodenstrahlen gemachten Arbeiten, wobei auf manche schöne Arbeit kleine Schatten fallen, lehrt, wie vor- und umsichtig man beim Experimentieren sein muß, wenn man "reine" Resultate erhalten will. Das Kapitel Kanalstrahlen stammt von Wilhelm Wien und kann als Erweiterung seiner Arbeit im *Handbuch der Radiologie* gelten. Wien hat bekanntlich durch seinen Kunstgriff der "Durchströmungsmethode", ähnlich wie Lenard die Kathodenstrahlen, auch die Kanalstrahlen in ein hohes Vakuum hinaustreten lassen. Die Erfolge, die er durch seine Methode erzielt hat, sind zur Genüge bekannt. Wer über Kanalstrahlen arbeiten will, wird sich freuen durch den großen Fachmann so in sein Gebiet eingeführt zu werden.

Anthropogeographie / Max Hodann

Geopolitik Eine ausgezeichnete Studie über die geopolitischen Voraussetzungen der modernen

Weltwirtschaft mit vorzüglichem Kartenmaterial ließ *J. F. Horrabin* unter dem Titel *Grundriß der Wirtschaftsgeographie* erscheinen /Wien, Verlag für Literatur und Politik/. Das Buch hat den Vorzug gegenüber anderen Veröffentlichungen dieser Art, daß es knapp gefaßt und billig, also für breite Kreise der Arbeiterschaft immerhin erschwinglich ist. Es behandelt in großen Zügen zunächst die historische Entwicklung der weltwirtschaftlichen Gruppen im Lauf der Jahrhunderte, um dann die 5 großen Wirtschaftseinheiten der Gegenwart (deren Entstehen heute schon in weiteren Kreisen erkannt und anerkannt wird, nachdem man noch vor wenigen Jahren nichts davon wissen wollte) auf ihre geographischen Grundlagen hin zu untersuchen: das Expansionsgebiet der Vereinigten Staaten von Amerika, Ostasien, Rußland, das Britische Reich und Kontinentaleuropa. Eine Tabelle der Übersichten dieser 5 Gebiete und Hinweis auf die nominellen und faktischen Herrschaftsgebiete der dominierenden Regierungen erleichtert die Übersicht.

Das Britische Weltreich in seinen Einzelheiten schildert in geschichtlicher und geographischer Hinsicht die ausführliche Darstellung *Albert Demangeons* /Berlin, Kurt Vowinkel/. Der 1. Teil des Werks behandelt den Beginn britischer Kolonialtätigkeit, scheidet nach Nutzungs- und Bevölkerungskolonien und erörtert die geographische Struktur des heutigen Imperiums. Der 2. Teil untersucht die britische Besiedelung und Zivilisation auf ihre Grundlagen und Typen, auf Nahrung, Kleidung, Wohnung, Sport, Sprache, Religion, politisches Leben, Selbstregierung, koloniale Verbände. Der 3. Teil erörtert die (nach der Tagung der britischen Reichskonferenz mit ihren weitgehenden außenpolitischen Zugeständnissen an die Dominien besonders aktuelle) Frage der Reichsprobleme, die wirtschaftliche Einheit des Empire, die einzelnen großen Dominien: Canada, Südafrika und Australasien, schließlich das schwierigste Kapitel: Indien sowie die Zentren des einheimischen Nationalismus Birmas, Ceylons, der afrikanischen Länder, in Sonderheit den Einfluß des Islams. Eine ausgezeichnete statistische Übersicht über Oberfläche, Bevölkerungszahl und Hauptausfuhrarten der britischen Besitzungen in den verschiedenen

Erdeilen ermöglicht eine rasche Übersicht und gewissermaßen ein Wiederholen des reichen Inhalts dieses mit guten Karten versehenen Buches.

Für den europäischen Wirtschaftskreis sind die Mitteilungen darüber von höchster Bedeutung, daß in gemeinsamem Vorgehen der Spanier und Franzosen die Pläne zu einer Untertunnelung der Straße von Gibraltar wieder aufleben. Der Tunnel soll auf europäischer Seite bei Tarifa beginnen, das afrikanische Ende ist noch nicht festgelegt. Bei Realisierung dieses Projekts, das auf 250 Millionen Goldpeseten berechnet wird, würde man in durchgehenden Wagen von Paris bis zur Senegalmündung in 3 Tagen fahren können, was für die Verbindung zwischen Europa und seinem Wirtschaftsgeographischen Hinterland, dem französischen Afrika, von höchster Bedeutung wäre.

Mexico Der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und denen von

Mexico, insbesondere die Landung nordamerikanischer Truppen in Nicaragua, hat die Aufmerksamkeit der Alten Welt erneut auf das alte Land der Azteken gelenkt. Paul Rohrbach schreibt in seinem Buch *Amerika und wir* /Berlin, Buchenau & Reichert/: »Ohne Zweifel würde ein nordamerikanisches Protektorat [im Hinblick auf die Unsicherheit der politischen Zustände in Mexico] viel ändern, und wer politisch etwas oberflächlicher unterrichtet ist, mag sich fragen: Warum machen die Vereinigten Staaten nicht kurzen Prozeß und übernehmen die Kontrolle über Mexico? Hindern kann sie doch niemand daran. Wer Südamerika kennt, kann eine Antwort auf diese Frage geben... Das lateinische Südamerika ist der Schutz für die Unabhängigkeit Mexicos, die Vereinigten Staaten würden von der Feindschaft aller südamerikanischen Völker betroffen werden, wenn sie Mexico antasteten.«

Anders sieht *Leo Matthias* (Ausflug nach Mexico /Berlin, Verlag Die Schmiede/) den Grund: »Es gibt in Mexico mehr als 6 Millionen reinblütige Indianer und mehr als 7 Millionen gemischten Bluts, bei einer Gesamtbevölkerung von 15 bis 16 Millionen... Vor nichts hat man [in den Vereinigten Staaten] mehr Angst als vor der Einverleibung von einigen Millionen Indios und Mestizen. Indios, Mestizen und Neger würden sich zusammenschließen, und man würde jene Krise der innern Politik heraufbeschwören, die man durch die Einwanderungsgesetzgebung der letzten Jahre gerade versucht hat zu ver-

meiden. Man konnte 1845 das mexicanische Texas annektieren. Es wäre sogar möglich, daß man bei einem Siege New Yorks [das ist eine Anspielung auf den unausgesprochenen Gegensatz zwischen der Finanzzentrale New York und der politischen Zentrale Washington] auch heute noch einige nördliche mexicanische Provinzen raubt, darunter vor allem die Petroleumprovinz Tamaulipas [ein Komplott dieser Art wurde im Frühjahr 1924 aufgedeckt], aber es ist vollkommen unmöglich, daß man nach diesem ersten, bereits unwahrscheinlichen Schritt noch einen zweiten tut und das ganze Land annektiert. Man wird sich darauf beschränken die Waben dieses Landes zu schleudern, wann es einem paßt. Mexico wird dagegen wehrlos sein. Die Intervention europäischer oder asiatischer Mächte würde sofort die Intervention der Vereinigten Staaten zur Folge haben. Bereits die Absicht einiger hundert japanischer Familien in Mexico einzuwandern genügte für einen nordamerikanischen Protest.«

Die Darstellung Matthias' ist aufschlußreich, besonders auch für den, der sich für die mexicanische Vorgeschichte interessiert. Sie ist daneben eine ausgezeichnete literarische Leistung. Wirtschaftspolitisch sehen wir die systematische Aufrollung der mexicanischen Produktionskräfte zugunsten der Vereinigten Staaten, und es kommt einem einigermaßen naiv vor, wenn man gleichzeitig liest, wie seinerzeit, vor fast 10 Jahren, Alfred Fried, der verstorbene Vorkämpfer der Friedensbewegung, den Panamerikanismus als ideales Werk der Friedensliebe mißdeutete. In einem Prospekt, mit dem sein Werk Panamerika 1810 bis 1916 damals in die Welt gesandt wurde /Zürich, Orell Füßli/ hieß es: »Der Panamerikanismus ist in Deutschland, namentlich durch die verblendeten Darstellungen der alldeutschen Presse und gewisser alldeutscher Gelehrter und Journalisten, als eine Art imperialistischer Aktion der nordamerikanischen Union dargestellt worden. Das war einer der vielen Irrtümer, die dieser Krieg als solchen erkennen ließ. In den geschichtlichen Darlegungen des Friedensbuches wird dieser gefährliche Irrtum klargelegt. Es ist darin die pazifistische Tendenz der nordamerikanischen Politik deutlich sichtbar gemacht.« So die pazifistische Auffassung.

Immerhin kann man feststellen, daß sich die Verhältnisse in Mexico trotz der industriell-finanziellen Invasion nordamerikanischer Mächte zugunsten der ein-

geborenen Bevölkerung geändert haben, seitdem Ellias Calles an der Regierung ist. Als Porfirio Diaz nach 34jähriger Diktatur, die sich vorwiegend auf den mestizischen Teil der Bevölkerung gestützt hatte, 1910 vertrieben wurde, fiel das Land in eine 10jährige Periode des Bürgerkriegs. Erst 1920 wurde der General Obregon verfassungsmäßig gewählt. 1923 kam ein reaktionäres Zwischenspiel mit der Revolution Adolfo de la Huertas. Huerta war vom englischen Petroleumkapital bezahlt. Nordamerika half den Mexicanern gegen Huerta, nicht aus Menschenliebe. Mit nordamerikanischer Hilfe wurde 1923 der »Arbeiterkandidat Calles mit einer Majorität von 1 300 000 Stimmen gewählt«, wie die englische Gewerkschaftspresse berichtete: siehe Bradford Pioneer vom 30. April 1926. Es ist nicht ganz unberechtigt Calles als Arbeiterkandidaten zu bezeichnen. Jedenfalls setzte er die Landaufteilungsaktion gegen die Interessen des Großgrundbesitzes fort, die unter Obregon begonnen worden war. Vom Dezember 1920 bis zum September 1923 hatten 249 000 Indiofamilien Land erhalten, pro Kopf ungefähr 9 Hektar. Gegen diesen Zuwachs der Macht der Eingeborenen erhob sich aber die Animosität Nordamerikas. Die Regierung Calles ist zu größter Vorsicht genötigt. Das Indioproblem, an dem zuletzt Diaz wie alle Versuche nach ihm das Land zu regieren gescheitert sind, darf keineswegs als gelöst gelten. Immerhin ist zu hoffen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen ihren Einfluß erhalten. Ist doch der jetzige Präsident ihr Mann; als einfacher Lehrer hat er noch unter Diaz den ersten Streik des Landes, in den Kupferminen von Cananea, geführt, 1912, nach Diaz' Sturz, wurde die Casa del Obrero Mundial begründet, die Gewerkschaftsorganisation, die heute die Interessen der mexicanischen Arbeiter vertritt. Die politische Zusammenfassung erscheint in der Confederation Regional Obrera Mexicana, die am Kabinett Calles beteiligt ist. Wieweit es möglich sein wird die Rechte der Unterdrückten gegenüber den Bankiers der Vereinigten Staaten zu wahren, bleibt abzuwarten. Im Zusammenhang einer Betrachtung Mexicos wird die Tatsache interessieren, daß der als Mexicoforscher besonders ausgezeichnete Berliner Amerikanist *Walter Lehmann* bei der wissenschaftlichen Durcharbeitung der Funde aus der Vorgeschichte Mexicos zu sehr interessanten Ergebnissen über die Unterschiede zwischen den Spuren der Azteken und denen der Majaindianer kam.

Sexuologie

Die Zunahme der Frucht-
abreibungen und der Geburtenrückgang beschäftigten alle politischen Richtungen. Die Verhandlungen, die darüber am 13. November 1925 im Bevölkerungspolitischen Ausschuß des Preußischen Landesgesundheitsrats gepflogen wurden, sind nunmehr in den Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung /Berlin, Richard Schoetz/ erschienen. Obschon in den Verhandlungen, insbesondere den Referaten Friedrich Lönnes und Alfred Grotjahns, die wirtschaftlichen Voraussetzungen der bevölkerungspolitischen Vorgänge gebührend erwähnt wurden, kam der Ausschuß zu einem keineswegs befriedigenden Ergebnis. Es wurde zwar als niedrigste Schätzungszahl für die jährlichen Abtreibungsfälle an dieser amtlichen Stelle 400 000 zugegeben (man darf getrost mit der doppelten rechnen), die jährlichen Todesfälle infolge unsachgemäßer Ausführung wurden auf 8000 bis 10 000 geschätzt; dennoch wurde die Zulassung der sozialen Indikation für den ärztlich gestatteten Eingriff rundweg abgelehnt und erst recht nicht die Aufhebung des verderblichen § 218 des Strafgesetzbuchs ernsthaft erörtert, der die Frauen den Kurfürschern in die Hände treibt und den Ärzten die Hilfeleistung unterbindet.

In sehr viel weitergehender Weise wurde das gleiche Thema von Otto Bauer auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie in Linz Ende Oktober 1926 behandelt. Bauer betonte zwar, daß häufiger Abort als nicht zu unterschätzende Gefahr zu gelten habe (die allerdings das geltende Recht nicht zu beseitigen vermag), verlangte aber eindeutig, daß die ganze Materie »aus dem Strafgesetz überhaupt hinaus« müsse. Als Programm ergab sich aus den Ausführungen: den Geburtenrückgang durch Förderung des Rückgangs der Sterblichkeit zu kompensieren, vor allem durch Verstärkung der Fürsorgeeinrichtungen. Es wurde nicht nur die medizinische Indikation für eine ärztlich kunstgerecht zu vollziehende Unterbrechung nicht-gewollter Schwangerschaft gefordert sondern auch die eugenetische für den Fall, daß erblich schwerbelastete Kinder zu erwarten seien, und vor allem die soziale, »wenn die Geburt eines Kindes die wirtschaftliche Existenz der Schwangeren, ihr berufliches Fortkommen oder die Erziehung ihrer bereits lebenden Kinder gefährden würde«. Zu ähnlichen Ergebnissen kam, unter nachdrücklicher Feststellung der Tatsache, daß die För-

derung der Verhütung unerwünschter Schwangerschaften durch Vorbeugungsmittel zwecks Vermeidung der Aborte zu wünschen sei, kurz vorher bereits die Bevölkerungspolitische Konferenz der Arbeiterwohlfahrt in Jena. In ausführlicher Weise wurde zu diesem Problem in dem Organ des Vereins sozialistischer Ärzte Der sozialistische Arzt im Dezember 1925 und im März 1927 Stellung genommen.

Die Frage der rationellen Vorbeugung ist zweifellos die entscheidende der modernen Sexuologie. In dieser Beziehung ist es zu begrüßen, daß der Londoner Frauenarzt Norman Haire Gelegenheit nahm auf dem Sexualwissenschaftlichen Kongreß in Berlin Mitte Oktober 1926 über das von ihm erfundene Dutch-Haire-Pessar zu berichten, das den größtmöglichen Anforderungen an Sicherheit einerseits, hygienischen Voraussetzungen andererseits zu entsprechen scheint, da es die beiden Möglichkeiten des mechanischen und des chemischen Schutzes vereinigt. Den sexualwissenschaftlich erforschbaren Voraussetzungen glücklicher Eheführung wird neuerdings bei der Krise, in der sich das Sexualleben befindet, reiches Interesse entgegengebracht. Eine Reihe wichtiger Werke trägt dem Rechnung. Oskar Pfister, der bekannte Psychoanalytiker in Zürich, untersucht die Fehlentwicklung der Liebe vor der Ehe /Bern, Ernst Bircher/. Der Züricher Nervenarzt Ludwig Frank teilt eine reiche Sammlung von Briefen an Patienten über Schwierigkeiten im Geschlechtsleben mit (Vom Liebes- und Sexualleben /Leipzig, Georg Thieme/). Der Wiener Arzt Bernhard A. Bauer bringt unter dem Titel Weib und Liebe /Wien, Wilhelm Braumüller/ eine Studie über das Liebesleben des Weibes, die, bei leider reichlich langatmiger Darstellung, manche treffenden psychologischen Einblicke vermittelt. Eine kürzere systematische Darstellung des menschlichen Geschlechtslebens gibt der Budapester Sexualpathologe Zoltar von Nemes Nagy (Vita sexualis /Wien, Wilhelm Braumüller/). Das Buch zeichnet sich durch eine ausführliche Darstellung der den Geschlechtstrieb anregenden Arzneimittel aus, enthält aber an anderer Stelle die mindestens mit Vorsicht aufzunehmende Behauptung von der Möglichkeit der hypnotischen Beeinflussbarkeit sexueller "Perversionen". Die ehelichen Beziehungen stellt der frühere Direktor der Frauenklinik in Haarlem Th. H. van de Velde in einer Studie Die vollkommene Ehe /Leipzig, Benno Koenen/ dar. Unzählige Eheschwierig-

keiten könnten vermieden werden, wenn die Menschen eine bessere Kenntnis der Technik des Liebeslebens besäßen. Man darf behaupten, daß diese auch den meisten Ärzten abgeht, so daß sie häufig nicht nur infolge von Hemmungen über "solche" Dinge zu reden sondern einfach deswegen unfähig sind ihren Patienten den rettenden Rat zu geben, weil sie sich nicht nach dem richten, was Balzac seinerzeit in die Worte faßte: »Die Ehe ist eine Wissenschaft.« Das wertvolle Buch von de Veldes hilft dem gründlich ab. Den Ideenkreis der homoerotischen Liebe berührt von den in letzter Zeit veröffentlichten Schriften vor allem das ganz aktuelle Heftchen § 267 des amtlichen Strafgesetzentwurfs /Stuttgart, Julius Püttmann/, in dem in Form einer Denkschrift des Instituts für Sexualwissenschaft und des Wissenschaftlich-Humanitären Komitees in Berlin die Wiederaufnahme des veralteten § 175 des geltenden Strafgesetzes als § 267 in den neuen Entwurf bekämpft wird. Den gesamten Vorstellungskreis der Homoerotik von seiner philosophischen, kulturwissenschaftlichen und biologisch-historischen Seite aus behandelt der Privatdozent Rolf Lagerborg in einer Schrift *Die Platonische Liebe* /Leipzig, Felix Meiner/. Ein erhebliches Quellenmaterial wird dieses Werk dem Forscher als dankenswerte Leistung erscheinen lassen.

Auf die rassenhygienische Bedeutung sexualwissenschaftlicher Fragen führen 2 Untersuchungen hin, die in der Sammlung Grenzfragen des Nerven- und Seelenlebens erschienen sind /München, J. F. Bergmann/: Biologische Probleme der Rassehygiene und die Kulturvölker von Stavros Zurukzoglu und Unfruchtbarkeit als Folge unnatürlicher Lebensweise von Hermann Stieve. Besonders das letzte Heft zeigt den verderblichen Einfluß der ungünstigen Wohn- und Ernährungsverhältnisse auf die natürliche Vitalität einer Bevölkerung einleuchtend, wobei die Ausführungen durch Ergebnisse von Tierexperimenten unterstützt werden.

Totenliste

Im Januar starb in Belgrad einer der bedeutendsten europäischen Gelehrten, *Jovan Tschwijijsch*, in seinem 62. Lebensjahr. Seit 1893 wirkte er als Geograph und Geologe an der Universität Belgrad, wo er, gleichzeitig ausgezeichnete Anthropologe, zu den hervorragendsten Persönlichkeiten des aufstrebenden Südslawentums gehörte. Er gründete 1894 das Belgrader Institut für Geographie und Geologie und gab eine lange Reihe wissen-

schaftlicher Werke heraus, die in allen Erdteilen Anerkennung fanden. Sein Werk *La péninsule balkanique /1918/* ist ein Muster der Entwicklung anthropologischer Gegebenheiten aus ihren geographischen, geologischen, klimatischen, ethnischen und soziologischen Voraussetzungen.

In Paris starb Mitte Januar *Léon Manouvrier*. Er war Generalsekretär der Französischen Anthropologischen Gesellschaft und lehrte physiologische Anthropologie an der Ecole d'Anthropologie. Ende Januar starb in Berlin, 62 Jahre alt, der Direktor der Museen der Preussischen Geologischen Landesanstalt *Curt Gagel*, einer der besten Kenner des norddeutschen Flachlands.

In Reetz im Kreis Arnswalde starb im März *Doris Reeck*, 86 Jahre alt. Sie hat mehrere Schriften über den islamischen Orient verfaßt, den sie aus eigener langjähriger Anschauung kannte.

Kurze Chronik Nach 1½-jähriger Abwesenheit kehrte die von Max Grühl geleitete Deutsche

Nil-, Rudolfsee- und Kaffaexpedition zurück. Sie hat zur Bereicherung unserer Kenntnisse über das Innere *Abessiniens* wesentlich beigetragen. Sie filmte zunächst das obere Nital, sammelte dort Material für das Museum für Länderkunde in Leipzig und erforschte dann von der abessinischen Hauptstadt Adis Abeba aus das Land der Arussi Galla. Daran schloß sich 1926 eine große südwärts gerichtete Reise zum Rudolfsee, die erhebliche Aufschlüsse über das Land nördlich dieses Sees und über die Umgebung des dort gelegenen Djellekisees ergab. Von dort ging die Expedition weiter nach Kaffa, wo ebenfalls wesentliche Entdeckungen gemacht wurden. ◊ Auf Anregung von Freunden der Arbeitsstätte für Menschheitskunde, die im Anschluß an die Forschungen Hans Friedenthals gegründet wurde, hat sich eine *Gesellschaft für Menschheitskunde* gebildet. Ihr Zweck ist die Förderung der neuen Wissenschaft der Menschheitskunde im Zusammenhang mit der Förderung der Ethik des Gemeinschaftslebens. ◊ Der *Internationale Geologenkongreß*, der Ende Mai 1926 in Madrid stattfand, beschloß den Zusammentritt einer Internationalen Geophysischen Kommission in Angliederung an das Geologische Institut in Madrid. Die wirtschaftlichen Interessen an der Aufklärung der Lagerung der Bodenschätze, vor allem der Phosphat- und Pyritlager, überwogen die rein wissenschaftlichen Darbietungen des Kongresses.

Geschichte / Walther Koch**Geschichtsschreibung**

Die Geschichte der Geschichtsschreibung ist ihrem Wesen nach keine reine spezialistische Fachangelegenheit sondern ein Stück Geistes- und Ideengeschichte. Ist doch Geschichte in ganz anderer Weise als etwa die Naturwissenschaft mit den Strebungen und Auffassungen der Menschen und Menschengruppen verbunden. Jedes Geschichtswerk spiegelt nicht nur eine individuelle Persönlichkeit wider sondern ist zugleich Ausdruck bestimmter überindividueller historischer Mächte. Weltanschauung, soziale Lage, politische Einstellung, alles wirkt auf die geschichtliche Welt und damit auf die Geschichtsschreibung ein. Daher sind die Versuche einer Geschichte der Geschichtsschreibung von allgemeiner Bedeutung. Die beiden entscheidenden Werke auf diesem Gebiet erschienen in dem von Georg von Below und Friedrich Meinecke herausgegebenen Handbuch der mittelalterlichen und neuern Geschichte /München, R. Oldenbourg/. Es sind das *Eduard Fueters* Geschichte der neuern Historiographie, die vom Humanismus bis etwa zu Jakob Burckhardt führt, und *Georg von Belows* Arbeit Die deutsche Geschichtsschreibung von den Befreiungskriegen bis zu unseren Tagen, Geschichtsschreibung und Geschichtsauffassung. Dieses Werk, das zuerst in der Kriegszeit herausgekommen war, liegt jetzt in 2., wesentlich erweiterter Auflage vor. Es bildet gleichsam eine Fortsetzung des Fueterschen Werks, obwohl es bis auf die Romantik und Ranke zurückgeht, also sich teilweise mit Fueter überschneidet. Zur Ergänzung wäre dann noch *Moritz Ritters* Werk Die Entwicklung der Geschichtswissenschaft, an den führenden Werken betrachtet /München, R. Oldenbourg/ heranzuziehen, ein Buch, das bis auf das Altertum zurückgreift und eben nur Querschnitte besonders charakteristischer Erscheinungen gibt, wie der Titel bereits ankündigt. Während Ritter so ruhig und objektiv wie nur möglich, gleichsam in Rankescher Art, die verschiedenen Geschichtsepochen in ihren bedeutendsten Vertretern vorüberziehen läßt, besteht der Reiz der beiden anderen Werke in der persönlich temperamentvollen Stellungnahme ihrer Verfasser. Fueter geht von einem hohen Qualitätsbewußtsein aus und mißt die Erscheinungen an dem Ideal eines Geschichtswerks, verteilt Licht und Schatten also rein in der Sphäre der Geschichtsschrei-

bung selbst, nicht ohne die dauernde Einwirkung politischer Strömungen auf die Geschichtsschreibung zu berücksichtigen. Georg von Below hingegen verfiel viel einseitiger, bewußt politisch, bestimmte Thesen und läßt es auch an allerlei politischen Seitenhieben nicht fehlen. Trotzdem muß man sich auch mit seiner Darstellung auseinandersetzen. Fueter hat europäischen Horizont, vergleicht die Völker Europas in ihren verschiedenartigen Leistungen, während Below sich auf Deutschland beschränkt und für eigenständige deutsche Geschichtsschreibung gegenüber allem ausländischen Einfluß eine Lanze bricht. Während Fueter von der hohen Warte universalen Geschichtsbetrachtung aus die Welt der Geschichtsschreibung um ihrer selbst willen mustert, ist Belows Buch durchaus gegenwartsbezogen, nicht nur im Stoff sondern auch in seiner polemischen Haltung. Fueter beginnt mit der humanistischen Geschichtsschreibung in Italien, deren Auswirkung in Frankreich, England, Deutschland und den anderen europäischen Ländern er dann eingehend darstellt. Außerordentlich hoch stellt Fueter im Gegensatz zu Below die Geschichtsschreibung der Aufklärung. Voltaires Geschichte des Zeitalters Ludwigs XIV ist ihm der entscheidende Beginn einer wirklich universalen Kulturgeschichtsschreibung. Below hingegen polemisiert gegen Aufklärung und Kulturgeschichte. Er sieht den entscheidenden Ursprung mindestens der deutschen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts in der Romantik und betont den Zusammenhang alles Kulturlebens mit dem Staat, also die Einordnung der Kulturgeschichte in die politische Geschichte. Unbestreitbar ist zumindest Leopold von Ranke von der Romantik ausgegangen, wenn er auch keineswegs in ihr steckenblieb. Stark betonte Ranke übrigens auch die schon von Novalis gepriesene europäische Völkergemeinschaft der romanischen und germanischen Völker. Die Restaurationszeit hatte in der Heiligen Allianz einen Zusammenschluß der europäischen legitimistischen Monarchen gegen die Revolution erlebt. Ranke ist als Politiker durchaus konservativ, wenn auch keineswegs im engen Parteisinn. Noch wenig berücksichtigte Ranke die Massen in ihren wirtschaftlichen und sozialen Bewegungen. Doch hat sein Schüler Wilhelm Arnold als erster die geschichtlichen Zusammenhänge zwischen Recht und Wirtschaft zu erforschen gesucht. Ein anderer Rankeschüler, Georg Waitz, widmete dann seine Lebensarbeit

der deutschen Verfassungsgeschichte. Der eigentliche Gegenschlag gegen Ranke setzt dann mit den sogenannten politischen Historikern ein. Heinrich von Sybel, ursprünglich auch Schüler Rankes, brach nach 1848 schroff mit seinem Meister und wandte sich der politischen Erziehung durch die Geschichtsschreibung zu. Die Februarrevolution von 1848 öffnete den Geschichtsschreibern erst die Augen für die Bedeutung der wirtschaftlichen Verhältnisse. In dem politischen Leben wurden die sozialen Kräfte als treibende Faktoren erkannt. Nach 1848 wurde die Staatsmacht auch im Innern als starker Schutz der Besitzinteressen vom liberalen Bürgertum neu geschätzt. Heinrich von Treitschke führt diese Entwicklungslinie folgerichtig weiter, indem er die liberalen Neigungen der nationalen Machtstaatsidee völlig aufopfert. In Theodor Mommsen findet die politische Geschichtsschreibung den großen Gelehrten von mehr demokratischer Färbung, der in seinem Bruchstück gebliebenen 5. Band seiner Römischen Geschichte den Blick auf eine neue Behandlung verwaltungs- und sozialpolitischer Probleme öffnet. In Frankreich sind es dann noch die liberalen Historiker François Guizot und Adolphe Thiers, vor allem Charles de Tocqueville und Fustel de Coulange, die die Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte in ihren sozialen Grundlagen darstellten. Ganz vom eigentlich staatlichen Leben sah die Kulturgeschichtsschreibung eines Wilhelm Riehl und Gustav Freytag ab, die das Volk, besonders das Bauern- und Bürgertum, in seiner sozialen und geistigen Eigenart geschichtlich zu erfassen suchte. Dem katholischen Geschichtsschreiber Johannes Janssen, dessen tendenziöse Darstellung sicher anfechtbar ist, war es zum erstenmal gegeben die Volksbewegungen in die Geschichte des Reformationszeitalters einzuführen. Von naturwissenschaftlichen und soziologischen Theorien war die Geschichtsschreibung Hippolyte Taine's beeinflusst, die wieder mit der Romantik zusammenhängt. Als Typus der ästhetischen Richtung kann in Frankreich Ernest Renan, im deutschen Sprachgebiet Jakob Burckhardt gelten. Burckhardts Werke stellen den Gipfel kulturgeschichtlicher Leistung dar. Seine Kultur der Renaissance bleibt ein Meisterwerk, auch wenn es zeitweise durch die Neubearbeitungen von Ludwig Geiger in falscher Wissenschaftlichkeit entstellt wurde; um so erfreulicher ist es, daß jetzt der alte Text wieder neu herausgegeben ist.

In Deutschland trat mit dem Jahr 1878, mit dem Umschwung in der Bismarckschen Innenpolitik auch ein neuer Aufschwung der Geschichtswissenschaft auf manchen Gebieten ein. Besonders wurde die Wirtschaftsgeschichte von der neuen Wirtschaftspolitik mit ihrer stärkern Betonung des staatlichen Faktors angeregt. An die Stelle der bisherigen Bevorzugung der Verfassungsgeschichte trat nun die Pflege der Verwaltungsgeschichte, die zum Beispiel wieder die großen Leistungen des alten Preußens auf dem Gebiet der innern Verwaltung neu beleuchtete. Die hauptsächlich von Gustav Schmoller und Otto Hintze geleiteten Acta Borussica, die Denkmäler des preussischen Staats im 18. Jahrhundert sind dafür Zeugen. Heinrich Rudolf Gneist wieder wollte mit seinen englischen verwaltungsgeschichtlichen Studien auf die preussische Verwaltungsreform einwirken. Im großen und ganzen aber machte sich in den letzten Jahrzehnten eine neue Hinwendung zu Rankescher Geschichtsauffassung bemerkbar, wogegen Karl Lamprecht besonders in dem geschichtswissenschaftlichen Methodentreit Stellung nahm. Ein erhöhtes geschichtsphilosophisches Studium ist das Resultat dieser Kämpfe gewesen. Wilhelm Windelband, Wilhelm Dilthey, Heinrich Rickert, Ernst Troeltsch, Max Weber, Georg Simmel seien da nur an erster Stelle genannt. Doch sind wir heute in der geschichtsphilosophischen Arbeit noch so im Fluß des Geschehens, daß hier noch nichts Abschließendes gesagt werden kann. Troeltsch' Historismus bezeichnet da etwa den letzten Stand der Probleme. Von Karl Rothenbüchers neuem Buch Über das Wesen des Geschichtlichen /Tübingen, J. C. B. Mohr/ soll noch näher gesprochen werden. In der Beleuchtung der historischen Literatur der letzten Jahrzehnte kommt der ausgeprägt rechtsorientierte Parteistandpunkt Belows besonders schroff zum Ausdruck. Sicherlich bestehen seine Darlegungen vollkommen zu Recht, daß keine Geschichtsschreibung ohne einen Maßstab für Auswahl und Darstellung, also ohne Wertung, denkbar ist. Aber das rechtfertigt in keiner Weise die subjektiven Ausfälle gegen politische Gegner. Ein Buch über Geschichtsschreibung sollte gerade dem Gegner besonders gerecht werden ihn von seinem Standpunkt aus verständlich zu machen suchen. Was sollen in einem ernsten historischen Werk tagespolitische Seitenhiebe gegen Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum, die lediglich durch

die persönliche Gegnerschaft des Verfassers zu den republikanischen Parteien wie überhaupt zur ganzen neuen Staatsentwicklung bedingt sind? Besonders auch richtet sich Belows Unwille gegen »Pazifismus, Kosmopolitismus, Internationalismus« und gegen die »Verständigungspolitiker«. Giftig wendet er sich gegen »Schutzgesetze, mit denen die Verkündung der Wahrheit, auch der historischen Wahrheit gehindert wird«. Es ist doch sehr unangebracht einen Band eines Handbuchs der mittelalterlichen und neuern Geschichte, das doch wissenschaftlichen Zielen dienen will, zu Angriffen auf die Regierung zu benutzen, wie vor allem auf die angebliche »Un-sachlichkeit der Besetzung von Lehrstühlen seit der Revolution«.

Kein Wunder, daß auch die an sich sehr dankenswerte Studie Die deutsche wirtschaftsgeschichtliche Literatur und der Ursprung des Marxismus, die dem Buch beigefügt ist, durchaus polemisch gehalten ist. Die an sich aufschlußreichen Verbindungslinien, die Below hier von der Entstehung der marxistischen Geschichtsbetrachtung zur Romantik zieht, verlieren durch die Absicht unter allen Umständen die Bedeutung der historischen Leistung Karl Marx' zu verkleinern sehr an Wert. Daß die Entstehung der Marxschen ökonomischen Geschichtsauffassung gewisse Verbindung mit der geschichtlichen Forschung seiner Zeit hatte, ist mit Beziehung auf Lorenz von Stein schon öfters nachgewiesen worden. Paul Kampffmeyers hat Justus Möser als einen Vorläufer der ökonomischen Geschichtsauffassung bezeichnet, was zwar von Hammacher in seinem Werk Das philosophisch-ökonomische System des Marxismus abgelehnt, von Below aber durchaus anerkannt wird. Gemeinsam ist dem Kommunistischen Manifest und der Anschauung der Romantik zum mindesten im Negativen der Gegensatz gegen die Liberalen, ferner die Ablehnung des abstrakten römischen Eigentumsbegriffs. Wieweit aus gewissen Übereinstimmungen nun aber eine direkte Beeinflussung zu folgern ist, scheint auch nach Belows Darlegungen noch höchst fraglich zu sein. Jedenfalls sollten die kritischen Bemerkungen Belows zu weiteren Untersuchungen über den Zusammenhang der Entstehung des Marxismus mit der Wirtschaftsgeschichte seiner Zeit und damit mit der romantischen Geschichtsauffassung veranlassen. In der Hervorhebung des positiven Ausgangspunkts aller wesentlichen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts liegt die eigentliche Bedeutung der

Belowschen Darstellung. In dieser Rundschau ist schon öfters der historische Anteil romantischer Anschauung erkannt und anerkannt worden. Um so mehr muß bedauert werden, daß die Untersuchung durch die oben erwähnten sachlich sinnlosen Ausfälle gegen alle politischen Gegner getrübt ist. Das enthebt uns aber nicht der Verpflichtung auch die wissenschaftliche Leistung da anzuerkennen, wo sie sich selbst durch unangebrachtes Eingreifen in den tagespolitischen Zank schädigt.

Geschichtsunterricht

Der Geschichtsunterricht ist heute naturgemäß ein Hauptpunkt des kulturpolitischen

Kampfs um die Schule geworden. Parteien und Weltanschauungsgruppen ringen um Einfluß auf seine Gestaltung. So ist es besonders notwendig sich über die Aufgaben und Ziele des Geschichtsunterrichts in seiner Eigenart ganz klar zu werden. Da ist es von großem Wert, daß *Erich Weniger* in einem Buch Die Grundlagen des Geschichtsunterrichts / Leipzig, B. G. Teubner, das ganze Problem grundsätzlich aufrollt und bis in alle Einzelfragen hinein untersucht. Weniger zeichnet sich als Schüler des Göttinger Pädagogen Hermann Nohl, der seinerseits von Wilhelm Dilthey herkommt, durch die geistesgeschichtliche Weite und Tiefe aus, mit der er das Spezialproblem des Geschichtsunterrichts in den Gesamtzusammenhang der Erziehungstendenzen unserer Zeit hineinstellt. Und doch wird immer wieder auf die konkrete Lage des Geschichtsunterrichts eingegangen, in der eben diese Zieldenken sich auswirken. So enthält die Untersuchung viele Gedanken und Einsichten, die über das unterrichtliche Problem hinaus zur Betrachtung des geschichtlichen Bildungsgedankens und der geschichtlichen Volksbildungsfrage im allgemeinen anregen.

Der besondere Vorzug des Wenigerschen Buches ist die besonnene Vielseitigkeit der Betrachtungsweise, die den verschiedenen Faktoren des Geschichtsunterrichts gerecht zu werden versucht, ohne damit etwas an innerer Haltung dem Stoff gegenüber einzubüßen. So wird die Frage »nicht einseitig vom Bildungsideal allein aus oder nur von der Jugendpsychologie oder nur von den Eigengesetzlichkeiten der Kultur und ihren sachlichen Zusammenhängen aus« angepackt, vielmehr werden alle diese Faktoren mit einander verknüpft. Von allgemeinerer Bedeutung ist die eingehende Behandlung der Entwicklungsstufen des

Geschichtsunterrichts bei den verschiedenen Theoretikern und in den verschiedenen preußischen Lehrplänen. Geistesgeschichtlich wertvoll sind die mannigfachen Beziehungen, in denen der Geschichtsunterricht mit der gesamten politischen, sozialen und kulturellen Entwicklung des gesamten nationalen Lebens steht. So haben 1848 und die darauf folgende Reaktion, 1870 und die neuen sozialen Kämpfe aufs stärkste auf Geschichtsschreibung und Geschichtsauffassung, damit auch auf den Geschichtsunterricht eingewirkt. Krieg und Umwälzung haben den Stand des bisherigen Geschichtsunterrichts derart erschüttert, daß eine Umgestaltung unabweisbar ist. Ein besonderes Kapitel widmet Weniger dem sozialistischen Geschichtsunterricht (Siegfried Kawerau, Fritz Ausländer), wie überhaupt bei ihm ein weitgehendes Verständnis für die sozialen und geistigen Bewegungen im Proletariat zu spüren ist. Leider ist bei den heutigen Historikern ein tiefer eindringendes geschichtliches Verständnis der sozialistischen Bewegung kaum vorhanden. Weniger besitzt es. Starke Berührungspunkte bestehen zwischen seiner Bewertung der materialistischen Geschichtsauffassung mit der in den Sozialistischen Monatsheften verfochtenen Anschauung, wenn er sagt: »Es ist sicher, daß der Wahrheitsgedanke der ökonomischen Geschichtsauffassung in dem Weltbild der Zukunft enthalten sein muß. Jedenfalls kann man unter Umständen mit der materialistischen Geschichtsauffassung als heuristischer Arbeitshypothese der geschichtlichen Wahrheit erheblich näherkommen als mit manchen allzu leichtfertigen idealistischen Gedankengebilden.« Weniger selbst gibt ein gutes Beispiel seiner auf soziologische Zusammenhänge eingestellten Blickweise, wenn er die Bedeutung der Kulturgeschichte in dem Ausdruck eines neuen Geschichtsbewußtseins neu emporkommender Schichten sieht. So war Kulturgeschichte oft ein politisches, soziales Kampfmittel in den neueren sozialen Bewegungen und kann nur soziologisch verstanden werden. Dabei muß man die Entdeckung der unteren Volksschichten, des Bauernturns durch Möser, des Kleinbürgertums durch Riehl, als sozial konservative Kulturgeschichtsbetrachtung von der radikalen, erst demokratischen, dann oft sozialistischen Kulturgeschichte unterscheiden, wie sie ihren Ausgang von der Französischen Revolution nimmt. Die Bedeutung der populären Kulturgeschichte, wie sie noch heute oft im Sozialismus weiter-

lebt (man denke etwa an Wilhelm Zimmermanns Darstellung des Bauernkriegs) sieht Weniger darin, daß sie als ständige Kritik gegen Verengungen und Einseitigkeiten der Geistes- und Sozialgeschichte übersehene Seiten des geschichtlichen Lebens betont. Nur von einem solchen geschichtlichen Verständnis her können wir den oft von uns innerlich abgelehnten älteren Formen sozialistischer Geschichtsbetrachtung gerecht werden. Wir selbst suchen freilich gerade jene rationalistische Fortschrittsgläubigkeit und Verquickung sozialistischer Lebenswelt mit materialistischen oder darwinistischen Anschauungen zu überwinden, wie sie jenen populären Kulturgeschichten oft beigemischt waren. Sehr wesentlich ist die Beobachtung Wenigers, daß der Zusammenbruch von 1918 zwar zunächst den Durchbruch der kulturhistorischen Strömung bedeutete, daß aber zugleich mit der Übernahme politischer Verantwortlichkeit durch die Arbeiterpartei der Sinn für politische Geschichtsprobleme auch auf sozialistischer Seite neu geweckt wurde. Es wäre sonach vollkommen verkehrt eine soziologische, unpolitische Geschichtsbetrachtung, wie sie die Entschiedenen Schulreformer fordern, mit einer sozialistischen Geschichtsbetrachtung schlechthin gleichzusetzen. Ein konstruktiver Sozialismus wird natürlich dem Zusammenhang der Wirtschaft und Gesellschaft mit dem Staat größte Beachtung schenken. Jede Umschichtung der Gesellschaftsordnung stellt andere Aufgaben und Ziele. Hervorzuheben ist noch, daß Weniger als eine der wesentlichen Aufgaben des Geschichtsunterrichts das Verstehen anderer Lebenswelten sieht. Die Schwierigkeit besteht darin, daß wir erst noch lernen müssen »innerhalb unserer eigenen Grenze den Volksgenossen anderer Stämme und Landschaften, besonders aber andere Klassen und Stände zu verstehen, und sollen zugleich schon fremdes Wesen jenseits der Grenzen begreifen«. Hier ist die Spannweite unserer geschichtlichen Aufgabe durchaus richtig gesehen.

Revolutions- Je größern Abstand die Zeit
schriften wieder zu den Ereignissen
des 9. November gewinnt,
desto mehr werden wir von Büchern
überflutet, in denen allerhand Mitbetei-
ligte ihre Erinnerungen und Beobachtun-
gen niederlegen. Natürlich leiden diese
Schriften meist unter der Subjektivität
ihrer Verfasser. Eine Geschichte der Re-
volution, die Anspruch auf Objektivität
oder auch nur den Willen zu ihr hätte,

besitzen wir noch nicht, wenn wir von den zusammenfassenden, hier bereits besprochenen Darstellungen des österreichisch-ungarischen Kriegsberichterstatters Nowack absehen. Zudem geht auch Nowacks Darstellung nur bis zum Novemberumsturz, während gerade das Bild der Kämpfe um die Macht in den Jahren, die ihm folgen, durchaus noch von der Parteien Haß und Gunst entsteht in der Geschichte schwankt.

Eine unverhüllt tendenziöse, von Fanatismus diktierte Schilderung dieser Zeit gibt der ehemalige Vorsitzende des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte *Richard Müller*, bekannt als "Leichenmüller", in seinen 2 Bänden *Vom Kaiserreich zur Republik* /Berlin, Malikverlag/. Der 1. Band will ein "Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges" sein, der 2. Band die Novemberrevolution schildern. Einen besonderen Wert haben beide Bände durch die Beifügung reichen Quellenmaterials, das Richard Müller rechtzeitig beiseite zu bringen verstand. Die einzelnen Persönlichkeiten, die in den Novembertagen eine Rolle spielten, sind scharf, wenn zur Gegenpartei gehörig, ungemein gehässig gezeichnet. Ebert und Scheidemann erscheinen als die wahren Teufel, die gleich den übrigen Sozialdemokraten nichts anderes getan hätten als die Arbeiterschaft zu verraten. Der übliche scheinradikale Parteijargon durchzieht die ganze Darstellung. Also keine ernstzunehmende Geschichtsschreibung. Aber als Dokument der Zeit sowie als Ausdruck der seiner Zeit doch einflußreichen Persönlichkeit Richard Müllers ist die Darstellung von relativer Bedeutung. Blickt man auf die damaligen Zustände und Ereignisse zurück, so kann man ein Gefühl der Scham und namentlich der Leere nicht unterdrücken: Rein emotionale Leidenschaften fluteten chaotisch hin und her; eigentlich konstruktive Aufbauideen fehlten vollkommen. Erst eine künftige Geschichtsschreibung wird feststellen können, wie weit überhaupt positive schöpferische Kräfte in den Novembertagen entbunden wurden, und wie weit es sich lediglich um einen katastrophalen Zusammenbruch eines morschen Gebäudes handelte.

Die militärische Katastrophe stellt *Hermann Schützinger* in einer Broschüre *Zusammenbruch: Die Tragödie des deutschen Feldheeres dar* /Leipzig, Ernst Oldenburg/. Die Vorzüge der frischen Darstellungsart des Verfassers, die den Lesern der Sozialistischen Monatshefte bekannt sind, treten erfreulich hervor.

Ein besonderes Kapitel bilden die Bücher für und gegen die Hohenzollern.

Den ehemaligen Kronprinzen sucht *Carl Lange* in einem Buch *Der Kronprinz und sein wahres Gesicht* Leipzig, Fr. Wilh. Grunow herauszustreichen. Carl Lange gehörte vor dem Krieg als Chefredakteur der Ostdeutschen Monatshefte in Danzig zur nähern Umgebung des Kronprinzen. Die Darstellung ist der Gefühlsausdruck eines an der monarchischen Vergangenheit hängenden Menschen.

Andere Bücher suchen, nicht erfreulicher, systematisch die Geschichte der Hohenzollern herabsetzend darzustellen. Solche hämischen und kleinlichen Angriffe können vom politisch-historischen Standpunkt ebensowenig gebilligt werden. Der Göttinger Privatdozent *Wilhelm Mommsen* hat in der *Frankfurter Zeitung* eine Schrift dieser Art: *Das wahre Gesicht der Hohenzollern* von *Emil Graßhoff* Berlin, Gustav Ziemsen, niedriger gehängt. Wirklich republikanische Gesinnung braucht derartige Geschichtsklitterungen nicht. Die tendenziösen Geschichtsentstellungen von nationalistischer Seite sollte man nicht durch entsprechende linksgefärbte erwidern. Auf diese Weise wird die uns so nötige Klarheit und Besinnung auf das Wesentliche und Werdende nicht geschaffen. Vom bayrisch-partikularistischen Standpunkt aus ist das 1865 zuerst veröffentlichte, 1920 neu aufgelegte Buch *Venanz Müllers* *Die Lüge vom Hohenzollernsegen* (Die Hohenzollernkönige in der Kulturgeschichte) geschrieben München, Jos. C. Huber/. Das Werk verrät zwar gute Kenntnis der Quellen, benutzt diese aber kritikalos und stellt das Negative in den Vordergrund. An einem Beispiel: der Darstellung der in üblem Leumund stehenden Zeit Friedrichs I konnte der Bearbeiter dieser Rundschau aus genauer Kenntnis der Akten kritikloses Weitergeben unkontrollierbarer Gerüchte konstatieren. Durch den neuen Streit um die Frage der Fürstenentschädigung wieder aktuell wird das Buch *Kurt Heinigs* *Hohenzollern: Wilhelm II und sein Haus* /Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft/. Es entstand aus Heinigs Mitarbeit an der Liquidation der Krone. Bei den Verhandlungen der preußischen Regierung mit den Hohenzollern dürfte das Buch eine gewisse Rolle spielen.

Die bekannteste unter allen Darstellungen der letzten Hohenzollernzeit ist *Emil Ludwigs* Buch *Wilhelm II* /Berlin, Ernst Rowohlt/. Bei aller Anerkennung der schriftstellerischen Leichtigkeit und Farbigkeit der Schilderungen, die durchaus

fesseln und anregen, kann das Werk doch nicht als wirkliches Geschichtswerk über die vielumstrittene Zeit gelten. Es ist rein individualpsychologisch angelegt, sieht alle Geschehnisse nur von der Person des ehemaligen Kaisers aus und berücksichtigt so gut wie gar nicht die gesamteuropäischen Verhältnisse. Auch die Geschichte der Vorkriegszeit muß noch geschrieben werden.

Archäologie Der bekannte Forscher der Prähistorie *Otto Hauser* veröffentlichte eine Urgeschichte auf Grundlage praktischer Ausgrabungen und Forschungen /Jena, Thüringer Verlagsanstalt/. Der eigentliche Wert der Arbeit liegt gerade darin, daß der Verfasser auf der praktischen Ausgrabungstätigkeit fußt. Schade, daß dieses exakte wissenschaftliche Werk mit Polemiken im Freidenkerstil belastet ist. Eine rein empirische Verarbeitung der Funde ohne die allgemeinen Erörterungen der ersten Kapitel entspräche mehr der Würde des Gegenstandes. Dennoch verdient das, was die Schrift gibt, freudige Anerkennung; sie wird jedem Leser etwas bieten, der über den Stand der heutigen vorgeschichtlichen Forschung unterrichtet werden will. Hauser unternahm seine Ausgrabungen meist in Südfrankreich, in der Dordogne. Er gedenkt mit Anerkennung der Zusammenarbeit mit manchen französischen Gelehrten. Fast auf jeder Seite wendet er sich gegen die Museums- und Zunftgelehrten, die ihn ablehnen dürften. Die Hauptaufgabe seines Buchs ist es nachzuweisen, daß zwischen Chelléen, Achenléen und Mustérien einerseits, Aurignacien und Solutréen andererseits eine Stufe des Micoquien liegt. Die Stufenbezeichnungen stammen alle aus dem französischen Ausgrabungsgebiet. Mit dem südfranzösischen Fund werden vor allem auch die neuen mährischen Ausgrabungen bei Preau in Verbindung gebracht, ebenso das Fundgebiet von Ehringsdorf-Weimar-Taubach und Ausgrabungen im sonstigen Mitteldeutschland und in Bessarabien. Hauser arbeitet viel mit Hermann Klaatsch zusammen. Er erwähnt auch einige der neuesten Ausgrabungen in Deutschland und Mähren, so einen interessanten Fund aus einer Eiszeitsiedelung in Oberhessen, den Heinz Richter /Gießen/ machte. Kurz wird die künstlerisch besonders reiche Madeleinestufe behandelt. Eine Tafel über die diluvialarchäologischen Entwicklungskreise erläutert die Darstellung in sehr willkommener Weise.

An der Ostküste von Yucatan sind weitere Reste der alten *Majakultur* aufgefunden worden. Es wurde die Stadt Coba, eine der alten Hauptstädte des Landes, aufgedeckt, deren Monumente auf das Jahr 333 vor Christus weisen. Bedeutend ältere Reste der Majakultur sind in Britisch Honduras aufgefunden worden. Bei Ausgrabungen in der alten Majastadt zu Lubaantum machte man die überraschende Entdeckung, daß sich unter ihren Trümmern die noch gut erhaltenen Ruinen einer noch ältern Majastadt befinden. Die obere Stadt muß um mindestens 2000 Jahre zurückdatiert werden, die darunter liegenden Bauten dürften noch viel älter sein.

In einer Sitzung der Berliner Anthropologischen Gesellschaft sprach Carl Schuchhardt über germanische Burgen und slawische Rundlinge. Seit langem treibt Schuchhardt Forschungen über den Zusammenhang zwischen *germanischen und slawischen Siedelungen*, die ihn nun zu einem bestimmten Ergebnis geführt haben. Er hatte zuerst auf der Römerschanze bei Potsdam Grabungen gemacht, die ihn aber nur zur Aufdeckung eines Hauptgrundrisses führten. Auf der Burg Raalshebbel bei Starzeddel, die inmitten sumpfiger Wiesen liegt, gelang es ihm die Siedlungsform der germanischen Burg festzustellen. In dieser Siedelung fand er auch nach langen Bemühungen ein einziges slawisches Haus auf sowie ein kleineres Haus ohne Herdanlage, vermutlich einen Versammlungs-ort der Burggemeinde. Das Ganze sei offensichtlich keine Herren- sondern eine Genossenschaftsburg gewesen. Sie entspreche nun in ihrer Anlage genau dem slawischen Rundling, der besonders aus dem hannoverschen Wendland bekannt sei. Schuchhardt glaubt, daß die hannoverschen Rundlinge germanische Siedelungen darstellten, die die Slawen bei ihrer Einwanderung vorgefunden hätten.

Kurze Chronik Unter den *Preisaufgaben* der Berliner Universität für das Jahr 1927 wurde von der Philosophischen Fakultät auch das folgende Thema gestellt: »Die russische Memoirenliteratur des 18. Jahrhunderts als kulturhistorische Quelle.« ◊ Das Ordinariat für Geschichte, insbesondere bayrische Landesgeschichte, an der Universität Würzburg wurde dem Münchener Historiker *Maximilian Buchner* übertragen. Um die Neubesetzung dieser Professur entspannen sich lebhaftige Kämpfe zwischen den verschiedenen bayrischen Landtagsparteien.

Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff**Hochverrat**

Eine Reihe von Urteilen, die das Reichsgericht letztlich in Hochverratsprozessen gesprochen hat, gibt zu schwersten Bedenken Anlaß. Es ist nicht nur in Verleß und Vertrieb unzweifelhaft künstlerischer Produktion (wie Johannes Robert Bechers Levisit oder Der einzig gerechte Krieg und Bertha Lasks Drama Thomas Münzer) Vorbereitung zum Hochverrat erblickt, sondern auch die Tätigkeit des Druckers, ja des Boten bei Herstellung und Verbreitung kommunistischer Propagandaschriften in die gleiche Rubrik eingereiht worden. Unbestreitbar ist, daß durch Vertrieb von Schriften Hochverrat vorbereitet werden kann, und selbstverständlich, daß dagegen vorgegangen werden muß. Voraussetzung ist aber, daß es sich um ein *bestimmtes* hochverräterisches Unternehmen handelt. Jede andere, anscheinend vom Reichsgericht neuerdings vorgenommene weitergehende Auslegung führt zu Folgerungen, die einer Bestrafung der bloßen verfassungsfeindlichen Gesinnung als solcher, ohne Betätigung auf ein bestimmtes hochverräterisches Unternehmen, gleichkommt. Das ist bolschewistische Auffassung und selbstverständliche Praxis der bolschewistischen Regierung Rußlands, die ihrer zur Aufrechterhaltung einer auf Gewalt gegründeten Herrschaft bedarf. In einem Staatswesen, das, wie das Deutsche Reich, wenigstens im Prinzip, auf republikanischer Grundlage steht, die Freiheit seiner Angehörigen voraussetzt und verbürgt, ist keine Gesinnung als solche strafbar. Es widerspricht daher entschieden der Reichsverfassung, wenn in der künstlerischen Produktion und ihrer Verbreitung die bloße Gesinnung verfolgt wird. Neben den Buchhändlern auch noch die Setzer und Buchdrucker zu verfolgen ist absurd. Wer das tut, verkennt völlig die Stellung dieser Art von Angestellten im Druck- und Verlagsgewerbe. Diese sind nämlich zur Prüfung des Gehalts der Schriften weder verpflichtet noch auch nur berechtigt, also in jedem Betracht unverantwortlich. Der Protest des Schutzverbands deutscher Schriftsteller gegen die Urteile ist durchaus begründet.

Zwischenstaatliche Rechtsangleichung

Zu Anfang dieses Jahres wurden in Wien ein Vormundschaftsabkommen und ein Nachlaßabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Deutschen Reich unterzeichnet. Die Vormundschaft

über einen im andern Staat lebenden Minderjährigen kommt nach den Vorschriften des Haager Abkommens den zuständigen Behörden des Heimatstaats zu. Nach dem Wiener Vormundschaftsabkommen sollen nunmehr die beiderseitigen Staatsangehörigen in vormundschaftlicher Hinsicht den Inländern gleichstehen. Hierdurch wird vor allem die persönliche Fühlungnahme mit dem Mündel erleichtert. Nach dem Nachlaßabkommen wird der gesamte Nachlaß der beiderseitigen Staatsangehörigen durch die Behörden und nach dem Recht des Heimatstaats geregelt. Das Abkommen bedeutet einen großen Schritt vorwärts auf dem Weg deutsch-österreichischer Rechtsangleichung, der durch die erfreuliche Zusammenarbeit im Strafrecht begonnen wurde. Es fördert daneben auch die politische Angleichung der beiden Staaten. Hieran mag eine allgemeine Bemerkung geknüpft werden. Zwischenstaatliche politische und wirtschaftliche Verständigung müssen notwendig auf dem Gebiet des Rechtswesens ergänzt werden. Ohne Verständigung über zwischenstaatlichen Rechtsverkehr wirken oft politische, in jedem Fall wirtschaftliche Abkommen zwischen Staaten nicht so wie es der Absicht und dem Interesse der Staaten entspricht; ganz zu schweigen von dem bedeutenden Faktor kultureller Verständigung, der in solcher Rechtsannäherung liegt. Auf die praktische Politik der Gegenwart angewandt, würde die Durchführung dieses Grundsatzes dringend eine Reform und Neuschaffung deutsch-französischer Rechtsabkommen nahelegen, vor allem auf dem Gebiet des Handelsrechts und des engeren internationalen Privatrechts. Die einschlägigen Bestimmungen des deutsch-französischen provisorischen Handelsvertrags vom 5. August 1926 können in dieser Hinsicht nur als bescheidene, wenn auch überaus wichtige Ansätze bewertet werden. Aufgabe einer weitsichtigen Außenpolitik wird es sein neben den Fragen der großen Politik im Verhältnis Frankreichs und Deutschlands zu einander auch die Fragen der Rechtsannäherung nicht zu sehr in den Hintergrund treten zu lassen.

Justizvereinheitlichung

Es ist freilich schwer internationaler Rechtsverständigung das Wort zu reden, wenn man in Deutschland sich nicht einmal entschließen kann, trotz einheitlichem Reichsstraf-, zivil- und -prozeßrecht eine einheitliche Reichsjustizverwaltung zu schaffen. Die Lösung dieser Aufgabe hat mit Zentralismus oder Fö-

derialismus nichts zu tun. Sie sollte unabhängig von politischer Stellungnahme einmütig gefordert werden. Es ist bei der Lage, in der sich Deutschland jetzt befindet, unbegreiflich, wie eine leicht durchzuführende Vereinheitlichung des Justizwesens unter Übergang der Justizhoheit von den Ländern auf das Reich nicht vorgenommen wird. Es ist geradezu grotesk, wenn wegen der Unantastbarkeit der Justizhoheit der Länder in Oldenburg auf ein Landgericht ein eigenes Oberlandesgericht, in Lübeck auf ein einziges Amtsgericht ein Landgericht entfällt. Leider hat die Nationalversammlung bei der Beratung der Reichsverfassung diesen Gedanken abgelehnt, weil sie der Staatsrechtslehre nicht vorgehen wollte. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß neuerdings der Abgeordnete Wilhelm Kahl bei der Beratung des Justizetats im Reichstag wiederholt auf die unbedingt notwendige Vereinheitlichung der Justizverwaltung hingewiesen hat. Es sind ja auch nicht nur finanzielle Gründe, die hierzu zwingen werden. Denn selbstverständlich wird auch eine im Reich zusammengefaßte Justizhoheit nicht ohne Auswirkung auf die Einheitlichkeit der Rechtsprechung und Rechtspflege bleiben. Die Einrichtung des Reichsrichtertums würde mehr als einen der jetzt auf dem Gebiet des Rechtswesens bestehenden Gegensätze zwischen Reich und Ländern für immer ausschalten.

Informations- Eine fühlbare Lücke füllt die unter dem Titel Die **mittel** Rechtsprechung des Reichsgerichts zum Arbeitsrecht /Mannheim, J. Bensheimer/ von Hermann Dersch, Georg Flatow, Alfred Hueck und Hans Carl Nipperdey herausgegebene Sammlung von Aufsätzen über das *kollektive Arbeitsrecht* und das Arbeitsvertragsrecht aus, deren 1. Band vorliegt. Dem Werk dieser vorzüglichen Sachkenner wird durch die Neuschaffung der Arbeitsgerichte besonders erhöhte Bedeutung beikommen.

Der Breslauer Professor Axel Freiherr von Freytagh-Loringhoven gab die *Satzung des Völkerbunds mit Einleitung und Erläuterungen* heraus /Berlin, Georg Stilke/. Abgesehen von der naturgemäß politisch gefärbten Einleitung ist der Kommentar, trotz der bekannten außenpolitischen Haltung des Verfassers, sachlich fast durchweg korrekt. Das überaus fleißig zusammengetragene Material ist von erheblichem Wert.

Das Haager und das Genfer *Kriegsverhütungsrecht* ist unter diesem Titel

für eine Sammlung des einschlägigen Urkundenmaterials in deutscher Übersetzung von Karl Strupp /Mannheim, J. Bensheimer/ herausgegeben worden. Die ausgezeichnete Sammlung enthält dankenswerterweise auch das Genfer Protokoll vom 2. November 1924, das nicht in Wirksamkeit getreten ist.

Das *Wörterbuch des Völkerrechts* /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ schreitet rüstig vorwärts. Mit der 14. Lieferung begann bereits der 3. Band.

In bewährter Weise setzt der Industrieverlag Spaeth & Linde in Berlin seine verdienstvolle Sammlung der *Kommentare* fort. Die neuesten Bände behandeln das Einkommensteuergesetz vom 10. August 1925, das preussische Stempelsteuergesetz vom 27. Oktober 1924, das Reichsbewertungsgesetz vom 10. August 1925, endlich die Aufwertungsgesetze vom 16. Juli 1925 mit sämtlichen zu ihnen gehörenden Ausführungsbestimmungen.

In den Hamburgischen Schriften zur gesamten Strafrechtswissenschaft /Mannheim, J. Bensheimer/ kam die Arbeit Walter Herrmanns über das *Hamburgische Jugendgefängnis Hahnöfersand* in Neuauflage heraus. Sie enthält einen Bericht über die in dem Jugendgefängnis 1921-1922 geleistete Erziehungsarbeit und bildet die praktische Ergänzung zu dem im gleichen Verlag veröffentlichten Buch Curt Bondys *Pädagogische Probleme im Jugendstrafvollzug*.

Juristische Gutachten über den *Fall Fechenbach* enthält eine von Max Hirschberg und Friedrich Thimme herausgegebene Broschüre /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Wenn auch die Verurteilung Fechenbachs als solche nicht mehr aktuell ist, namentlich da sie jetzt endgültig aufgehoben ist, so ist es doch die Methode, die zu ihr geführt hat. Die Gutachten anerkannter Rechtslehrer bieten ein über den Einzelfall hinausgehendes wissenschaftliches und politisches Interesse. Die Arbeit Recht und Politik im Fall Fechenbach von P. Dreyfus und Paul Mayer /Berlin, Ernst Rowohlt/ gibt wertvolles Material aus der Verhandlung des Landesverratsprozesses und des Schuldliügenprozesses. Die Darstellung ist interessant und sehr flüssig.

Unter dem Titel Jean Jaurès, seine Ermordung vor dem Schwurgericht in Paris /Ludwigsburg, Verlag Friede durch Recht/ gibt Arthur Dieseldorff einen knappen lesenswerten und für deutsche Leser lehrreichen Überblick über die Verhandlung des *Prozesses gegen Villain*, der beim Ausbruch des Weltkriegs den Wahrer des Weltfriedens tötete.

Totenliste

Am 26. März 1926 starb in Freiburg im Breisgau *Constantin Fehrenbach*, 74 Jahre alt. Er war aus der Rechtsanwaltschaft hervorgegangen, in der er durch seine vorzügliche Redegabe vor allem als Strafverteidiger wirkte, und kam schon frühzeitig zur Politik. Seine politische Laufbahn führte ihn nach der Staatsumwälzung als Präsidenten des Reichstags und als Reichskanzler in die höchsten Ämter.

Die Leipziger Juristische Fakultät erlitt einen schweren Verlust durch das Hinscheiden *Adolf Wachs*, der, über 82 Jahre alt, im April starb. Er hat sich um die Wissenschaft, aber auch um die Technik des Rechts außerordentliche Verdienste erworben. Seine Arbeiten wirkten vor allem auf dem Gebiet des Prozeßrechts bahnbrechend.

Im gleichen Monat starb in Wien der österreichische Rechtslehrer *Franz Klein*, 72 Jahre alt. Klein war als Gelehrter wie als Politiker und Staatsmann gleich ausgezeichnet. Besonderes Verdienst erwarb er sich auch um die Jugendfürsorge durch Schaffung von Waisenträtern, Jugendpflegegerichten und Veranstaltung von Jugendfürsorgeräten.

Am 8. August starb der Heidelberger Universitätsprofessor *Eugen von Jagmann*, im Alter von 77 Jahren. Er galt als einer der bedeutendsten Kenner des Gefängniswesens.

Am 3. Januar 1917 starb in Berlin der älteste der Berliner Rechtsanwälte *August von Simson*, in seinem 90. Lebensjahr. Er war der Sohn des ersten Reichsgerichtspräsidenten Eduard von Simson und erfreute sich durch seine Erfahrung und seinen Charakter hohen Ansehens.

Kurze Chronik

Anfang des Jahres trat in Paris im Internationalen Institut für geistige Zusammenarbeit eine *Internationale Juristenkonferenz* zusammen. Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Vereinheitlichung des internationalen Rechts, die Herausgabe einer internationalen Zeitschrift und der internationale Schutz des geistigen Eigentums. Die Vereinigten Staaten von Amerika und leider auch Deutschland blieben der Konferenz fern.
 ◊ Mitte März verhandelte das Kriegsgericht in Lyon gegen 2 *Kriegsdienstverweigerer*, die sich 1914 der Einziehung entzogen und seit jener Zeit in einer Berghöhle unter furchtbaren Entbehrungen gelebt hatten. Einer ihrer Verwandten, der selber den Krieg mitgemacht hatte und auch ausgezeichnet worden war,

sagte vor Gericht von ihnen aus: Sie wollten lieber Gott gehorchen als den Menschen. Sie zogen es deshalb vor sich ins Gebirge zurückzuziehen und dort 12 Jahre lang ein Leben zu führen, für das ich, der ich den ganzen Krieg mitgemacht habe, zu feige gewesen wäre. Ein Pfarrer bekundete: Wer sie in ihrem unerbittbaren Glauben an den göttlichen Willen gesehen hat, der darf an ihrer Aufrichtigkeit nicht zweifeln. Ihr Verteidiger sagte: Die Schuld dieser armen Männer ist, daß sie kein Blut vergießen wollten. Wer wagt es sie zu verurteilen? Das Gericht zeigte, daß es der selben Meinung war. Denn es verurteilte die Angeklagten zu 3 Jahren Gefängnis, bewilligte ihnen aber Strafaufschub, so daß sie faktisch freigesprochen sind. Dieses Urteil eines französischen Kriegsgerichts sollte in der ganzen sogenannten zivilisierten Welt beachtet werden.
 ◊ Im Februar wurde in Erfurt ein *Republikanischer Juristenbund* für Mitteldeutschland gegründet. Viele republikanische Juristen und Verwaltungsjuristen Thüringens und der Provinz Sachsen gehören ihm an.
 ◊ An Stelle Hugo am Zehnoffs, der am 4. März zurücktrat, wurde der Landtagsabgeordnete und Senatspräsident am Kammergericht Hermann Schmidt *preussischer Justizminister*. Nach der parlamentarischen Vergangenheit des neuen Ministers ist zu erwarten, daß er das in ihn gesetzte Vertrauen bewahren und die Zügel der Justizverwaltung, die seinem Vorgänger infolge seiner Kränklichkeit etwas entglitten waren, wieder fest in die Hand nehmen wird. Die Notwendigkeit bedarf keiner weiteren Ausführung.
 ◊ An Stelle Joseph Heimbergers, der nach Frankfurt geht, wurde *Alexander Graf zu Dohna* aus Heidelberg Professor an der Universität Bonn.
 ◊ Als dessen Nachfolger ging *Gustav Radbruch* nach Heidelberg.
 ◊ Der dort neu errichtete Lehrstuhl für Arbeitsrecht wurde mit *Wilhelm Groh* aus Gießen besetzt.
 ◊ Für internationales Recht wurde *Walter Schücking* nach Kiel berufen. Bemerkenswert ist, daß dem Gelehrten gleichzeitig ein besonderer Lehrauftrag für die geschichtliche Entwicklung der internationalen Friedensbewegung erteilt wurde. Durch diesen Auftrag, den ersten dieser Art im Reich, ist eine alte Forderung der Anhänger der Friedensbewegung erfüllt.
 ◊ Arthur Nikisch *habilitierte* sich in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der Dresdener Technischen Hochschule für Arbeitsrecht; seine Habilitationsschrift heißt *Die Grundformen des Arbeitsvertrags und der Anstellungsvertrag*.

Literatur Über die Grundbegriffe der Rechtsphilosophie kann man sich in *Carl August Emges* Vorschule der Rechtsphilosophie /Berlin, Walther Rothschild/ in kurzer Systematik hinlänglich unterrichten. ◊ Der Verlag Albert Langen in München hat sich mit der Herausgabe seiner Bücher der Bildung ein Verdienst erworben. Der Band *Recht und Sitte*, der Ausgewähltes aus den Schriften *Rudolf von Iherings* enthält, ist mit sehr gutem juristischen Geschmack zusammengestellt. Gerade heute wird eine Reihe von Kapiteln über Recht, Staat und Gesellschaft sowie über soziale Ethik mit Nutzen gelesen werden können. ◊ Philosophie des Strafrechts betitelt sich das im Auftrag *Josef Poppers* von Margit Ornstein aus dessen literarischem Nachlaß herausgegebene, von Julius Osner mit einem Vorwort versehene Buch /Wien, R. Löwit/. Das tief durchdachte und mit warmem Herzen geschriebene Werk sollte allen an der Strafrechtsgesetzgebung beteiligten Stellen bekannt werden. ◊ Eine interessante Auffassung von der Entstehung der Strafe wird in der vom Verlag Gustav Fischer in Jena herausgegebenen Rede *Heinrich Gerlands* zur Feier der akademischen Preisverteilung vertreten. ◊ Den Grundriß eines Systems der reinen Rechtslehre sucht *Felix Kaufmann* in seiner Arbeit *Logik und Rechtswissenschaft* /Tübingen, J. C. B. Mohr/ zu liefern. Sie bildet einen Beitrag zur Lehre vom Recht als solchem. ◊ Im Verlag Ernst Wiegandt in Leipzig erschien die Vorlesung *Hermann Jahrreiß'* über Völkerbundmitgliedschaft und Reichsverfassung. Sie ist eine interessante theoretische Auseinandersetzung. ◊ Die *Kriminalistischen Abhandlungen* /Leipzig, Ernst Wiegandt/ sind neben kriminalpolitischen auch kriminalpsychologischen Untersuchungen gewidmet. Das 1. Heft enthält einen Vortrag des Herausgebers Franz Exner über Krieg und Kriminalität, im 2. Heft behandelt Sebastian von Koppensfeld die Kriminalität der Frau im Krieg. Beide Hefte enthalten wertvolle Gedanken, das 2. Heft auch umfangreiches Material zu dem aufgeworfenen Problem. ◊ Die *Biobibliographischen Beiträge zur Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaften* /Berlin, R. L. Prager/ bringen in ihrem 1. Heft eine Skizze über den 1924 verstorbenen Berliner Rechtslehrer Emil Säckel von Paul Abraham und in ihrem 2. Heft eine solche über Ludwig Gumpłowicz, den polnischen »Zola der Staatswissenschaften«, von Bernhard Zebrowski.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Brandes † Wahrlich, ein großer Mann ist am 19. Februar in Kopenhagen gestorben. Georg Brandes hat mehr als 60 seiner 85 Jahre in der europäischen Gedankenwelt gelebt. Er hat nach dem russischen Ostenausschau gehalten, er hat sich im mittlern Europa niedergelassen, er wurde in der französischen Literaturwelt heimisch, und dann fuhr er auch in das britische Reich hinüber, um das größte englische Genie, William Shakespeare, zu erfassen. Nachdem Hippolyte Taine und Sainte-Beuve in Frankreich, Carlyle und Macaulay in England und in Deutschland Männer vom Schlag Viktor Hehns gestorben waren, blieb der Däne Georg Brandes der letzte, der das gesamte literarische und philosophische Leben des europäischen Kontinents überschaute. Der Mann, der einem kleinen Land entstammte, reiste früh hinaus, um ein Vermittler zwischen den einzelnen Nationen der Erde zu sein. Erinnerung man sich an das ungeheure und erstaunliche Werk *Georg Brandes'*, so tritt man in die gesamte Weltliteratur ein. Zunächst seine Studien zur französischen und deutschen Romantik. Man verwundert sich, daß dieser scheinbar so weltliche Mann im Grunde einen tiefen religiösen Sinn besaß. Von diesen Studien zur Romantik konnte Georg Brandes denn auch eigentlich niemals loskommen. Er wollte zum Beispiel niemals glauben, daß die Naturalistenschule um Emile Zola etwa nur eine Schule von Freunden der handgreiflichsten und alltäglichsten Wahrheit sei. Er glaubte im Gegenteil durchaus daran, daß der geniale Künstler durch die noch immer sehr geheimnisvolle und keineswegs aufgeklärte Inspiration geschaffen werde. Er bemühte sich zum Beispiel in Zola die Phantastik und Romantik aufzuspüren und zu beweisen, daß der glühende Theoretiker des Naturalismus ein besessener, von dunkelsten Trieben und Träumen erregter Dichter gewesen sei. Sicherer Instinkt war während eines halben Jahrhunderts der beste Wegweiser von Georg Brandes. Ihm war es möglich neben den romantischen Dichtern auch die rationalistischen Philosophen, etwa den nüchtern in die Erkenntnis hineinhackenden Stuart Mill, mit gleicher Schmiegsamkeit zu begreifen. In einem Alter, da Schriftsteller längst der Unfruchtbarkeit oder der Kränklichkeit verfallen sind, machte sich

Brandes daran enzyklopädische Werke zu schreiben. Homer, Goethe, Shakespeare, Julius Caesar, Voltaire und schließlich Jesus Christus waren die Persönlichkeiten, denen seine letzten Studien galten. Noch einmal wandte der große Gelehrte die Erfahrungen der Forschung an, die er im Lauf der Jahrzehnte gesammelt hatte. Er isolierte nicht etwa die genialen Dichter, indem er nur die Geschichte ihres Werkes schrieb, nein, die ganze Kulturgeschichte und alles, was in sie einbezogen ist: Anekdoten, Klatsch, Liebe und Liebelei, sogar Zoten, interessierte den umfassenden Geist.

Historische Epik

Der Holländer *Egmont Colerus* drapiert mit großer Ausdauer Szenerieen, in denen die Heroen der Weltgeschichte und des Geistes auftreten. Er erzählt den Roman des Marco Polo (Zwei Welten /Wien, Paul Zsolnay/), den seelischen Werdegang des antiken Denkers (Pythagoras /Wien, Paul Zsolnay/), schreibt eine Novelle vom römischen Kaiser (Tiberius auf Capri /Wien, F. G. Speidel/). Wir sehen wohl nicht die Zusammenhänge und Gesetze, die das weltgeschichtliche Geschehen bestimmten, wir sehen aber in Exotik oder in Umgangsformen der Vergangenheit hinein. So sind es mehr Randbemerkungen oder Regieanmerkungen zur Weltgeschichte, nicht diese selbst, die der Epiker hier gibt. Die Farbenpracht fremder Landstriche oder eines venetianischen Karnevals wird geschildert. Die Seele, die durch das geschichtliche Getriebe wandert, wird nicht bloßgelegt. Es ist mehr ein Zusammenfügen des Geschehens nach aufgestöberten Dokumenten.

Indem *Wilhelm von Scholz* den Roman der mittelalterlichen Äbtissin Perpetua und ihrer als Ketzerin verbrannten Schwester erzählt /Berlin, Horenverlag/, gräbt er auch Dokumente aus, heftet er sich zunächst auch nur an den Willen auszudeuten, was in der Vergangenheit geschah. Doch bald bewältigt den Dichter, der von einem Hang zum Mystischen gelenkt wird, das Stoffliche. Zunächst erfahren wir nur Dinge der Chronik. Zunächst wird nur ein Zuständliches geschildert, Kleinbürgerleben des mittelalterlichen Augsburg. Dann aber wachsen die Menschen und die Ereignisse in der Phantasie des Erzählers. Er wird so heiß, und er bleibt trotzdem so überlegen, daß der Chronikstil verlassen wird, und die Vergangenheit zu einem großartigen Bild und Sinnbild des Abergläubens, der Leidenschaft, der Fröm-

tigkeit, der Grausamkeit und der Güte zusammenwächst. Darum ist dieser deutsche geschichtliche Roman ein wirklich schönes Buch. Das Hausbackene wird vergessen. Zum Schluß kann man nur die hohe Gabe des Erzählers bewundern.

Ganz breit ist alles in diesem Roman angelegt. Und gerade diese Breite bedeutet einen wirklich epischen Stil. Der so melancholische Lyriker *Curt Bläß* will die Historie verdichten. Ihm behagt es in einer Novelle *Der Grund* Leipzig, H. Haessel, deren Stoff einer fremden und verschütteten Vergangenheit angehört, eine moralische Rechtfertigung für die Schwäche der Menschennatur zu suchen. Colerus und noch mehr Scholz vertiefen sich in den Menschen, der gewesen ist. Bläß benutzt das Kostüm und die soziale Gewohnheit der Vergangenheit nur, um den Menschen unserer Zeit zu charakterisieren und von rückwärts nach vorwärts zu beleuchten. Wenn er nun, außerordentlich verdichtend und überaus rasch und spannend, die Geschichte eines Mörders erzählt, der nur aus pessimistischem Überdruß an der Erde ein unschuldiges Menschenleben vernichtet, will der Dichter einer ihn qualenden Besessenheit Erleichterung verschaffen. Er will die Ziellosigkeit des ästhetischen Menschen zeigen, der in seinen Sensationen verzagt, weil sie ihn vom normalen Dasein forttreiben. Die ästhetische Existenz, woforn sie nur den genießenden, nicht den produzierenden Menschen bereichern soll, führt leicht die Katastrophe herbei; sie erschüttert das Seelengleichgewicht, und dann folgt eben eines Tages die Verzweiflungstat.

Gegenwarts- epik

Es scheint, daß jetzt die Tage kommen, die den Erzählern gestatten ihr letztes Weltenschicksal zu gestalten, das heißt die Blutvergangenheit des Krieges und dessen, was danach folgte. So oft und so lange forderten wir während der letzten Jahre das Epos des Krieges, noch besser das Epos der Epoche nach dem Krieg. Der Krieg hat ja einige erschütternde Zustandsschilderungen hervorgebracht. *Henri Barbusse*, der Europa das Mitgefühl gelehrt hat erzog die Erinnerungskünstler, die hiervon schrieben. Er hat sich aber, wie es einem Mann von so mächtigen Gaben natürlich ist, nicht darauf beschränkt nur den Blutwirrwarr zu klären. In seinem Roman *Klarheit* /Zürich, Rascher & Cie./ gab er schon das Bild der Zukunft, wie er sie sich dachte, und er legte in die Gedanken, in den Mund seiner Menschen die Träume und

Worte hinein, die das Kommende regieren sollen. Er hat nun eine Anzahl von Schülern, die bewußt oder unbewußt in seinem Stil weiterschaffen.

Wenn *Karl Lieblich* seine Erzählung *Das proletarische Brautpaar* ein »Volkslied in Prosa« nennt /Jena, Eugen Diedrichs/, so weicht er sich in schöner Hingebung, in jener Schlichtheit, die seine stoffliche Aufgabe verlangt. Barbusse war ein lyrischer Naturalist gewesen, der fortsetzte, was Zola und Charles Louis Philippe begonnen hatten. Zola betrieb die dynamische Psychologie des Proletariats. Barbusse entdeckte die mikroskopierende Methode. Wir hatten das Kleinleben des Bürgerstands in Tausenden von Büchern kennen gelernt, wir wußten vom Seelenleben des Proletariats auch dann sehr wenig, als wir schon die ökonomischen Bedingungen der proletarischen Existenz kennen gelernt hatten. Und nun vollendet *Karl Lieblich* die Entdeckung dieser proletarischen Kleinwelt. Seine Geschichte ist wirklich ein Volkslied. Die Ungeschicklichkeit des Stils ist beinahe ein Stil. Gebrauch von Leitartikelworten eröffnet eine eigentümliche poetische Welt. Die Fabrikarbeiterin und der Fabrikarbeiter stehen in Mitteldeutschland vor den Buden des Jahrmärkts. Und für sie sind all diese banalen Sachen, die dürrtigen Feuerwerke, die Zauberbuden, die fliegenden Kneipen, die randalierende Kirmesmusik und der Spektakel der treibenden Massen, wirklich ein Erlebnis. Der Erzähler macht uns neugierig auf Dinge, die wir tausendfach zu wissen vermeinten, und die nun plötzlich in ganz anderm Licht erscheinen. Was da geschieht, irgendein ungezügelter Aufstand streikender Proletarier, etwa der der Hölzrevolte ähnelnd, bedeutet eigentlich wenig. Viel bedeutet aber die Objektivität, mit der alles berichtet wird. Sogar im schlechten Zeitungsdeutsch wird manches vortragen, und es ist trotzdem, da es eben ökonomisch in den allgemeinen Weltverlauf eingegliedert wird, etwas ganz anderes als eine bloße Kolportage.

Von dem gleichen Wunsch nach einer Erkenntnis der letzten Vergangenheit geleitet schrieb *Oskar Maria Graf* ein Bekenntnis aus diesem Jahrzehnt, eine Selbstbiographie. Er schrieb als Dichter, als Novellist, der schon vieles produzierte, Lyrik und Novellen. Er gab seiner Selbstbiographie einen moralischen Obertitel: *Wir sind Gefangene* /München, Dreimaskenverlag/. Er ist jedoch mehr als ein Memoirenschreiber, weil auch in ihm der Hang zu dieser mikro-

skopierenden Psychologie waltet. Das Wichtigste in seinem Buch ist der Bericht über die Münchener Rätezeit. Wir begegnen den Namen Eisner, Landauer, Mühsam und Toller. Und doch handelt es sich um Wichtigeres als um Festlegung des trockenen Materials. Es offenbart sich Antrieb wie Urtrieb des Revolutionärs. Es bewegt sich das Körperliche und Geistige so stark, daß sich die handelnden Gestalten, in deren Mitte *Graf* sich als Beobachter hineinstellt, wie dichterische und erfundene Geschöpfe entfalten. In dieser nicht gewollten und nicht konstruierten Haltung liegt der Wert des mehr als 700 Seiten starken Buches. Man könnte sagen, dieses Bekenntnis ist die dichterische oder epische Vorstufe zu dem großen Zeitroman, der die Jahre von 1918 bis 1927 umfaßt. Das meiste andere, mag es auch von *Otto Flake* und *Arthur Holitscher* geschrieben sein, erscheint da nur als Kolportage oder unaufgelöste Zustands- oder Zufallsbetrachtung.

Von dieser Zeit wurde auch *Arnold Ulitz* dichterischer berührt als die vielen Experimentatoren, die diesen Dingen nahekommen wollten. Sein Roman *Christine Munk* /München, Albert Langen/ berührt sich in entscheidenden Kapiteln mit den Aufzeichnungen *Graf*s. Er entdeckte auch schon die neue, vor modernen technischen Fachausdrücken nicht zurückschreckende Sprache, die sicher notwendig ist, damit der Roman dieser letzten 10 Jahre in Deutschland gemeistert wird. Die Russen haben es leichter dieses epische Vokabular zu entwickeln. Viele von ihnen, und gerade die schreibenden, sind wirklich vollständig in ihrem Innern verwandelt. Und wenn sie, wie etwa *Ilja Ehrenburg*, in seinen aufregenden Geschichten von den 13 Pfeifen, die in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 76) schon besprochen wurden, eine proletarische Dichtersprache oder auch eine poetische Proletariatsprache zu schreiben imstande sind, dann ging die Emanzipation ihrer Kunst stürmischer und glücklicher vor sich als bei uns. Doch *Ulitz* und *Lieblich* und *Graf* sind wichtige Verbindungen zu dem neuen deutschen Roman. Sie trennen sich von der Vergangenheit noch mit Kämpfen und schleppen darum die Fetzen dessen, was sie verehrten und selber waren, noch mit einigem Unbehagen herum. Deshalb die Schlacken in ihren Büchern, die verschwinden müssen, damit der neue deutsche Roman entsteht. Der neue deutsche Roman zeigt sich noch nicht in *Heinrich Siemers* Buch

Maja Orbinska in Hamburg, das die Up-to-date-Menschen eines deutschen Bezirks lebensgetreu schildert /München, Albert Langen/. Es ist ein Schlüsselroman, durch den allerdings manche sehr interessanten Dinge enthüllt werden. Allein die Darstellung der deutschen Spekulation auf den Niederbruch des französischen Franc und ihrer verbrecherisch dummen Motive, die dann von der Zeitgeschichte mit grimmigem Humor ad absurdum geführt wurden, gibt dem Buch nicht geringen Wert. Das Dämonische der Maja Orbinska, die eine männerverbrauchende und männerruinierende Virtuosa des Theaters ist, wird freilich nicht plausibel. Doch fallen hier einige sehr feine Bemerkungen über die männliche Psyche, die in unsere angelsächsische Zeit gar nicht, um so mehr in eine kommende, hineinpassen. Zum Lob des Autors kann ferner gesagt werden, daß er sehr flott von den Hamburgern, ihrem Kaufmannsgeist, ihren repräsentativen Frauen und einigen originalen Individuen zu erzählen weiß.

Der Roman als soziale Studie: *Alexander Castell* versteht es Teilnahme für die Yankees zu erwecken, die sich in Paris ansiedelten, um als Nutznießer der Inflation ein froheres Dasein zu führen. Der Erzähler schreibt einen Ichroman (Spleen /München, Albert Langen). Er bewegt sich wie ein Lebemann, der nicht in eigener Leidenschaft erglüht sondern nur mit scharfem Monokel und kaltem Herzen um sich blickt. Hotel Ritz, Paris, 5 o'clocks und ähnliche Institute zur Gewinnung von Gegenwartsweltanschauung bilden das Gelände für seine sozialen Studien. Man muß gestehen, daß er in unterhaltendem Fluß von allen diesen Dingen berichtet. Er ist ein sehr geschickter Plauderer und schwebt doch nicht so einfach an der Oberfläche wie er sich das Ansehen gibt.

Auch *Hermann Kesser* will in Harmonie mit dem Zeitgeist gelangen. Seine Novellen Lukas Langkoffer, Schwester und Die Peitsche /Frankfurt, Rütten & Loening/ beweisen, daß er mit verehrungswürdiger Behaglichkeit der Zeit nachjagt. Er dichtet sich mit Inbrunst in die Zeit hinein. Das ist dann gar nicht schlecht, wenn der Dichter in Sensibilität ständig zittert und sich davor bewahrt auch seine Sinne, seine Nerven und vor allem sein moralisches Gefühl gegen die Zeit abzusperren. Doch Kesser fühlt sich mehr als den Opponenten denn als den Exponenten seiner Tage, und so bleibt er ein Artist, so wandert er immer nur um ein konstruiertes

Seelenproblem herum. Aber auch in dieser Zone kann eine so außerordentlich konzentrierte Dichtung entstehen wie jene Novelle von der Schwester, der Diakonissin, die trotz ihrer überschwenglichen Menschengüte es nicht verhindern kann, daß ein Menschenleben untergeht. Es ist vorläufig das Schicksal Hermann Kessers, daß er einsam bleibt, wie alle Artisten, die nur eine esoterische Anhängerschaft um sich vereinigen können. Die Kriegserfahrung läßt die Schriftsteller noch nicht zum ruhigen Schlaf kommen; und das ist gut so denn es zeigt, daß sie auch Menschen sind. So schleppt der junge *Heinz Stroß* jahrelang die Erinnerung, um schließlich in einer novellistischen Studie Die Vollendung Berlin, Siegfried Allweiß noch einmal mit Tausenden den Untergang einer unberührten Jünglingsseele zu schildern. Er tut es auf wenigen Seiten mit so viel Aufrichtigkeit, daß man ihm wünscht, er möchte nach diesem Anlauf zu frohem Arbeiten kommen.

Ein amerikanischer Erzähler, der sehr freundlich mit dem kleinen Volk umgeht, ist *Sherwood Anderson*. Das Eritriumphiert ist sein Novellenband betitelt Leipzig, Inselverlag. Ein schlichter Mann, der aus einer Welt erzählt, die uns von künstlich aufgeregten deutschen Intellektuellen immer wieder als der Inbegriff des Neuen, als die Zukunft unseres Planeten vorgeführt wird. Ach, sie ist leider allzu gegenwärtig, das heißt, sie trägt die Züge des Alten. Das neue Schaffen kommt nicht von daher, nur das äußere Verbrauchen. Die Wolkkratzer, die 30 und 40 Stockwerke hoch aufgerichtet sind, werden von kleinen Bürgern durchwimmelt. Das sympathische Buch Andersons wurde vom Inselverlag schön ausgestattet.

Satire Ein Buch, bei dessen Lektüre man zuerst verblüfft ist, daß es überhaupt, und dann, daß es nicht schon längst geschrieben wurde, ist *Jaroslav Haseks* Bericht über die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges /Prag, Adolf Synek/. Dieser Tscheche hat eine herzerfrischende Heiterkeit in sich und in dem armen Soldaten Schwejk entdeckt, der sich mit seinem gesunden Menschenverstand, mit seiner Zivilcourage unter gemeinem Rock und der unerschütterlichen Lebensbejahung durch den furchtbaren Krieg gebracht hat. Die Satire auf den Krieg ist meistens bitter und sogar blutig. Und doch gibt sie dessen wahrhafte Ge-

schichte. Also so kann man Krieg und Kriegsheldentum ansehen. Vor dem einfachen Blick zerkrümelt sich alles Pathos, und alle großen Worte haben plötzlich keine Schlagkraft mehr. Man ist entzaubert. Aber dann beginnt erst die Besinnung auf das ewig Menschliche, auf das, was in dem Buch nirgends ausgesprochen ist, aber hinter dem Schatten des braven Soldaten Schwejk steht. Ein Buch von besonderem Wert.

Der Amerikaner *Edgar Allan Poe* war nicht nur ein Erzähler von grauen-erregenden Seltsamkeiten. Wir müssen ihn auch in die Satiriker einreihen, wenn wir ihn richtig lesen. Gewiß, ihm standen die okkulten Dinge nahe, und er fand Gefallen an absonderlichen Verwirrungen der menschlichen Seele. Es scheint aber, daß er genau so wie einer seiner Vorgänger, E. T. A. Hoffmann, in seinen Rauschstunden und noch mehr in seinen Ernüchterungsstunden die lächerliche Seite auch des Furchterregenden entdeckte. Wenn unter dem Gesamttitel *Der Dämon der Perversität* /Wien, Interterritorialer Verlag Renaissance/ die imponierendsten Stücke der Poeschen Novellistik wiederabgedruckt werden, drängt sich dem Leser auch diese Beobachtung auf.

Der Franzose *Marcel Arnac* ahmt in seinen Satiren *Im Tollhaus der Freude* /München, Allgemeine Verlagsanstalt/ den Stil *Rabelais'* nach. Über die Freßsucht der Menschen und ihre Lust an Weibern und am Wein wird hier mit einer bemerkenswerten Freiheit geschrieben. Gewiß, solche Bücher, die das Gebiet des Sexualen mit Scheinwerfern überstrahlen, sind nicht gerade Erbauungsbücher. Nur mit den Bezeichnungen unanständig und ordinär läßt sich ein Werk, das so witzig Satire betreibt und kapitelweise olympisches Lachen auslöst, nicht abtun.

Die kleinen Erzählungen *Hans Brennerts* *Die Stadt ohne Schlaf* /Berlin, Eysler & Co./ sollen allerhand Schnurren aus dem Leben der Urberliner erzählen. Der Satiriker *Brennert* ist nicht sehr scharf, eher ein Feuilletonist als ein Dichter, und doch ist das Material, das er über kuriose Berliner Typen zusammenträgt, durchaus der Teilnahme würdig.

Ein Nebenbuhler *Conan Doyle's* ist *Edgar Wallace*. Von jenem unterscheidet er sich dadurch, daß er viel Humor hat, daß also sein Roman *Der Frosch mit der Maske* /Wien, Rikolaverlag/ auch eine Satire auf die Spitzfindigkeit und nicht immer hervorragende Tüchtigkeit der Detektive bedeutet.

Almanache Der Verlag *Kurt Wolff* in Leipzig veröffentlicht seinen Almanach auf 1927.

Kunst und Dichtung sind das Verlagsgebiet *Kurt Wolffs*. Er beherbergt bei sich die jungen Lyriker des Expressionismus, aber auch zarte Talente wie *Trakl* und *Robert Walser*. Und solche Sammlung, die in Bruchstücken eine geistige Familie charakterisiert, bildet die beste und sachlichste Propaganda.

Tritt hier ein wohlgeartetes und schon seit Jahren angesehenes Unternehmen an die Öffentlichkeit, so hat der Almanach des Leipziger Verlags *Paul List* erst eine Gemeinde zu werben. Aber sehr schnell haben die vortrefflichen Übersetzungen dieses Verlags, der *Kipling* und *Flaubert* bei sich vereinigte, der *Daumier* in prachtvollen Reproduktionen vor die Deutschen brachte, die Öffentlichkeit gewonnen. *Turgenev*, *Huysmans*, *De Coster*, *Lawrence Sterne*, *Meredith*, *Fielding*, *Dostojewskij*, *Jean Paul*, *Immermann* usw. erschienen in der Romanreihe *Epikon*, die in ausgezeichneten Ausgaben die bedeutendsten Romane der Welt, die eigentliche große Literatur verbreitet.

Der Wiener Verlag *Paul Zsolnay*, verdient um *Wertel*, *Galsworthy*, *Colerus*, *Heinrich Mann* und *Arthur Schnitzler*, möchte auch jüngeren Dichtern weiterhelfen. Das, was er an Büchern herausbringt, zeigt, daß sein Lektorat nicht immer von ganz sicherem Instinkt beherrscht wird. Doch dient er schließlich der Weltliteratur, indem er neben den großen die kleineren Talente mitschleppt. Er ist heute schon eine Erscheinung, die aus der Bücherproduktion nicht mehr wegzudenken ist. Und er gewinnt von Monat zu Monat an Bedeutung. Davon legt das Jahrbuch des *Zsolnayverlags* von 1927 Zeugnis ab.

Der Inselalmanach auf das Jahr 1927 gibt die Bilanz der Innigkeit, die beim *Inselverlag* in Leipzig am Werk ist, damit Deutschland erlesene Schriftsteller unserer Zeit und die Klassiker neu lesen und lieben lernt. Über diesen Verlag noch etwas zu sagen erübrigt sich. Fast unüberschbar ist der Reichtum dessen, was er in mehr als einem Vierteljahrhundert geschaffen hat.

Der Jubiläumsalmanach des Verlags *Josef Kösel* in München, Regensburg und anderen Orten illustriert das erfolgreiche Bemühen, das dieses Buchhändlerhaus zur Propagierung der katholischen Gedankenwelt aufwandte. Das Haus *Josef Kösel*, das jetzt mit dem Verlag *Friedrich Pustet* vereinigt ist,

hat wissenschaftliche und dichterische Werke katholischer Schriftsteller über die ganze Welt getragen. Natürlich wollte man der dogmatischen Theologie dienen und klares Weltbekenntnis ablegen. Das nötigt Achtung ab. Auch wer die Tendenz des Verlags bekämpft, muß die Methoden des Verlags loben, der zum Preis dessen, dem er dient, ein Riesenvermögen und einen Riesenfleiß aufbot.

Neuausgaben Der Volksverband der Bücherfreunde bringt eine sehr schöne *Shakespeareausgabe*, geleitet durch Max J. Wolff Berlin, Wegweiserverlag/. Diese Bände sind billig und trotzdem die Freude des Bibliophilen. Diese Shakespeareausgabe ist außerordentlich lesbar. Man kann in ihr studieren, ohne zu ermüden. Philologisch ist alles sehr zuverlässig. Ob es nun der Einheitlichkeit der Ausgabe nützt, daß Arthur Kampf sehr persönlich stilisierte Illustrationen zu dieser Ausgabe lieferte, ist zweifelhaft. Es gibt kaum Illustratoren, die der Großartigkeit eines solchen Klassikers gewachsen sind. Die einzelnen Stücke werden in der fast klassischen und immer noch nicht übertroffenen Verdeutschung geboten, die man darum die Schlegel-Tiecksche nennt, weil Schlegel und Tieck fast gar nichts dafür taten. In einem Anhang, der sehr hoch zu schätzen ist, werden auch die pseudoshakespeareischen Stücke gedruckt. Wir bekommen sowohl durch gelehrte Einführung wie durch praktisches Beispiel einen famosen Einblick in das Theater der Shakespearezeit.

Im gleichen Verlag erschien eine *Uhlandausgabe*, besorgt von Mario Kramer. Ludwig Uhland, der als richtiger Demokrat sein Leben führte und niemals seine Bürgerpflichten zum Schaden seiner poetischen Freude vernachlässigte, ist als Dichter noch nicht vollkommen erkannt. Die Herausgeber und auch die Biographen lieben die geräuschvollen und romantischen Persönlichkeiten, und nun geschieht es, daß einer der führenden Romantiker nach außen hin der Schlichtheit und dem Alltag gehört. Dieses Rätsel ist so merkwürdig, daß es der Enthüllung wert ist. Der Herausgeber bemüht sich um dieses Problem nicht, er wird jedoch dem Volksmann Uhland und dem politischen Kopf mit Würde gerecht.

Den Hang seiner lieben Landsleute zur durchschnittlichen Lebensfreude erfaßte *Friedrich von Bodenstedt*, vor nunmehr einem halben Jahrhundert, mit frühlicher Beherztheit. Als er die Lieder

des Mirza-Schaffy dichtete und sie als Verdeutschungen eines herrlichen Säufers und Liebeskünstlers ausgab, hütete er sich sehr energisch sich in das Faszinierende hineinzuzwingen. Seinem sonstigen Kneiptemperament lag auch derartige Überschwenglichkeit nicht. Weil er den bürgerlichen Trinkkomment in angenehme, appetitliche Verse brachte, wurde ihm ein großer Erfolg zuteil. Die Weisheit der Orientalen, die einst Goethe nachformte, wurde weniger volkstümlich als diese verwässerte Weisheit vom Wein. Bodenstedt maskierte sich als Dichter des Ostens und blieb trotzdem der deutsche Dichter, willkommen für die zahlreichen schwachen Stunden des deutschen Bürgers. Der Neudruck seines lyrischen Buches durch Hesse & Becker in Leipzig lohnt sich sicher.

Eine für den europäischen Geist wichtige Tatsache ist, daß die großen französischen Erzähler des 19. Jahrhunderts jetzt so sehr zu der neuen Generation sprechen. Wir haben daher in den letzten Jahren eine Menge guter, zum Teil hervorragender deutscher Ausgaben dieser Epiker bekommen. Nach dem gigantischen Block Balzac, den der Inselverlag und der Verlag Rowohlt, wenn auch nicht vollständig (wie wäre das bei diesem Riesen möglich?), so doch in allen wichtigen und dauernd lebenden Werken deutsch herausbrachten, nach der nicht genug zu lobenden Flaubertausgabe des Brunsschen Verlags kamen dann bei einer ganzen Reihe von Verlegern die Werke *Victor Hugos* heraus, dessen fessellose Erzählungskunst freilich etwas gebändigt werden mußte, der dann aber auch die Gedanken und die Gefühle gerade eines Lesers unserer Zeit aufs intensivste okkupiert. Sein Revolutionsroman 1793 erschien, mehr oder weniger gekürzt, gleich in mehreren Ausgaben: zuletzt, vom Bearbeiter dieser Rundschau verdeutscht und eingeleitet, im Wegweiserverlag in Berlin, in dem der Volksverband der Bücherfreunde den Deutschen die wertvollsten Erscheinungen der Weltliteratur nahebringen will. Aber auch die Epiker, die nicht gerade die ganz großen Wegweiser der Literatur bedeuteten, doch in sich eine hohe Kultur verkörperten, kommen an die Reihe, so vor allem *Théophile Gautier*, der nun in 14 überaus zierlichen Bänden, geschmückt mit Zeichnungen, im Avalunverlag in Dresden erschien. Die phantastischen Geschichten gerade dieses Erzählers waren bis jetzt in Deutschland nur wenig bekannt; sie werden nun um so rascher einen großen Kreis gewinnen.

Dieser Avalunverlag blieb aber nicht bei der Stufe Gautier stehen. Er erkannte, daß man selbst die Anforderungen an den literarischen Wert etwas beiseite stellen könnte, wenn nur der Wert des Gegenständlichen unzweifelhaft ist. So kam er auch zu den unsterblichen Schmöckern *Eugène Sue*, zu jenen Büchern, die von einer früheren Generation leidenschaftlich verschlungen und geheimnisvoll verlästert wurden, die man heute aber, in einer Zeit, die es mittlerweile gelernt hat alles sozial zu sehen, nun auch von einer neuen Seite entdeckt: als Schilderungen menschlichen Elends, hervorgerufen durch menschliche Schichtungen und Einrichtungen. Eine so schöne deutsche Ausgabe wie die Avalunausgabe der Geheimnisse von Paris hat es wohl überhaupt noch nicht gegeben. Druck, Papier und dazu die Illustrationen, namentlich die Daumierschen Zeichnungen, machen diese Ausgabe auch für den Bibliophilen begehrenswert. Gewiß, man braucht uns nicht darüber zu belehren, daß man Sue nicht zusammen mit Balzac nennen darf. Aber das Geheimnis des Erzählers steckt auch in ihm. Und so liest man mit atemloser Spannung dieses dicke Buch, das man als nervöser Mensch gar nicht bewältigen zu können glaubte. Man entdeckt übrigens auch als eine merkwürdige Tatsache, daß der Held dieses Romans, dieser Ausbund von Edelmut, Tapferkeit, Scharfsinn und Menschenliebe, ein Deutscher ist, allerdings ein deutscher Prinz aus jenem Großherzogtum Gerolstein, in dem die französische Phantasie nicht nur, durch Sue, den grenzenlosen Heroismus sondern auch, durch Offenbach, die allzu begrenzte Komik des Kontinents gesucht hat. Und so mag der Umstand, daß die Millionen französischer Leser der Geheimnisse von Paris offenbar nichts darin fanden, daß der Held der Geschichte von deutschem Blut war uns auch für die kommende kontinentaleuropäische, insbesondere deutsch-französische Kulturgenossenschaft wieder etwas zuversichtlich stimmen.

Totenliste Am 21. Mai 1926 starb der Freiburger Germanist *Friedrich Kluge*, 70 Jahre alt. Er hat sich besonders um die Erforschung der Studentensprache und Seemannssprache sowie der Gaunersprache und verwandter Geheimjargons verdient gemacht. Sein Interesse galt aber auch der modernen Literatur. Kluges Lehrbuch der deutschen Literaturgeschichte wurde außerordentlich populär.

Am 6. Juli verschied *Akim Wolynskij* in Petersburg, 63 Jahre alt. In Deutschland wurde Wolynskij durch ein wundervolles Buch über Dostojewskijs Brüder Karamasow bekannt. Er las aus diesem gigantischen Roman eine niederschmetternde Moralphilosophie heraus und entlarvte, indem er einen Roman analysierte, die russische Gesellschaft, die heute schon untergegangen ist.

Am 2. August starb, 66 Jahre alt, *Jan Kasprowicz* in Poronin bei Zakopane. Dieser Pole, der das Buch der Armen schrieb und in vielen Kultursprachen als Übersetzer für Polen wirkte, war das stärkste Formtalent der polnischen Literatur, ein großer Künstler.

Am 7. September starb in Bayreuth der Münchener Literaturhistoriker *Franz Muncker*, wenige Monate nach der Feier seines 70. Geburtstags. Er hat die Klopstock-, vor allem aber die Lessingphilologie erneuert und bereichert.

Mitte September starb auch *August Sauer*, der Ordinarius für deutsche Literaturgeschichte an der Prager Deutschen Universität, in seinem 71. Lebensjahr. Er war ein prächtiger Mann, der Gelehrsamkeit mit Humanität verknüpfte. Österreichische Dichter, besonders Grillparzer, waren der Hauptgegenstand seiner Forschung. Er schrieb aber auch über den Stil Kleists, besonders über die dithyrambische Prosa des schon von Wahnsinn und Unsterblichkeit umwiteten Dichters eine sehr aufklärende Monographie. Der Bearbeiter dieser Rundschau widmete ihm, den er nie von Angesicht gesehen sondern nur durch literarischen Briefwechsel kennen gelernt hatte, sein Buch zum geistigen Bild Gottfried Kellers.

Am 17. September erlag *Gustav Roethe* in Gastein einem Herzschlag, in seinem 68. Lebensjahr. Er war Ordinarius für deutsche Sprachwissenschaft und Literatur an der Universität Berlin und Präsident der Goethegesellschaft. Seine zahlreichen, sogar geistreichen Studien zu Goethe und dem Minnesang hinderten ihn nicht im Lager der Völkischen emsig gegen den gebildeten deutschen Geist, die geistig bemühten Frauen und alles andere zu hetzen, woran das Herz der Menschen von heute hängt.

Am 14. Oktober starb der Bonner Literaturhistoriker *Berthold Litzmann* in München im Alter von 69 Jahren. Litzmann hat besonders auch die modernen Dichter in gründlichen Abhandlungen und Büchern geehrt, eine Monographie über Wildenbruch geschrieben und auch für Schmidtbonn, Thomas Mann und Eulen-

berg die akademischen Lorbeern besorgte. Die von dem Litzmannschen Seminar angeregten Studien zur Theatergeschichte haben eine Wissenschaft gefördert, die darum ziemlich neu ist, weil die Jünger dieser Wissenschaft neben der Gelehrsamkeit auch noch einen ästhetischen Sinn brauchen, und weil dieser ästhetische Sinn nicht gerade verschwendet an die Universitätszöglinge verteilt ist.

Am 17. Oktober erlag *Annemarie von Nathusius* im Alter von 52 Jahren in Berlin einem Herzschlag. Ihre ersten Bücher (*Der stolze Lumpenkrum* /Berlin, Otto Janke/ und andere), vor allem ihr tapferer Roman *Ich bin das Schwert* /Dresden, Carl Reißner/, der sich rebellisch gegen die geistige Enge, den Hochmut und auch gegen die sexuelle Abhängigkeit der Frau innerhalb ihrer eigenen Adels- und Militärkaste wandte, erregten erhebliches Aufsehen. Ihre späteren Romane waren temperamentvoll, vor erotischen Problemen nicht zurückscheuend. Doch war in der Schriftstellerin auch eine Unausgeglichenheit des Wesens zu spüren, und so bewegten sich ihre Anschauungen und Handlungen in jähem Wechsel zwischen Links- und Rechtsradikalismus. »Von der Frauenbefreiung wird so viel gesprochen, fangen wir an unbekümmert um die Steinwürfe, die es hageln wird, Frauenbefreiung zu leben«, wie es in einem ihrer Romane heißt: das scheint das Motto ihres Lebens gewesen zu sein.

Anfang November starb in Paris *Jean Richepin*, im Alter von 78 Jahren. Er war in Algier geboren und hatte als junger Franc-tireur in der Armee Bourbaki 1870 am Krieg teilgenommen. Später wurde er eine der Größen der Bohème des Quartier Latin und schließlich 1908 Mitglied der Akademie. Seine berühmten Chansons des gueux brachten ihm eine Gefängnisstrafe ein. Von seinen Büchern seien vor allem genannt: *Miarka das Bärenmädchen*, *La glu* mit dem Gedicht, das durch Yvette Guilberts ergreifende Wiedergabe überall bekannt wurde.

Ende Januar 1927 starb in Hamburg die Romanschriftstellerin *Sophie Kloess*, im Alter von 61 Jahren. Sie hat sich durch eine Reihe von Frauenromanen und, teilweise plattdeutschen, Bauernstücken einen Namen gemacht. Die wichtigsten ihrer Bücher, die als kurzweilige Unterhaltungsliteratur von Geschmack zu werten sind: *Das lachende Haus* und *Sturm in Schmalebek*, erschienen im Verlag August Scherl in Berlin.

Am 3. März starb in Warschau *Michael Arzybaschew*. Dieser russische Schriftsteller, der von dem polnischen Nationalhelden Kosziusko abstammte, starb im Exil. Seinem Roman *Sanin* wurde vor 20 Jahren ein überraschendes Geschick zuteil. In diesem Buch hatte er beschrieben, wie die russische Jugend, die ihren politischen Freiheitsdrang unterdrücken mußte, sich in die sinnliche Überschwenglichkeit hineindrängte. Er hatte gemeint, daß er damit nur einen kleinen Kreis von Intellektuellen und Akademikern beschrieben hatte, und nun zeigte es sich plötzlich, daß seine Psychologie der Erfahrung als eine Psychologie der Prophezeiung eingeschätzt wurde. Die Moral, die er von wenigen Menschen abgelesen hatte, wurde zum Dogma, das sich viele Menschen aneignen wollten. In einer Zeit, da die russische Jugend freiwillig oder gezwungen dem staatlichen Leben der Nation fernstand, wirkte diese Lehre wie ein Traumtrost.

Kurze Chronik Die französische Regierung will die *Goethereliquien*,

die seit 1914 in Lyon zurückbehalten worden waren, an Frankfurt zurückgeben. Der Frankfurter Oberbürgermeister Landmann dankte ihr für die Ankündigung der Rückgabe dieser als nationales Heiligtum anzusehenden Gegenstände. ◊ Am 1. März waren es 10 Jahre, daß der *Malikverlag* in Berlin gegründet wurde. Er hat in diesem Jahrzehnt eine Mission erfüllt: als einziger deutscher literarischer Verlag bewußt revolutionärer Tendenz. (Daß er das revolutionäre Prinzip im Bolschewismus verkörpert sah, ließ ihn leider auch Fehlgänge tun.) Er machte mit der Aufgabe der Kunst in einer Epoche der Umwälzung Ernst. Die aufwühlenden Mappen *George Grosz'* bildeten das Kennzeichen seiner Tätigkeit. In ihm erschienen deutsche Gesamtausgaben von Gorkij und Sinclair, er brachte Dichter wie Isak Babel und John dos Passos vor die deutschen Leser. Es ist zu wünschen, daß er in seinem 2. Jahrzehnt seine Arbeit nicht nur fortsetzt sondern, indem er über Tagesirrtümer hinwegkommt, mehr noch als bisher an den Kern der zu schaffenden Dinge dringt. ◊ Ein *Denkmal Walerij Brjussow*, ein Werk Nikolaj Andrejews, der auch das Gogoldenkmäl geschaffen hat, wurde am 9. Oktober 1926 zur 2. Wiederkehr des Todestags des Dichters, in Moskau enthüllt. ◊ Die Akademie Die Neun in Stockholm wählte *Selma Lagerlöf* als Nachfolgerin Ellen Keys zum Mitglied.

KULTUR

Außenkolonisation / Her. Jan Kranold

Britisch Afrika: Der britische Unterstaatssekretär für die Kolonien Ormsby-Gore hat eine Rundreise durch die englischen Gebiete in Westafrika gemacht und dabei auch die übrigen britischafrikanischen Gebiete mit Ausnahme des Somalilands kurz besucht. Die Ergebnisse seiner Reise trug er dem Verwaltungsrat der Empire Cotton-Growing Association vor. Dabei betonte er, daß neben der Auswahl geeigneter Saat und der Anwendung der richtigen Kulturmethoden für die Förderung des Baumwollbaus dort in erster Linie eine befriedigende Lösung der Transportfrage notwendig sei, zumal bei den augenblicklich sehr niedrigen Baumwollpreisen. Der Transport der Rohbaumwolle zu den Entkörnungsanlagen und der entkörnten Baumwolle zu den Seehäfen müsse verbilligt werden. Besonders erschwert wird in großen Gebieten Afrikas der Transport durch die Tsetsefliege, der Pferde und Rindvieh erliegen, so daß sie nicht als Zugtiere verwendet werden können. Die Lösung des Problems liegt daher im Transport mit Maschinen. Diesen erschwert der Mangel an Straßen. Die Eingeborenen kannten ursprünglich den Transport mit Wagen überhaupt nicht, nur den mit Trägern. Daher ist die Anlage von Straßen und Eisenbahnen noch sehr rückständig. Hierbei sind Straßen wichtiger als Eisenbahnen. In Gebieten, in denen sich der Straßenbau schon ansehnlich ausgedehnt hat, so in Uganda und an der Goldküste, ist auch die Entwicklung produktiver Landwirtschaft (Baumwoll- respektive Kakaobau) geglückt. Doch müßten die Straßen so ausgeführt werden, daß sie für den Motorverkehr benutzt werden können. Wie weit zurück die kolonialen Gebiete aber noch darin sind, ersieht man daraus, daß Nigerien, ein Gebiet 3mal so groß wie Großbritannien, erst 6500 Kilometer Landstraßen besitzt. Dazu kommt, daß das Baumwollgebiet Nigeriens im nördlichen Teil des Landes liegt, weit von der Küste entfernt. Dadurch allein ist auch schon ein Aufwand von mehreren Einheiten von je 600 bis 700 Kilometer Landstraßen ganz notwendig. Der größte Teil des Straßennetzes entfällt auf den südlichen Teil, der sich aber wegen seines Klimas zum Baumwollbau nicht eignet sondern von riesigen Ölpalmenwäldern und daneben von einer umfangreichen bäuerlichen Kakaokultur ausgefüllt wird. Das Nordgebiet hat klar

getrennte Regen- und Trockenzeit. Während einer zusammenhängenden Zeit von 6 Monaten jährlich kommt überhaupt kein Regenfall vor, und die Hauptmasse des Regens ist auf 3, höchstens 4 Monate im Jahr konzentriert. Infolgedessen ist das Klima für Baumwollbau geradezu ideal. Auch die Bevölkerung ist für afrikanische Verhältnisse außergewöhnlich dicht. In den 3 hier in Frage kommenden Provinzen: Kano, Sokoto, Borna, leben $5\frac{1}{2}$ Millionen Menschen. Das Fehlen der Tsetsefliege erlaubt die Rindviehzucht. Die Bevölkerung kennt das Düngen und ist auch sonst landwirtschaftlich erfahren. Die Qualität der gewonnenen Baumwolle ist gut. Vorläufig ist aber gerade hier größerer Baumwollbau wegen des Mangels an billigem Transport nicht möglich. Auch deshalb nicht, weil die Baumwolle bei den heutigen Preisen mit der dort hauptsächlich angebauten Frucht, der Erdnuß, nicht konkurrieren kann. Deren Kultur lohnt außerordentlich, und die Bevölkerung versteht es sehr wohl sich auf die Kultur der jeweilig am meisten lohnenden Pflanze zu legen. Wenn es gelingt die Transportkosten für Baumwolle zu drücken, wird sie im Fruchtwechsel mit der Erdnuß auf großen Strecken gebaut werden können. Auch ist es notwendig Entkörnungsanstalten anzulegen. Gerade hier aber scheint man sich im Kreis zu drehen. Weil es an Straßen fehlt, baut man keine Entkörnungsanlagen, und der Mangel an Entkörnungsanlagen hält den Baumwollbau nieder, so daß kein Geld für Straßenbauten da ist. Hier müssen zunächst mit Regierungsgeldern Entkörnungsanlagen in großer Zahl geschaffen werden. Dann wird um jede herum in einem kleinen, dem Zustand der Verkehrsmittel entsprechenden Halbmesser trotz Mangel an Straßen Baumwollbau entstehen. Dann wird Geld für den Straßenbau nach und nach verfügbar, und der Wirkungskreis der Entkörnungsanlagen weiter ausgedehnt werden. Im übrigen weist der Bericht darauf hin, daß beim afrikanischen Baumwollbau vor allem auf eine der amerikanischen Mittelqualität überlegene Qualität gesehen werden müsse, andernfalls hinge die afrikanische Baumwolle in dem Preis, den sie erzielt, allzusehr von den großen Preisschwankungen der amerikanischen Baumwolle ab, und die Eingeborenen würden sich anderen, weniger spekulativen Kulturen zuwenden, weil sie zwar gern auf hohe, vor allem aber auf sichere Erträge sehen. Im angloägyptischen Sudan ist der Baumwollbau 1926 in den nördlicheren Pro-

vinzen zurückgegangen, weil die knappen vorjährigen Getreideernten und die sehr geringen Regenfälle die Eingeborenen bestimmt haben hauptsächlich Nahrungs- und Futterpflanzen anzubauen. Dagegen hat er in den südlichen Teilen erheblich zugenommen. Im ganzen gleicht sich für den Sudan beides mehr als reichlich aus. Die Gesamternte an Baumwolle wird für 1926 auf 25½ Millionen Kilogramm geschätzt, gegen 23½ Millionen im Jahr 1925. Bemerkenswert ist auch hier wieder die ganz außerordentliche Beweglichkeit, mit der sich die Neger dem Wechsel in den Konjunkturen für die einzelnen Produkte in der Bemessung der Anbaufläche anpassen. In dieser Beziehung zeigen sie eine Behendigkeit, die weit über die europäischer Bauern hinausgeht. Die stark Baumwolle produzierenden Gebiete Uganda und Kenya in Ostafrika hängen in ihrer Kaufkraft naturgemäß besonders stark von dem Preis der Baumwolle ab. Da dieser jetzt sehr niedrig ist, und im letzten Jahr dort sehr wenig Regen fiel, so sind die Fortschritte der wirtschaftlichen Entwicklung dieser beiden Gebiete um so höher zu werten. Die Einfuhr war im Jahr 1925 um 28 % höher als im Jahr vorher, und die Ausfuhr zeigte eine Zunahme um 25 %. Von der ganzen Einfuhr entfielen 20 % (33 Millionen Mark) auf baumwollene Garne und Gewebe. Das bedeutete einen Rückgang gegen das vorhergehende Jahr. Ein ebensolcher zeigte sich bei den gebleichten und bei den gedruckten Stoffen, dagegen hat die Einfuhr an gefärbten und bunten Geweben und an fertigen Bettwäschestücken erheblich zugenommen. Von den ungebleichten Geweben lieferten Großbritannien 2 %, Indien und Burmah 22, Japan 50, die Vereinigten Staaten 21 %. Von den gebleichten Geweben entfielen auf Großbritannien 64%, auf Deutschland 28, auf Italien 5 %. Von den bedruckten Stoffen kamen aus Großbritannien 84 %, aus Deutschland 2 und aus Holland 4 %, bei den gefärbten Stoffen aus Großbritannien 73, aus Deutschland 4, aus Holland 10 %. Von den bunten Stoffen dagegen lieferten Großbritannien nur 18 %, Belgien 9, Holland 24, Deutschland 5 %; hier war Indien mit 27 % beteiligt. Von der fertigen Bettwäsche lieferten Holland 60, Deutschland 20, Großbritannien 5 %. Ein sehr großer Teil der als holländischer Herkunft hier eingeführten Güter ist in Wirklichkeit deutscher Herkunft, weil die deutschen Waren vielfach über holländische Häfen ausgeführt werden; das gleiche gilt zum Teil von den Zahlen für Belgien. Im ganzen überwiegt

in der Einfuhr immer noch das Britische Reich als Herkunftsland mit 44 %, während es im Jahr vorher allerdings 51 % geliefert hatte. Deutschlands Anteil stieg von 3 auf 6 %, Hollands Anteil von 14 auf 21 %, derjenige der Vereinigten Staaten von 4 auf 6 %, während Japan von 23 auf 16 % zurückging. Diese Verschiebungen sind in der Hauptsache dadurch verursacht, daß mit wachsender Kaufkraft infolge des Gedeihens intensiverer agrarischer Produktion die Bevölkerung der beiden Gebiete zu einer Verfeinerung der Bedürfnisse übergeht und infolgedessen Waren besserer Qualität aus den Ländern, die diese erzeugen, in wachsendem Maß einführt.

Die gewaltige Entwicklung der Baumwollkultur steht in Uganda in den letzten 5 Jahren mit einer Steigerung der Anbaufläche von 96 000 auf 230 000 Hektar ganz im Vordergrund.

In der Küstenkolonie Kenya ist in den letzten 5 Jahren ebenfalls eine fortschreitende Kommerzialisierung der Landwirtschaft erfolgt. Die Anbaufläche von Flachs ging von 24 000 auf 2000 Acres herunter, die von Kokospalmen blieb ungefähr stabil, sie schwankte um 9000 Acres. Die gewaltige Zunahme der gesamten von Europäern bepflanzten Fläche (Verdoppelung auf 350 000 Acres) kam in erster Linie dem Getreidebau zugute. Dem Weizenbau wurden 15 000, dem Maisbau 109 000 Acres neu zugeführt. Die Anbaufläche des Sisalhanfs stieg ebenfalls um 15 000, die des Kaffees sogar um 33 000 Acres. Ständig, wenn auch langsam, nahm die Rohrzuckerproduktion zu, die nunmehr immerhin bei 5000 Acres angelangt ist.

Das frühere Deutsch Ostafrika, jetzt unter dem Namen Tanganyika Territory englisches Mandatsgebiet, konnte im Jahr 1925 seine Einfuhr um 800 000 auf 2,8 Millionen, seine Ausfuhr um 300 000 auf 3 Millionen Pfund Sterling steigern. An der Einfuhr war Deutschland im letzten Jahr mit 10½ % beteiligt. Es lieferte hauptsächlich Baumwolldecken, Maschinenteile, Schaufeln, Spaten, Kupferdraht, Glasperlen, Bier, Kleisenwaren, Äxte, Beile, Messer, Lampen, Laternen, landwirtschaftliche Geräte, Nähmaschinen, Messingdraht, Wiegemaschinen und Schmucksachen. Von der Ausfuhr ging ungefähr 8½ % nach Deutschland; es bezog hauptsächlich Sisalhanf, Gummi und Gerbrinde. Der Hauptausfuhrartikel war dem Wert nach Sisalhanf, dann kamen Baumwolle und Kaffee; auch hier überwiegen also die Stoffe, die einen großen Weltmarkt haben.

Schließlich wäre zu erwähnen, daß infolge des dauernden riesigen Preissturzes für Baumwolle in den letzten 3 Jahren in Ägypten unter Leitung der Nationalbank ein Konsortium für die Valorisierung der Baumwolle begründet wurde (siehe auch die Rundschau Staatssozialismus, in diesem Band Seite 293).

Neuseeland: Neuseeland ist seit 1846 ein
Bevölkerung: Teil des Britischen Reichs.

Es wurde in ziemlich menschenleerem Zustand übernommen, denn die 1. Volkszählung von 1858 stellte, ohne die eingeborenen Maori, rund 60 000 Einwohner fest. Bald freilich begann eine starke Einwanderung, die sich auch dauernd auf ansehnlicher Höhe hielt (zuletzt jährlich etwa 9000 Einwanderer), so daß die Bevölkerung jetzt auf etwa 1,3 Millionen angewachsen ist, auf einer Fläche von 268 000 Quadratkilometer, woraus sich eine Dichtigkeit von 5 auf den Quadratkilometer ergibt. Das Land wird also noch eine erhebliche Menge Menschen aufnehmen können. Es ist erst ein Siebentel so stark besiedelt wie das am dünnsten besiedelte Land des Deutschen Reichs, Mecklenburg-Strelitz. Die Lage des Inselpaars in der südlichen gemäßigten Zone kommt europäischer Einwanderung sehr entgegen. Durch die ausgedehnte und stark entwickelte Küste und durch die erhebliche Gebirgsbildung wird das Klima besonders günstig gehalten. Die Anzahl der Maori, die in folgendem nicht weiter berücksichtigt sind, beträgt zurzeit rund 55 000. Ursprünglich wanderten hauptsächlich Männer ein. Im Jahr 1861 kamen auf 1000 Männer nur 622 Frauen. Mit der längern Dauer der Einwanderung glich sich dieses Mißverhältnis immer mehr aus. Im Jahr 1861 war die Anzahl der Frauen schon auf 817 gestiegen, heute beträgt sie 956 auf 1000 Männer. Der ursprüngliche Zustand aber zeigt sich noch in den hohen Altersklassen: Im Jahr 1921 waren 2875 Frauen, aber nicht weniger als 3889 Männer 80 bis 85 Jahre alt.

Die Einwanderung brachte vorwiegend jüngere Menschen ins Land. Da sie jetzt keine so große Rolle mehr spielt wie früher, so steigt dadurch das durchschnittliche Alter der lebenden Bevölkerung. 1896 betrug es beim männlichen Geschlecht 26,3 beim weiblichen 23,8 Jahre. 1921 war es schon auf 28,9 beziehungsweise 28,1 Jahre gestiegen, so daß die Frauen also den Männervorsprung beinahe eingeholt haben. Sehr stark ging die Geburtenhäufigkeit zurück. Sie betrug im Durchschnitt der

Jahre 1866 bis 1870 31,2 auf 1000 Einwohner und sank von Jahrfünft zu Jahrfünft, von 1896 bis 1900 auf 25,8, stieg dann aber im nächsten Jahrzehnt wieder etwas an, um seit 1911 weiter unaufhaltsam zu fallen, so daß sie 1921 bis 1924 nur noch jährlich durchschnittlich 22,5‰ ausmachte. Besonders Anteil hieran hat der Rückgang der ehelichen Fruchtbarkeit; von 340‰ im Jahr 1878 auf 182‰ im Jahr 1922. Die unehelichen Geburten sind wenig zahlreich. Sie machten in den letzten 5 Jahren 4,6% aller Geburten aus; in gewisser Hinsicht sind ihnen freilich noch die ehelichen Geburten in den 7 ersten Monaten nach der Eheschließung mit 5,8% zuzurechnen. Die Häufigkeit der Eheschließungen ist entsprechend der bessern Ausgleichung in der Anzahl der Angehörigen beider Geschlechter im Lauf der letzten 40 Jahre erheblich gewachsen. Auf 1000 Einwohner kamen damals 6,6, kommen jetzt 8,7 Eheschließungen jährlich. Stark ist die Sterblichkeit zurückgegangen: von 11,5‰ in den Jahren 1889 bis 1893 auf 8,3‰ in den Jahren 1921 bis 1924.

Neuseeland ist in seiner Bevölkerungsentwicklung ein Beispiel der für europäische Ansiedlung gut geeigneten Kolonie, da es seine noch immer dünne Bevölkerung dank der reichlich und bequem erreichbar dargebotenen Natur-schätze zu einem nicht unerheblichen Grad von durchschnittlichem Wohlstand und infolgedessen zu einer für diesen Typus der Kolonisation besonders charakteristischen Entwicklung der Bevölkerungsverhältnisse gebracht hat.

Totenliste Anfang Oktober 1926 starb in Hamburg ein Afrika-veteran, *G. F. C. Wölber*, 82 Jahre alt. Auf einem kleinen Segler reiste er 1863 für die Firma Wörmann nach Afrika. Schon im Alter von 24 Jahren war er deutscher Konsul dort. Er erwarb die Faktoreien in Togo, Kamerun und Französisch Dahomey, gründete 1878 eine eigene Firma. 1898 wurde er beschuldigt dem König von Dahomey Waffen gegen Frankreich geliefert zu haben; sein Besitz wurde beschlagnahmt. Wölber hatte auch wissenschaftliche Interessen. Er war Ehrenmitglied der Geographischen Gesellschaft, der er große Schenkungen gemacht hatte. Ende Dezember starb in Brüssel der belgische Kolonialminister *Edouard Pecher* an einer Grippe. Er hatte erst seit 6 Wochen sein Portefeuille inne und ist nur 41 Jahre alt geworden.

Kurze Chronik Auf dem 25. *Weltfriedens-*
kongreß, der vom 28. August
bis zum 3. September 1926

in Genf tagte, wurde auch über die koloniale Frage gesprochen. Es wurde zunächst ein Beschluß gefaßt, in dem es heißt: »Es gibt nicht höherwertige und minderwertige Völker sondern nur höher entwickelte und minder entwickelte. Eine Art Naturrecht der weißen Völker auf Beherrschung der anderen Völker wegen ihrer Farbe oder Abstammung kann nicht anerkannt werden.« Dieser Beschluß erfolgte nach einigem Hin und Her einstimmig. Dagegen führte die 3. These des Berichterstatters Hellmuth von Gerlach, daß das volle Selbstbestimmungsrecht nur denjenigen Völkern zugebilligt werden könne, die ein gewisses Maß von Zivilisation und Staatsbewußtsein erreicht haben«, zu schweren Auseinandersetzungen. Diese These wurde mit erheblicher Mehrheit gestrichen, und infolgedessen wurde mit ebenso großer Mehrheit der Abbruch der Debatte über die koloniale Frage beschlossen. Gleichzeitig wurde für den nächsten Weltfriedenskongreß eine besonders gründliche Behandlung der Kolonialfrage in Aussicht genommen. ◊ Für das Jahr 1929 ist eine *Internationale Kolonialausstellung* in Paris geplant, an der auch Deutschland teilnehmen wird. Die Ausstellung wird dicht vor Paris im Vincennes Waldchen stattfinden und 37 Hektar bedecken, also doppelt so viel wie die Kunstgewerbeausstellung in Paris 1926. ◊ Die 1926 vorgenommene Volkszählung in *Tunesien* hat eine Zunahme der Europäer von 154 000 im Jahr 1921 auf 173 000 ergeben. Die Anzahl der Franzosen beträgt jetzt 71 000, 16 500 mehr als 1921, die der Italiener 89 200, 4400 mehr; die Anzahl der Malteser ist um 5100 auf 8400 heruntergegangen. Bei einer weiteren Entwicklung im selben Sinn dürfte zwischen 1930 und 1935 eine französische Mehrheit erreicht sein. Die Zunahme der Franzosen ist allerdings zu vier Fünfteln auf Naturalisation zurückzuführen. ◊ Die Regierung des Australischen Staatenbunds lehnte es am 20. Dezember 1926 ab deutsche Reichsangehörige nach dem früher deutschen *Neuguinea* zuzulassen.

Literatur

Die Eindrücke seiner Reise schildert *Paul von Schoenaich* in seinem Buch *Palästina, eine Fahrt ins Gelobte Land* (Halberstadt, H. Meyer/. Der Wert dieser Darstellung liegt in der unbefangenen Schilderung des tatsächlichen Arbeitens der jüdischen Kolonisation. Daß der

Verfasser nicht Jude ist, kommt dieser objektiven Auffassung der Dinge sehr entgegen. Namentlich das Verhältnis zwischen Juden und Arabern in Palästina wird in dem Buch scheinbar beleuchtet. ◊ Ein koloniales Sonderheft ließ die *Zeitschrift für Geopolitik* Berlin. Kurt Vowinckel erscheinen. Aus dem Inhalt ist eine lesenswerte Abhandlung Franz Thorbeckes über Togo und Kamerun und eine solche Leo Waibels über Südwestafrika hervorzuheben. ◊ Einen sehr hübschen *Argentinischen Volkskalender* hat der Verlag Alemann & Co. in Buenos Aires, der Verleger des um das republikanische Deutschland in Südamerika hochverdienten *Argentinischen Tageblatts*, für 1927 erscheinen lassen. Er enthält außer dem üblichen Kalenderinhalt eine Reihe bemerkenswerter und aufschlußreicher Abhandlungen sowie Bilder. Besonders ausführliches Material unterrichtet über das deutsche Schulwesen im südlichen Südamerika. Interessante Unterhaltung bietet eine Zusammenstellung über eine Reise vor 200 Jahren nach Paraguay aus Briefen eines Jesuitenpaters aus dem Jahr 1727. Auch eine Chronik über Argentinien im Jahr 1926 ist beigegeben.

Kunstgewerbe / Ludwig Hilberseimer

Berlin

Im Gegensatz etwa zu Paris ist Berlin außerordentlich arm an hervorragenden Bauten, Straßen und Plätzen. Paris wurde in der Mitte des 19. Jahrhunderts durch Haußmann in großzügigster Weise umgebaut. Ein zirka 46 Kilometer umfassendes neues Straßennetz bildet die Grundlage der Schönheit und Übersichtlichkeit des modernen Paris. In Berlin hingegen macht sich ein Haften an dem Vorhandenen bemerkbar, das sich außerordentlich hemmend auswirkt und in einem sentimentalen Konservatismus seine Ursache hat. Durch die Forderungen des Verkehrs aber werden die Mängel des Berliner Bebauungsplans täglich eklatanter. Heute ist die Zeit gekommen, da über die vielen Projekte hinaus endlich zur Tat geschritten und mit ihrer Durchführung begonnen werden muß.

Die verkehrstechnischen Mängel Groß Berlins haben nicht nur in seiner frühern Vielgemeindigkeit sondern auch in der Veränderung der Verkehrsmittel ihre Ursache. Das Berliner Straßensystem reichte schon für den Zugtierverkehr nicht mehr aus und ist in keiner Weise dem täglich sich steigenden Kraftwagen-

verkehr gewachsen. Diese notwendigen verkehrstechnischen Veränderungen des Berliner Straßensystems ermöglichen gleichzeitig eine architektonische Neuorganisation Groß Berlins.

Auf Veranlassung des Berliner Stadtbaurats Martin Wagner hat eine Anzahl Architekten (Peter Behrens, Hugo Häring, Hans Poelzig, Adolf Rading, Hans Scharoun und Heinrich Tessenow) im Anschluß an die von den städtischen Behörden geleistete Vorarbeit Versuche zur architektonischen Gestaltung der geplanten Durchbrüche von der Französischen und Mauerstraße zur Friedrich-Ebert-Straße sowie zur Um- und Neugestaltung des Platzes der Republik gemacht. Es handelt sich hierbei nicht um baureife Pläne sondern um Skizzen im Sinn einer städtebaukünstlerischen Gruppierung, die bildhaft die neu entstehenden Teile veranschaulichen sollen. Die Projekte zeigen nicht nur eine einzige Art des Durchbruchs sondern neben dem Durchbruch durch die Wilhelmstraße und die Ministergärten auf der nördlichen Seite des Auswärtigen Amts zu eterner Erde eine 2. Lösung: nämlich eine Unterführung, ausgehend von der Mauerstraße unter der Wilhelmstraße, unter den Ministergärten hindurch bis zum Kemperplatz. Eine 3. Lösung zeigt diese Straßenverbindung als verglaste Hochbahnstraße, die in den Ministergärten ansteigt und die Friedrich-Ebert-Straße viaduktartig kreuzt.

Behrens, Häring und Poelzig haben im Anschluß an diese Straßendurchbruchprojekte auch ein weiteres wichtiges Berliner Bauprogramm angeschnitten: die Gestaltung und Neuorganisation des Platzes der Republik. Die in Berlin zerstreut liegenden Reichs- und Staatsministerien, deren Raumknappheit außerdem Neubauten erfordert, müssen im Interesse einer vereinfachten Geschäftsabwicklung möglichst zusammengelegt werden. Ein ausgezeichnetes Gelände hierfür bildet der westliche Teil des Platzes der Republik, auf dem diese Bauten zu errichten wären, wobei auch eine vielfach geplante Ausgestaltung dieses Platzes verwirklicht werden könnte. Die Große Berliner Kunstausstellung wird in diesem Jahr in einer Sonderausstellung die Projekte der städtebaulichen Veränderungen zeigen.

Bauwirtschaft Walter Gropius, der Direktor des Dessauer Bauhauses, fordert in einer neuen Veröffentlichung die Errichtung ständiger praktischer Versuchsplätze, am

besten in unmittelbarer Verbindung mit Siedelungsvorhaben, zur Durchführung von Versuchen für die *Rationalisierung* der Bauwirtschaft in Theorie und Praxis. Er stellt dafür ein umfangreiches Schema auf, in dem sämtliche Fragen des modernen Bauwesens, angefangen von den Forderungen eines Bauprogramms für das ganze Reich und einem Finanzierungsplan für den Wohnungsbau, über die Untersuchung der sozial und wirtschaftlich günstigsten Bauform und aller neuen Raum und Zeit sparenden Bauweisen bis zur Normierung der einzelnen Bauteile, berücksichtigt sind. Angesichts der Angriffe, die heute wieder gegen Gropius auch in diesem Zusammenhang erhoben werden, ist darauf hinzuweisen, daß sich Gropius schon vor dem Krieg für diese Forderungen eingesetzt hat, während die Gegner dieser Bestrebungen nicht nur ihre Gegnerschaft vergessen haben sondern selbst deren Urheber zu sein glauben.

Das im Jahr 1833 beschlossene Wohnungsbauprogramm der Stadt Wien, das die Erstellung von 25 000 Wohnungen im Lauf von 5 Jahren vorsah, wird, soweit es sich heute übersehen läßt, noch vor Ablauf dieser Frist durchgeführt sein. 1925 wurden für Neubauten fast 100 Millionen Schilling ausgegeben.

Die Londoner Stadtverwaltung arbeitete einen Gesetzentwurf aus, nach dem 19 Kirchen im Innern der Stadt niedriger werden sollen. Die so gewonnene Baufläche soll für Geschäftszwecke verwandt werden, und die Vorstädte sollen eine Anzahl neuer Kirchen erhalten. Außerdem will man alle Londoner Verkehrsmittel vereinigen.

Haustypen

Der Ministerialrat Friedrich Schmidt vom Reichsarbeitsministerium gab in der Bauwelt einen Überblick über die bisher aufgestellten Typen deutscher *Stahlhaus*bauten. Er hebt ein Versuchshaus der Bauhaussiedlung Törten bei Dessau nach den Entwürfen der Architekten Oskar Muche und Bernhard Paulick als besonders gelungen hervor, weil hier das Stahlhaus nach außen hin als solches durch eine bewußte Betonung des Baustoffs in Erscheinung tritt. Es ist bedauerlich, daß die Presse vielfach bei Besprechungen über Versuchshäuser aus Stahl lobend hervorhebt, daß man durchaus nicht den Eindruck habe vor einem Stahlhaus zu stehen. Ein neuer Baustoff, folgerichtig angewandt, muß auch notwendig neue Ausdrucksformen nach sich ziehen.

Bei der Frankfurter Sonderschau Die neue Wohnung und ihr Innenbau, die vom 27. März bis zum 10. April stattfand, wurde unter anderm auch ein *Einfamilienhaus* gezeigt, das zum erstenmal auf den natürlichen Zuwachs der Bewohner berechnet ist. Das Haus bietet die Möglichkeit durch Veränderung in der Zweckbestimmung der einzelnen Räume und durch Umstellen der Möbel im Lauf der Zeit einen Zuwachs von 7 Kindern aufzunehmen.

2 Pariser Architekten haben eine Villa auf einer Drehscheibe gebaut, die mit Hilfe eines Elektromotors um ihre Achse *gedreht* werden kann. Der Sinn dieser Einrichtung liegt darin, daß man das ganze Haus auf diese Weise in jede beliebige Stellung zur Sonne bringen, also je nach der Jahreszeit sonnige oder schattige Zimmer haben kann.

Küchenanlage Das Ziel der von der Architektenvereinigung Der Ring geplanten Ausstellung Die neue Küche ist: die beste Küchenanlage zu ermitteln, hinsichtlich ihrer Größe und Anordnung sowie über ihre Einrichtung eine gewisse Verständigung herbeizuführen, eine Typisierung dieser Anlagen vorzubereiten. Es soll sowohl die Anlage einer vorbildlichen Betriebsküche als auch die einer Wohnküche ermittelt werden. Die Ausstellung beschränkt sich prinzipiell auf die Küche einer Kleinwohnung.

Ein weiteres wichtiges Ziel dieser Ausstellung ist es ihre Ergebnisse zur Grundlage der behördlichen Bestimmungen über die Größen der Küchen in Kleinwohnungen zu machen. Die heute für eine Küche vorgeschriebene Fläche ist entweder zu groß oder zu klein. Zu klein als Wohnküche, zu groß aber als Betriebsküche. Daher ist eine Modifikation dieser Bestimmungen im Interesse des gesamten Wohnungsorganismus durchaus notwendig.

Die auszustellenden Küchen sollen zu ganz bestimmten bereits ausgeführten oder auch erst im Entwurf bestehenden Kleinwohnungen gehören.

Außer etwa 12 bis 15 Küchen dieser Art sollen eine Speisewagenküche, eine kleine Kajütküche, eine holländische Küche sowie eine amerikanische Kleinküche (Kitchenette) gezeigt werden. Daneben besondere Stücke der Einrichtung.

Die Ausstellung ist für dieses Frühjahr geplant. Sie wird zunächst in Berlin, dann in einer Reihe anderer deutscher Städte gezeigt werden und sicherlich allgemeines Interesse erregen.

Fischer von Erlach Der Erbauer der Wiener Karlskirche, Johann Bernhard Fischer von Erlach.

dem Hans Sedlmayr eine reich illustrierte Monographie widmet München. R. Piper & Co., gehört zu den Führern der deutschen Barockarchitekten. Sein Werk hat nicht nur seine Wurzeln im 17. Jahrhundert sondern muß als sein Abschluß, in gewissem Sinn als seine Zusammenfassung angesehen werden. Fischers erste Werke sind eine geschichtliche Wende. Die Führung geht von Italien auf den Norden, zunächst auf Österreich über. 1690 begründet sich Fischers Ruhm durch seine Triumphpforte zum Einzug Josephs I. Er siegte über seinen italienischen Mitkonkurrenten. Von großer Bedeutung für die Richtung des 17. Jahrhunderts ist Francesco Borromini. Er überwindet die Massenhaftigkeit und kompakte Starrheit der zu Beginn des 17. Jahrhunderts vorherrschenden Architektur. Er bringt eine durchaus neue, individuelle Art der Auffassung der architektonischen Probleme, ist von erstaunlichem Phantasieeichtum Borrominis wesentlichster Nachfolger ist Guarini. Mit diesem beginnt die Entwicklung des Borroministils. Durch ihn breitet sich der *stilo borrominesco* in alle Welt aus, nach 1700 entstehen in Österreich Bauten, die unverkennbar unter dem Einfluß Borrominis stehen. In dieser Zeit entstehen Fischers erste Arbeiten, die vollkommen aus dem Rahmen der üblichen Architektur herausfallen. Beim Überblick über das Gesamtwerk ist das Auffallende der große Reichtum der Phantasie in formalen und inhaltlichen Kontrasten. Eine außerordentliche Entwicklung von den frühen Werken, die dem Borroministil in Österreich die Bahn brechen, bis zu den letzten, die eine Renaissance der französischen vorklassischen Arbeiten bedeuten. Die Gegensätzlichkeiten der durch lange Epochen getrennten Werke treten aber auch in zeitlich nahe zusammen liegenden auf, ja oft in einem und dem selben Werk. Dem liegt kein Wechsel der künstlerischen Anschauung sondern ein umfassender Phantasieeichtum zugrunde. So in der Verbindung von Motiven der römischen Kaiserzeit mit den vollkommen anderen Formen des Borromini. Der eminent historische Zug des Fischerschen Schaffens findet seinen Niederschlag in der historischen Architektur; aber auch in den Bauten, die Wirkliches und Erfundenes, Eigenes und Fremdes bewußt zu phantastischen Wirkungen verbinden. Von außerordent-

licher Bedeutung für Fischer von Erlach ist das Oval. Fast immer kehrt es als besonders betonter Mittelpunkt der Komposition wieder. Nicht etwa als formale Vorliebe. Immer steht es in einem bestimmten Verhältnis zu der als Tiefe gekennzeichneten Richtung des umgebenden Raums. Die Rolle des Ovals in Fischers Werken ist nicht aus der frühern Geschichte dieser Raumform abzuleiten sondern gehört zu den unauflösbaren Elementen seiner Individualität. Das mathematische Element tritt bei ihm im Gegensatz zu Borromini und Guarini auffallend zurück. Sein Interesse konzentriert sich auf andere Probleme. »Hat man aber erst sein Auge auf die Zusammenhänge gerichtet, die zwischen den einzelnen Werken bestehen, und vor allem auf jene Rolle des tiefovalen Raums in den Zusammenhängen, dann versteht man, daß alles andere erst in zweiter Linie wichtig ist. Denn in einem verwandten, aber viel tiefergreifenden Sinn als es in einer Verbindung des einzelnen Bauwerks mit dem umgebenden Freiraum zum Ausdruck kommt, durch frei endigende Formen, hohe Dächer usw., bedeuten die Zusammenhänge unter den Werken für die Weltgeschichte der Architektur die Aufhebung der Isoliertheit des einzelnen architektonischen Individuums.« Man wird den Inhalt dieser Aussage sogleich verstehen, wenn man bedenkt, daß für die antike Auffassung »die Welt in lauter Einzelorganismen zerfällt« (Riegl), die in sich vollkommen isoliert und »kristallinisch« abgeschlossen sind.

Fischer von Erlachs Einfluß auf die österreichische Barockarchitektur ist ganz umfassend. Er ist oft wiederholt und nachgeahmt worden; manches von ihm noch im späten 18. Jahrhundert.

Totenliste Anfang Februar 1927 wurde der schwedische Landschaftsmaler und Kunsthandwerker *Henrik Krogh* in Stockholm ein Opfer der Grippe. Er hatte in Italien die Fayencetechnik studiert und sich später in Schweden bahnbrechend auf diesem Gebiet betätigt. Seine Schöpfungen im Stadthaus und im Neuen Konzerthaus sind den Besuchern Stockholms bekannt.

Mitte Februar starb, 81 Jahre alt, *Jakob Heilmann* in München. Er hat sich besonders um die Erschließung des Isartals und einiger Villenvororte Münchens bemüht. Mit Max Littmann zusammen errichtete er eine Reihe von Theater- und Warenhausbauten.

Kurze Chronik Im Mai findet in Melbourne eine *Internationale Architekturausstellung* statt, an der sich auch deutsche Baukünstler beteiligen. ◊ Von den Reichsmitteln zur Erhaltung von *Bauwerken von geschichtlicher Bedeutung* sind für den Kölner Dom 50 000, für das Ulmer Münster 60 000 und für die Wartburg 52 000 Mark ausgesetzt worden. ◊ Der *Dom von Pienza* in der Provinz Siena, den Pius II durch den Architekten und Bildhauer Bernardo Rossellino im 15. Jahrhundert in seiner Vaterstadt erbauen ließ, ist mit großem Kostenaufwand durch Peleo Bacci wiederhergestellt worden. ◊ Als Nachfolger des nach Berlin berufenen Heinrich Tessenow wurde *Wilhelm Kreis* Professor an der Kunstakademie in Dresden. Zugleich übernahm er es dort das Deutsche Hygienemuseum zu bauen.

Literatur In der Sammlung *Der Weltgarten* /Berlin, Verlag der Gartenschönheit/ erschienen 2 Bücher mit etwas sentimentalen Titeln: *Gartenglück* von einst von Paul Landau und *Gartenglück* von heute von Fritz von Oheimb. Es wird in ihnen der Versuch gemacht die Veränderung der persönlichen Beziehungen des Menschen zum Garten durch die einzelnen Epochen zu verfolgen. An Stelle des Stilgefühls der Vergangenheit ist heute der absolute Naturalismus getreten, der sich bei Oheimb zu einer Naturfilmaufnahme des Gartens verdichtet. Druck und Ausstattung der Bände sind mit Sorgfalt und Liebe bedacht, wie bei allen Publikationen dieses Verlags. ◊ In der von A. M. Pallat-Hartleben herausgegebenen Sammlung *Handarbeit für Knaben und Mädchen* /Leipzig, B. G. Teubner/ erschien als 12. Heft *Flechtarbeit*, als 13. Heft *Blecharbeit*. Der Verfasser, Heinrich Pralle, will die Auswertung dieser Arbeiten für den künstlerischen Dilettantismus fördern, ohne aber zu oberflächlicher dilettantischer Beschäftigung verführen zu wollen. Diese Arbeiten sollen die Freude am Handwerk, am richtig verwandten Material wecken, keineswegs aber zur Anfertigung von überflüssigem Zimmerschmuck führen. Er erblickt in dieser Handbetätigung ein wichtiges erzieherisches Mittel, wovon man allerdings keineswegs überzeugt zu sein braucht. Zweckmäßiger wäre es wohl die Jugend für die Eingliederung in den Produktionsprozeß pädagogisch vorzubereiten. Die Axt im Haus erspart heutzutage nicht mehr den Zimmermann.